

**Griechenland** Warum die Europäische Union vor der Wahl einer neuen linken Regierung zittert **Politik S.10**

**1945** Zur Befreiung von Auschwitz: Sozialpsychologe Harald Welzer ergründet die Enden des Weltkriegs **Kultur S.13**

**Justiz** Ian McEwan verhandelt im aktuellen Roman „Kindeswohl“ verlässlich die ganz großen Themen **Literatur S.16**

Partner des Guardian

22. Januar 2015  
4. Woche  
Deutschland 3,80 €  
Ausland 4,10 €

# der Freitag

Das Meinungsmedium

„Überwachung schafft keine Sicherheit“

Alexander Geilhaupt

**Politik** Die Community diskutiert über Prävention von Terroranschlägen  
»freitag.de



## Ausländer rein!

Deutschland braucht mehr Einwanderung. Eine globale Übersicht s. 6/7

## Die radikale Mitte

**Pegida** Die Anhänger vereint Ressentiment und Verachtung der Demokratie. Der Erfolg der rechten Wutbürger markiert eine tiefe Zäsur

■ Oliver Nachtwey

Die Pegida-Bewegung hat etwas Gespenstisches. Eine schwarze Verdrossenheit bricht sich einmal wöchentlich auf den Straßen von Dresden und Leipzig Bahn und bringt die Menschen dazu, lauthals „Lügenpresse“ zu skandieren. Auch wenn die Pegida-Organisatoren in ihren Statements immer wieder versuchen, sich von rechten Positionen mehr (Kathrin Oertel) oder weniger (Lutz Bachmann) abzugrenzen – sie verfolgen einen modernen Rechtspopulismus. Dessen Logik lautet: „Ich habe zwar nichts gegen Ausländer und Muslime, aber ...“. Stoisch wird der bürgerliche Charakter der eigenen Position betont, die sich auf die Werte der Aufklärung und des Abendlandes beruft. Ganz normale Bürger, die sich sorgen; so wollen die Pegida-Anhänger gesehen werden. Das ist nicht ganz falsch. Und genau das macht diese Bewegung so beängstigend. Denn Pegida ist der Radikalismus der Mitte unserer Gesellschaft. Bei den Demonstrationen, das zeigen die ersten Untersuchungen, laufen überwiegend Männer mittleren Alters mit einem höheren Bildungsgrad mit. Sie arbeiten in Vollzeit und gehören der unteren Mittelschicht an. Pegida ist das Produkt einer nervösen Gesellschaft, in der die Affektkontrolle verwildert. Es ist das regressive Aufbegehren gegen eine marktkonforme Demokratie, in der die Ökonomie zur sozialen Instanz geworden ist. Man muss sich beständig im Konkurrenzkampf behaupten, trampelt aber auf der Stelle. Aufstieg und Sicherheit sind nur noch selten möglich. Statuskämpfe um Anrechte auf Wohlstand sind die Folge. Die soziale Angst löst jedoch keine solidarische Integration, sondern antidemokratische und soziale Ressentiments aus.

Die eigene Anpasstheit schlägt um in die Abwertung all jener, die vermeintlich unproduktive Nutznießer eines Sozialsystems sind, das immer stärker unter Stress steht: Flüchtlinge, Migranten und Muslime. Die Pegida-Anhänger sind eine Art rechte Wutbürger. Sie haben, ebenso wie die linke, ökologisch orientierten Variante, etwas Rechthaberisches und Unversöhnliches. Politische Prozesse erscheinen zu komplex, als dass man sie noch durchschauen kann; Entscheidungen werden auf „postdemokratische“ Weise in Hinterzimmern abgesprochen und die Interessen des „kleinen Mannes“ nicht mehr vertreten. Die Anhänger von Pegida nehmen die etablierten Parteien als auf sich selbst bezogene Akteure wahr, denen es einzig um den Machterhalt

### Die Kontrolle von Affekten verwildert, Abstiegsängste greifen um sich

und die Eitelkeiten geht. Die rechten Wutbürger flüchten sich in Vorurteile und Vereinfachungen. Politik, Wirtschaft, Medien – sie alle gehören zu einem vermeintlichen Establishment der „da oben“. Die Rufe „Wir sind das Volk“ sind kein Ausdruck eines demokratischen Aufbegehrens, sondern Ausdruck der Verachtung der repräsentativen Demokratie. Pegida ist zwar bislang vor allem ein ostdeutsches Phänomen. Aber die Bewegung hat ein gesamtdeutsches Potenzial. Sicherlich, kaum ein Bundesland ist so konservativ wie Sachsen. Gerade bei den Männern mittleren Alters ist die Angst vor dem erneuten Abgehängtwerden groß. Sie haben das ja bereits einmal in den Wendejahren erlebt. Aber die Pegida-Protteste sind auch Ausdruck einer schon länger gärenden neoautoritären Strömung in der gesamten

Gesellschaft. Erst im geistigen Klima der vergangenen Jahre konnte ein Mann wie Thilo Sarrazin zum Bestsellerautor werden. Und man sollte auch nicht übersehen: In Nordrhein-Westfalen gibt es mit der Pro-Bewegung schon seit Jahren aktive anti-muslimische Bürgervereinigungen. Pegida markiert eine Zäsur in der Geschichte der Bundesrepublik, die sich über Jahrzehnte im Großen und Ganzen eine glückliche, liberale Demokratie nennen konnte – trotz der Krawalle vor Asylbewerberheimen in den 90er Jahren oder der Morde der NSU-Terroristen an Migranten. Doch jetzt erleben wir die Rückkehr dessen, was Theodor W. Adorno nach dem Zweiten Weltkrieg als autoritäres Syndrom analysiert hat: Unterwürfigkeit und Aggression, stereotypes Denken, der Mangel an Empathie und die Neigung zur Problemverschiebung verdichten sich zu tiefsitzenden antidemokratischen und antiegalitären Haltungen, die sich in einer paradoxen Servilität nichts mehr wünschen, als dass endlich wieder jemand hart durchgreift. Pegida wird in dieser Form nicht beständig weiterwachsen können. Die autoritäre Menge braucht neue Reize, sonst kann die Bewegung auch wieder schnell zerfallen. Aber sollte die Alternative für Deutschland die Pegida erfolgreich für ihre Zwecke vereinnahmen, wie das Teile der Neupartei anstreben, dann werden auch in Deutschland bald Verhältnisse herrschen, wie sie in anderen Staaten leider längst Normalität sind. Es könnte eine rechtspopulistische Kraft entstehen, die auch für diejenigen Angehörigen des Prekariats attraktiv ist, die Pegida bisher ferngeblieben sind. Diese brisante Mischung wäre die größte Gefahr für alle abendländischen Werte, für die Pegida sich vermeintlich einsetzt. Doch Aufklärung, Freiheit und Demokratie werden zum Glück von engagierten Mitgliedern der Zivilgesellschaft verteidigt, die schon seit Wochen mehr Menschen gegen Pegida auf die Straße bringen, als es die Bewegung selbst vermocht hat.

Oliver Nachtwey ist Soziologe und Experte für soziale Bewegungen. Er arbeitet als Dozent an der Universität Darmstadt

**Regula Stämpfli** über die Aufwertung des Schweizer Frankens

### Durch diese hohle Einkaufsgasse werden wir gehen: Was ist los im Lande Tells?

Wäre die folgende Geschichte ein Roman, er müsste *Die Aufwertung* heißen, ihr „Held“ wäre der Chef der schweizerischen Nationalbank. Thomas Jordan heißt der Mann, dessen Name Währungsprogramm ist. Einmal über den Jordan geschickt und hoppla: Man steckt im Wüstenland. Dies musste in diesen Tagen auch der Euro erfahren. Er sackte auf ein Verhältnis von 1:1 mit dem Schweizer Franken – zu seinen besten Zeiten war der Euro noch 1,60 wert. Doch die helvetischen Dagobert Ducks (Harvard-Studium) wissen, was Sache sein soll: starkes Geld statt viele Arbeitsplätze. Am 15. Januar hob Thomas Jordan in einem spektakulär inszenierten monetaristischen Amoklauf die seit 6. September 2011 gültige Euro-Kopplung des Schweizer Frankens auf. Hops gingen sofort einige Spekulationsfonds, deren Verschwinden nicht weiter lamentiert werden soll, doch ebenso schnell wie der Franken in die Höhe, raste der Euro in den Keller. Da wird es selbst einer bergerproben Eidgenossin, die im Euroraum lebt, schwindlig, profitiert sie doch von einem Spekulationsgeschäft, das definitiv nicht das ihre ist. Seit dem schwarzen Donnerstag ist aber nix mehr normal. Die Schweizer stehen an Geldautomaten und auf den Straßen nach Konstanz, hinter der Grenze zu Deutschland, Schlange. Im anderen Roman der Stunde, in Michel Houellebecqs *Unterwerfung* gibt es den schillernden Rediger, der im Islam seine alte Liebe zu Nietzsche wiederentdeckt. In *Die Aufwertung* findet Jordan, der jahrelang sein wahres Ich hinter der Fassade eines umsichtigen Währungschefs tarnen musste, zu seinen Wurzeln als Inflationsparanoiker zurück. Schon 1999 war die Eurobindung dem nur an „Geld ohne Geist“ orientierten Chef der schweizerischen Nationalbank ein Dorn im Auge. Im monetaristischen Weltbild existieren nur schwarz und gold. Schwarz sind Investitionen in die

Realwirtschaft, goldig dagegen die harten Währungen, die allein durch ihren Börsenglanz Milliarden einbringen. Dank Jordan sind die Schweizer nun endgültig im Begriff, „lebendige Münzen“ (Pierre Kossowski) zu werden. Die für ihre Weichheit auch nicht gerade berühmte IWF-Chefin Christine Lagarde meinte erschüttert: „Jordan hat mich davor nicht kontaktiert. Ich finde das ein wenig verwunderlich.“ Wer Jordans Biografie kennt, wundert sich freilich nicht. Als „graue Maus“ (Christoph Blocher) fand er den Euro von jeher ein „Fehlkonstrukt.“ Logisch, dass der Nationalbankchef, wenige Stunden nachdem er ein weltweites Währungserdbeben ausgelöst hatte, als Maskottchen für den Wahlkampf der rechtsbürgerlichen Parteien SVP und FDP erschien. Der „Job-Killer“ der Nation (*Blick*) weiß als oberster Bankenchef, wem er verpflichtet ist. Nick Hayek, einer der wenigen verbliebenen Schweizer Unternehmer, sprach vom „Tsunami für die Schweizer Volkswirtschaft“, während die NZZ lobend die Champagnerkorken knallen ließ. Possierlich an der Geschichte auch das Frohlocken der diversen Normalheidis und Stammtisch-Wilhelm Tells, die den hohen Franken nur aus der Perspektive „Durch diese hohle Einkaufsgasse werden wir gehen“ sehen. Houellebecq wählte den Titel seines Romans auch nach der *Geschichte der O*, deren sadomasochistische Erotik-Unterwerfung immerhin noch der französischen Résistance entwachsen ist. *Die Aufwertung* ist dagegen nur noch eine obszöne Wirtschaftskolportage. Regula Stämpfli ist Politologin und Buchautorin („Die Vermessung der Frau“) aus Bern. Sie lebt mit ihrer Familie in München



## Inhalt



**Liebe Leserinnen und Leser,**  
am 27. Januar jährt sich die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz zum 70. Mal. Am 8. Mai wird dann dem sieben Jahrzehnte zurückliegenden Kriegsende gedacht. Es sind Wendepunkte der deutschen Geschichte, über die schon sehr viel gesprochen und geschrieben wurde. Sie wirken auf eine gewisse Weise vertraut – und bleiben doch unfassbar. Neben der Monstrosität der Nazi-Verbrechen könnte ein weiterer Grund für die Unfassbarkeit dieser Zeitenwende sein, dass sich das Gesamtgeschehen von 1945 erfahrungsgeschichtlich einer an Kausalitäten orientierten Ordnung entzieht. Über diese These denkt Harald Welzer in seinem Essay auf Seite 13 nach. „Chaos wird nicht aktenmäßig erfasst“, schreibt Welzer, der als Sozialpsychologe grundlegende Werke zu Holocaust, Nationalsozialismus und Erinnerungskultur veröffentlicht hat. Sein Text ist auch deshalb unbedingt lesenswert, weil er auf erhellende Weise zwischen konkreter Anschauung und Abstraktion changiert. Einen Zeitzeugen der NS-Zeit stellen wir ihnen zudem im Alltagsporträt auf Seite 23 vor. Der Brite Nicholas Winton rettete über 600 jüdische Kinder vor den Nazis.  
*Ihr Jan Pfaff*

## Wochenthema

**Ausländer rein!** S. 6/7  
In Deutschland ist die Debatte über Migration verzerrt und ängstlich. Dabei brauchen wir mehr Einwanderung

## Politik

**Geheimdienste** S. 5  
Der neue CIA-Folterreport zeigt, das eine Demokratie solche Organisationen nicht braucht  
*Daniela Dahn*

**Zentralbank** S. 8  
Die Aufkäufe der Staatsanleihen durch die EZB bringen Deutschland in einen ersten Verfassungskonflikt  
*Lutz Herden*

**Zeitgeschichte** S. 12  
In der Frankfurter Paulskirche wurde 1955 das „Deutsche Manifest“ beschlossen. Vorne mit dabei: die SPD  
*Rudolf Walther*

## Kultur

**Arabische Welt** S. 15  
Der Stellenwert der Religiosität hat sich in der arabischen Welt über die Jahre verändert  
*Kersten Knipp*

**Literatur** S. 16  
Ian McEwans neuer Roman „Kindeswohl“ spielt am High Court in London. Damit setzt McEwan eine Tradition fort  
*Tessa Hadley*

**Film** S. 18  
Ein Porträt der Dokumentarfilmerin Helga Reidemeister anlässlich ihres75. Geburtstages  
*Fabian Tietke*

## Alltag

**Kommentar** S. 21  
Nie wieder Liebesbriefe? In Finnland sollen die Schüler ab 2016 keine Handschrift mehr lernen müssen  
*Katja Kullmann*

**Eventkritik** S. 22  
Ein Abend mit Bastian Pastewka. Unser Autor mischte sich unter die Fans der Live-Hörspiele  
*Jan Drees*

**Kolumne** S. 22  
Unsere neue Kolumnistin möchte zukünftig Zeit einsparen und gerät dabei an ihre Grenzen  
*Susanne Berkenheger*

**A – Z Berühmte Skelette** S. 24  
Warum faszinieren uns Knochenfunde?

Leserbriefe, Impressum S. 20

# Allein gegen die Mafia

Rena Dourou ist Präfektin von Attika – und Syriza-Mitglied. Im polarisierten Land steht sie unter besonderer Beobachtung

■ Helena Smith

Als Rena Dourou ihre Arbeit als Präfektin der Region Attika, zu der auch die griechische Hauptstadt Athen gehört, aufnahm, zitterten die Beamten. Die 40-Jährige, die im vergangenen Mai als erstes Mitglied der linken *Syriza*-Partei ein hohes politisches Amt antrat, hatte im Wahlkampf versprochen, gründlich aufzuräumen. Wo würde sie anfangen? Bei der grassierenden Korruption unter Staatsdienern oder bei der über Jahrzehnte eingespielten Vetternwirtschaft? „Das Erste, was ich zeigen wollte“, sagt sie, als sie sich nach zwölf Stunden im Büro aufs Sofa fallen lässt, „ist mein Glaube an den Wert harter Arbeit. Mir ist nichts in den Schoß gefallen, ich bin nie privilegiert gewesen. Das ist der Unterschied zwischen uns und denen.“ Im mittlerweile hoch polarisierten Griechenland und erst recht im Zeichen von Parlamentswahlen, die einen Bruch mit der Europäischen Union bringen könnten, steht Dourou unter besonderer Beobachtung. Botschafter und Emissäre der Euro-Staaten, die mittlerweile 240 Milliarden für das insolvente Griechenland bereitgestellt haben, geben sich bei ihr die Klinken in die Hand.

Als Bündnis von sozialistischen Gewerkschaftern, Ex-Kommunisten, Maoisten, Trotzkisten und Grünen war Syriza noch vor drei Jahren eine politische Randerscheinung. Ihren rasanten Aufstieg verdankt die Partei ihrer Opposition gegen die harten Sparmaßnahmen, zu denen sich Griechenland im Austausch gegen die Finanzhilfen verpflichtet hat. Mittlerweile gelten die Linken als Favoriten für die Wahlen am 25. Januar. Von Dourou, die aus der Antiglobalisierungsbewegung kommt, erhofft man sich Aufschluss darüber, wie sich Syriza an der Macht benehmen würde.

Ein Wahlsieg von Syriza hätte nicht nur für Griechenland historische Bedeutung, sondern für ganz Europa, sagt sie: „Seit der Gründung des modernen griechischen Staates im Jahr 1821 ist die Linke nie an der Macht gewesen. Sie kann und wird frischen Wind bringen.“ Nachdem die Austeritätspolitik Griechenland in die längste Rezession Europas gestürzt habe, sei ein grundlegender Wandel nötig, um die „humanitäre Krise“ zu bewältigen. „Wir befinden uns im Krieg“, erklärt Dourou und lässt eine Liste der Leiden folgen, die der Wirtschaftszusammenbruch von 2009 nach sich gezogen hat. „Alle meine Freunde sind Wirt-



FOTO: ORESTIS PANAGIOTOU/EPA/DPA

schaftsmigranten, geflohen vor Armut und Arbeitslosigkeit. Wir Verbliebenen müssen an zwei Fronten kämpfen: für die Lösung der ganz unmittelbaren Probleme und für die Reparatur des zerstörten politischen Systems.“

In vieler Hinsicht verkörpert Dourou diesen Wandel selbst. Als Tochter eines Polizisten wurde sie in der Arbeitervorstadt Aigaleo im Westen Athens geboren und ging barfuß zur Schule. In Aigaleo lebt sie noch heute. Das einzige Foto auf ihrem Büroschreibtisch zeigt sie am Tag ihrer Amtseinführung zusammen mit ihrer Mutter. „Meine Eltern waren konservativ, aber sehr aufgeschlossen. Und sie taten alles, um mir die beste Ausbildung zu ermöglichen.“ So konnte Dourou an der Essex University in England Politik studieren. Aber gerade weil sie nie die Vorzüge genossen hat, die dem Parteienwachstums von *Nea Dimokratia* und *Pasok* gewährt werden – den beiden Kräften, die sich in Griechenland in den letzten 40 Jahren an der Macht abgewechselt haben –,

„Ohne Eier aufzuschlagen, kann man kein Omelett braten“, sagt die 40-Jährige und macht sich an die Einlösung ihrer Wahlversprechen: hart arbeiten, aufräumen, soziale Ungleichheit beseitigen

kann sie, wie sie sagt, auch heute gut darauf verzichten. „Schauen Sie sich dieses Haus an.“ Sie meint den orwellschen Büroklotz im Zentrum Athens, in dem die Präfektur untergebracht ist. „Es ist lächerlich. Wir werden so bald wie möglich umziehen.“ In dem Klotz haben nur etwa 100 der 2.200 Präfekturangeestellten ihre Arbeitsplätze. Der Staat zahlt dafür 80.000 Euro Monatsmiete.

Dourou verfügt über ein Jahresbudget von rund 575 Millionen Euro. Als erste politische Maßnahme erhöhte sie den Etat für die Sozialfürsorge von 1,9 Millionen auf 13,5 Millionen Euro. Mit diesem Geld wurden, in Zusammenarbeit mit der griechisch-orthodoxen Kirche, kostenlose Suppenküchen eingerichtet, die medizinische Versorgung für Menschen ohne Krankenversicherung gewährleistet und Unterstützung für misshandelte Frauen bereitgestellt; häusliche Gewalt ist seit Beginn der Krise ein wachsendes Problem. Umstrittener waren Dourous Entscheidungen, die 38.000 vom Stromnetz abgeschnittenen Einwohner des Großraums Athen wieder mit Elektrizität zu versorgen und Mauschelverträge bei der Müllentsorgung aufzukündigen.

Eine Kostprobe von der Entschlossenheit der Linken, die mit der Finanzhilfe verbundenen Auflagen infrage zu stellen, gab sie beim Thema Mitarbeiterevaluation, die zu den zentralen Forderungen der Troika zählt: „Ich bin nicht grundsätzlich gegen Evaluation. Aber wenn von vornherein festgelegt wird, dass 15 Prozent durchfallen müssen, ist das ein reiner Vorwand für Stellenstreichungen, und das akzeptieren wir nicht.“ Dagegen besteht sie darauf, Mitarbeitern, die sich ihre Posten erschlichen haben, sofort zu kündigen und Disziplinarverfahren gegen sie einzuleiten. Kritiker werfen Dourou mutwillige Aufsässigkeit vor. Mit ihrer konfrontativen Politik fache Syriza Ängste vor einem Rauswurf des Landes aus der Eurozone neu an. Parteichef Alexis Tsipras hat deshalb eine Charmeoﬀensive gestartet, um Europa zu überzeugen, dass Syriza einen Ausschluss nicht riskieren werde.

Welcher Kampf der Partei damit bevorstehen könnte, deutet sich an, wenn Dourou sagt, die Linke habe sich zu lange gewiegert, Kompromisse einzugehen: „Die Kommunistische Partei zum Beispiel hat immer die Behaglichkeit der Opposition vorgezogen. Und bei uns gibt es Leute, die mir vorwerfen, ich sei zu gemäßigt. Aber wie heißt es so schön? Man kann kein Omelett braten, ohne Eier aufzuschlagen. Wir werden unsere Politik machen – und an den Ergebnissen lassen wir uns messen.“

Hanno Böck über das kostenlose Internet

## Eine gute Nachricht

Internet, gratis und für alle verfügbar? Unter dem Label „Freifunk“ bauen Menschen eigene WLAN-Netze auf, die von jedem genutzt werden können. Das ist eine gute Sache und in vielen Fällen enorm hilfreich. So hat beispielsweise kürzlich eine Hamburger Freifunk-Gruppe Flüchtlingen einen Netzzugang verschafft. Doch in Deutschland haben die Freifunker ein Problem: Wer sein Netz teilt, muss damit rechnen, Post von Abmahnanwälten zu bekommen. Grund dafür ist die sogenannte Störerhaftung. Die sieht im Fall von Urheberrechtsverletzungen vor, dass nicht nur der Schuldige dafür verantwortlich ist, sondern auch derjenige, der den Internetzugang bereitgestellt hat. Doch jetzt ist Besserung in Sicht. Die Störerhaftung führt zu einer bizarren Situation: Wer den Service kostenlos für die Allgemeinheit bereitstellt – sich also in bestem Sinne gemeinnützig engagiert –, muss mit juristischen Konsequenzen rechnen. Einige Betreiber offener Funknetze, die Ärger vermeiden wollen, leiten ihren Datenverkehr deshalb nach Schweden um. Die rechtliche Lage ist unklar. Bisher wurden Streitigkeiten immer außergerichtlich geklärt. Nun könnte aber ein Beschluss

des Amtsgerichts Charlottenburg in Berlin dazu führen, dass Freifunker weniger Sorgen haben müssen. Einer von ihnen hatte Post von einer Abmahnkanzlei erhalten. Beide Parteien einigten sich in einem Vergleich, die Kanzlei verzichtete auf das Geld, es gab wieder kein Urteil. Aber das Gericht hat jetzt entschieden, dass die Kanzlei die Kosten des Verfahrens tragen muss, und klargestellt, dass der Freifunk-Anbieter als Provider eingestuft werden sollte. Anders als Privatpersonen sind Internetprovider nicht für die Urheberrechtsverletzungen ihrer Kunden verantwortlich.

Für die Verbreiter offener Netze ist das eine gute Nachricht. Und möglicherweise auch für viele Café- und Hotelbetreiber, die sich scheuen, WLAN anzubieten. Zwar sieht der Koalitionsvertrag der Bundesregierung bereits vor, das Problem zu regeln. Doch ein Gesetzentwurf lässt auf sich warten. Eine gute Nachricht ist die Entscheidung der Richter auch für Verkehrsminister Alexander Dobrindt, der Besuchern seines Ministeriums einen freien WLAN-Zugang anbieten will. Auch Dobrindt darf nun hoffen, nicht für Urheberrechtsverletzungen der Gäste verantwortlich gemacht zu werden.





FOTO: CHRISTIAN O. BRUCH/LAIF

# Seine Majestät, der OB

**Hamburg** Olaf Scholz dominiert die Stadtpolitik nach Belieben, vor der Wahl im Februar muss er die Opposition nicht fürchten. Aber seine Pläne wirken klein

■ Julian Heißler

Locker wirkt er immer noch nicht. Olaf Scholz tritt hinter dem grauen Rednerpult hervor. Gerade hat er gut 150 Zuhörern in der Aula des Albert-Schweitzer-Gymnasiums in Hamburg-Ohlsdorf erklärt, was die SPD in den vergangenen vier Jahren alles richtig gemacht hat. Nun sind die Bürger dran. Andere Wahlkämpfer würden jetzt ihr Jackett ablegen, womöglich die Ärmel hochkrempeln. Bei Scholz bleibt dagegen sogar der obere Knopf seines dunklen Anzugs mit dezenten Nadelstreifen geschlossen. Er weiß, was die Hamburger von ihm erwarten – nicht den sozialdemokratischen Kumpeltyp, sondern den ernsthaften Verwalter ihrer Stadt. Auf viel Kritik muss Scholz sich nicht gefasst machen, während er, eine Hand in der Hosentasche, von einem Fuß auf den anderen tritt. „Ich bin seit 25 Jahren in Hamburg“, sagt ein älterer Mann, „und ich bin froh, dass unser Oberbürgermeister Olaf Scholz heißt.“ Applaus im Saal. Scholz erlaubt sich ein kleines Lächeln. „Danke für die Frage“, antwortet er. Oberbürgermeister ist natürlich falsch. Erster Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg ist der Titel, den Olaf Scholz nun schon seit vier Jahren führt. Und sollte den Hamburgern nicht der Himmel auf den Kopf fallen, wird sich daran auch in den nächsten fünf Jahren nichts ändern. Die Umfragewerte der SPD für die Bürgerschaftswahl am 15. Februar liegen stabil bei über 40 Prozent, zwei Drittel der Hamburger sind mit dem Senat zufrieden. Scholz’ persönliche Zustimmungswerte liegen noch höher. Über 70 Prozent bewerten seine Arbeit positiv. Angesichts dieser Stimmung wirkt Scholz’ traditionsreicher Titel fast schon zu klein. König Olaf I. wäre wohl auch nicht falsch. Nun sind monarchistische Anwandlungen den stolzen Hamburger Republikanern natürlich fremd, trotzdem strahlt zumindest das Rathaus einen majestätischen Glanz aus. Schnitzereien und Ölgemälde zieren die Wände, ein Saaldiener rückt humorlos die Porzellantassen mit dem Bürgermeisterwappen auf die protokollarisch korrekte Position des schweren Holztisches, an dem Scholz zum

Gespräch empfängt. Lange braucht er nicht, um auf seine Erfolge zu sprechen zu kommen. Starke Wirtschaft, neue Arbeitsplätze, tausende neue Wohnungen, auch im Sozialbereich. Flächendeckende Betreuungsangebote, kostenlose Kitaplätze und keine Studiengebühren mehr. Die SPD habe an der Macht schlicht ihr Wahlprogramm abgearbeitet, so Scholz. „Am Anfang war das für die Opposition etwas verwirrend. Sie hat uns mehrfach vorgehalten, wir würden uns stur und borniert an unsere Wahlversprechen halten“, sagt er, „darüber habe ich mich immer gefreut. Ich glaube, die Bürger finden das ziemlich gut.“ Mit dieser Art macht Scholz seinen Gegnern im Wahlkampf das Leben schwer. Nicht nur, dass es keine Wechselstimmung in der Stadt gibt – den Herausforderern fehlen allein schon die Themen, um die SPD unter Druck zu setzen. „Fundamentalkritik ist schwierig, aber es gibt viele Probleme in der Stadt“, sagt Dietrich Wersich. Der Spitzenkandidat der CDU sitzt in seinem Büro im linken Flügel des Rathauses. Vom Pomp ist hier nichts zu spüren. Anstatt auf einem handgezimmernten republikanischen Thron, sitzt Wersich auf einem modernen, hellblauen Sessel. Sein Büro ist schlicht gehalten. Vom Sideboard überblickt ein Stoffglücksschwein das Zimmer, an der Wand hängt ein Lebkuchenherz mit der CDU-Zuckeraufschrift. Nominell ist Wersich Scholz’ Herausforderer. Er kann auf eine steile Karriere in der Hamburger Politik zurückschauen. Unter den CDU-Bürgermeistern von Beust und Ahlhaus war er Sozialsenator, nach dem Bruch von Schwarz-Grün auch Zweiter Bürgermeister. Vor vier Jahren, als die CDU fast um die Hälfte abstürzte, wurde er Fraktionschef in der Bürgerschaft. Trotzdem ist er in der Stadt nicht gut bekannt. Nur 16 Prozent würden ihn zum neuen Bürgermeister wählen. Die *Hamburger Morgenpost* verspottete ihn als „Wer? sich“.

Die schlafende Schönheit

Dass es der Stadt so gut gehe, sieht Wersich vor allem als Verdienst von Scholz’ Vorgängern. „Die SPD hatte noch gar nicht genügend Zeit, um die Stadt zu ruinieren“, sagt er. Stattdessen fahre Scholz jetzt die Erfolge ein, die die CDU angeschoben habe. Viel Neues sei in den vergangenen Jahren nicht dazu gekommen. „Ich sehe die Gefahr, dass Hamburg wieder einschläft“, sagt er, „wir waren einmal Weltstadt – aber das sind wir schon lange nicht mehr.“ Früher sei der Hafen noch das Tor zur Welt gewesen, heute komme man von jedem Flughafen weiter. „Wir dürfen nie wieder selbstgefällig werden“, so Wersich.

Tatsächlich fehlt dem Hamburger Wahlkampf bislang das große Thema. Scholz’ Programm lässt sich mit „weiter so“ ganz treffend zusammenfassen. Sogar bei der Olympiaberwertung der Stadt, anderswo hochumstritten, liegen die Parteien nicht weit auseinander. Höchstens beim Thema Verkehr knirscht es ein wenig. Die einen wollen die Busse beschleunigen, die anderen versprechen wieder einmal eine Stadtbahn. Aber kann das wirklich alles sein, worum es bei einer Wahl in der zweitgrößten Stadt Deutschlands geht? Das klingt dann doch mehr nach Oberbürgermeister. „Schon Helmut Schmidt hat Hamburg eine ‚schlafende Schönheit‘ genannt“, sagt Katharina Fegebank. Sie ist Vorsitzende und Spitzenkandidatin der Hamburger Grünen. „Die Stadt fühlt als Nabel der Welt, aber sie ist gleichzeitig ein bisschen veränderungsresistent.“ Auch sie wünscht sich, dass Hamburg sich „etwas mehr zutraut“. Damit meint sie keine neuen Großprojekte – dafür sorgt die grandios gescheiterte Elbphilharmonie, die von der Hafencity aus vor Hybris warnt. Sie wolle lieber zehn kleinere Projekte angehen, die etwa das Zusammenleben verändern könnten. „Mehr in Köpfe statt nur in Kaimauern investieren“, nennt Fegebank das. Der Spruch ist nicht neu, doch er scheint anzukommen. In Umfragen stehen die Grünen bei guten 14 Prozent. Allerdings ist sich bislang nur gut die Hälfte ihrer potenziellen Wähler sicher, ihr Kreuz tatsächlich bei den Grünen zu machen. Fegebank kennt diese Situation. 2011 waren die Zahlen ähnlich. Damals brachen die Grünen die Koalition mit der CDU und wollten mit der SPD zusammengehen. Doch nach Neuwahlen wartete die Oppositionsbank. Die SPD holte die absolute Mehrheit. Die Grünen hatten sich verzockt. Jetzt hoffen sie, dass es dieses Mal zum Regieren reicht. Scholz hat schon angekündigt, zuerst mit den Grünen sprechen zu wollen, sollte er einen Partner brauchen. Das klingt nett, bringt die Grünen aber in eine Zwickmühle. Schließlich attackiert man einen Koalitionspartner in spe lieber nicht zu hart. Und warum sollte man grün wählen, wenn am Ende sowieso Scholz steht? Dieses Dilemma trifft auf fast alle Oppositionsparteien zu. Lediglich eine Zusammenarbeit mit AfD und Linkspartei hat der Bürgermeister ausgeschlossen. Am wenigsten Rücksicht müsste wohl die FDP nehmen. Entspannt kann sie den Wahlkampf aber trotzdem nicht angehen. Eine Regierungsbeteiligung nach dem 15. Februar wäre nur die Kirsche auf der Sahne – für die Partei geht es ums nackte Überleben. Nicht nur in Hamburg. Auch die Bundes-FDP braucht mal wieder einen Sieg.

**Zwei Drittel der Bürger sind zufrieden mit dem Senat. Und bei den persönlichen Werten liegt Scholz sogar noch besser**

Katja Suding lässt sich diesen Druck nicht anmerken. Sie sitzt bei ihrem Stammtaliener nahe des Rathauses. Ihre Gnocchi fasst sie kaum an. Die Partei ist früher als die anderen in den Wahlkampf gestartet. Noch im vergangenen Jahr präsentierte Suding ihr erstes Wahlplakat. Es zeigte sie im schwarzen Rollkragenpulli versehen mit dem Slogan: „Unser Mann für Hamburg“. Das provozierte einiges an Spott, aber eben auch Aufmerksamkeit. Die hatte die Partei auch bitter nötig. Vor Weihnachten stand sie in Umfragen bei mickrigen zwei Prozent. Ein monatelanger Machtkampf zwischen Suding und der ehemaligen Landesvorsitzenden Sylvia Canel lähmte die FDP. Canel trat schließlich aus und gründete mit anderen Abtrünnigen ihre eigene Partei. Seitdem läuft in der Hamburger FDP alles bei Suding zusammen. Aus der Not, dem fehlenden beherrschenden Oberthema, versucht die Partei eine Tugend zu machen. Sie führt einen Personenwahlkampf mit Suding an der Spitze – wie schon 2011, als sie die Liberalen nach sieben Jahren APO zurück in die Bürgerschaft führte. „Ich will, dass wir unser Ergebnis vom letzten Mal verbessern“, so Suding. So weit scheint es noch nicht zu sein, doch die Umfragen zeigen wieder aufwärts. Derzeit steht die FDP bei vier Prozent. Der Wiedereinzug scheint möglich. „Ich bin sehr zufrieden, wie der Wahlkampf bisher angelaufen ist“, so Suding. Thematisch will sie mit moderner Wirtschaftspolitik und einem Kampf für das Gymnasium punkten. Dauerbrenner eben.

In memoriam Schill

Scheinbar also alles klar in Hamburg. Doch was, wenn die Stimmung plötzlich kippt? Die Anschläge von Paris haben einigen Wahlkämpfern bereits Sorgenfalten auf die Stirn geworfen – insbesondere als kurz darauf ein Brandanschlag auf die *Hamburger Morgenpost* verübt wurde. Auch sonst ist es in den vergangenen Monaten nicht immer ruhig geblieben. Es kam zu Zusammenstößen zwischen Kurden und Salafisten, die Polizei verhängte in St. Pauli großflächige „Gefahrengebiete“ und kontrollierte zahlreiche Menschen. Gleichzeitig steigt die Zahl der Flüchtlinge, die die Stadt aufnimmt. Obwohl ihre Integration vielerorts besser gelingt als in den 90ern, birgt das Thema Konfliktpotenzial. Gegen drei Flüchtlingsheime wird geklagt, jeder fünfte Hamburger findet, dass es jetzt schon zu viele Menschen aus Krisengebieten in der Stadt gebe. In Hamburg, wo die Schill-Partei 2001 knapp 20 Prozent holte, sind das Warnsignale. „Hamburg hat eine Tradition, dass Parteigründungen in diesem Segment viel Zulauf haben“, warnt Grünen-Spitzenfrau Fegebank. Die AfD steht in Umfragen bei fünf Prozent. „Wir müssen die Befürchtungen der Bevölkerung ernst nehmen, egal ob wir sie für berechtigt halten oder nicht“, sagt Jörn Kruse. Der emeritierte Volkswirtschaftsprofessor sitzt am Esstisch in seiner Eppendorfer Altbauwohnung. Die Regale hinter ihm stehen voll mit der Literatur des Bildungsbürgers. Goethe, Lenz, Houellebecq, aber auch Geschichts- und Kunstbände. Kruse hat die AfD mitgegründet – wegen der Euro-Rettung. Bernd Lucke kennt er schon lange. Im Wahlprogramm für Hamburg spielt die Währung allerdings keine Rolle. Man habe sich auf Landespolitik konzentrieren wollen, so Kruse. Der breiten Öffentlichkeit wurde der AfD-Mann bekannt, als nach den Anschlägen ein Video kursierte, in dem er sagt, die Angriffe seien früher gekommen, als er „gehofft“ habe. Ein Versprecher, den er sofort korrigierte, doch der Eindruck passte ins Bild einer Partei, die in Hamburg gegen die Intendantin eines Theaters klagt, das sechs Lampedusa-Flüchtlinge in einer Kunstaktion aufnahm, und die auf ihrer Landesliste zwei ehemalige Schill-Parteigänger auf vorderen Plätzen führt. Auch Dirk Nockemann, nach Schills Rauswurf 2003 für die Partei Innensenator, darf sich Hoffnungen auf einen Sitz in der Bürgerschaft machen. Kruse hat damit kein Problem. „An die Schill-Zeit werde ich auch nicht gerne erinnert“, sagt er. Aber Nockemann sei ein respektabler Mann und die Unterbringung der Flüchtlinge im Theater schlicht illegal. Als rechts will Kruse nicht gelten. Früher war er in der SPD, dann wählte er FDP. Er zählt sich zum wirtschaftsliberalen Flügel der AfD – mehr Lucke als Petry. Hetze gegen Flüchtlinge kommt ihm im Gespräch nicht über die Lippen. „Meine Partnerin und ich haben gerade Pullover und Handtücher für Asylbewerber gesammelt“, erzählt er. Trotzdem: Innere Sicherheit ist für die AfD wichtig. „Ich befürchte, dass etwas passieren wird“, sagt er. Diese Angst mache er auch in der Bevölkerung aus. Er sei aber skeptisch, dass die AfD daraus viele Stimmen ziehen könnte. Schließlich habe die SPD aus dem Schill-Schock gelernt und mache konsequent die rechte Flanke dicht. Und so reiht sogar die rechte Protestpartei sich in König Olafs loyale Opposition ein. Die Gefahr der Majestätsbeleidigung scheint gebannt.



Unter der Woche  
Jürgen Busche

Eine süddeutsche  
Nacht: Unser Party-  
reporter berichtet

Sie zählt zu jenen Ereignissen zum Lob der Hauptstadt, auf die man sich alljährlich freut. Nicht zufällig fällt „Die Nacht der *Süddeutschen Zeitung*“ in Berlin mit der Grünen Woche zusammen. Bis 2014 durfte ich mich zu den Gästen zählen. Jetzt, 2015, wurde ich als Berichterstatter geladen, was mich im Rückblick auf meine vielen Jahre als Reporter sehr gefreut hat. Die *Süddeutsche Zeitung* wollte gern, dass ich über ihr Event schreibe. Und das kann ich gut verstehen.

Es war ein schöner Abend. Er fand in der baden-württembergischen Landesvertretung statt, Tiergartenstraße 14. Das wurde gleich zwei Mal erklärt. Einmal damit, dass die SZ ja zum Teil einem Konzern gehört, der von Mainz über Stuttgart bis München präsent ist. Und zum anderen, dass ganz Süddeutschland traditionell die Liberalität als Markenzeichen hat, so auch die SZ, die gegenüber allem liberal ist, außer vielleicht der CSU, aber da muss sie es auch nicht sein.

Von den kulinarischen Genüssen sei hier nur das Helle erwähnt, Fassbier, das man in Berlin kaum noch bekommt. An der Spree trinkt man Pils. Fürs Optische muss erwähnt werden, dass Gäste (und Berichterstatter) exquisit gekleidet waren. Politiker, die sonst im Hohen Haus reden, als wären sie soeben vom Aufräumen aus dem Keller gekommen, Journalisten, die bei Parteitag in abgewetzten Jeans und Schlapperhemden herumlaufen, hatten sich zu Hause die feinsten Klamotten herauslegen lassen. So konnte es nicht nur ein schöner, sondern sogar ein festlicher Abend werden.

Und es war sehr voll. Angela Merkel ließ sich entschuldigen. Dafür waren die Stones gekommen, Steinbrück und Steinmeier. Sigmar Gabriel stand nicht auf der Gästeliste. Er hat seine Niederlage gegen die Kanzlerin ja noch vor sich. Rote und grüne Politiker sah man zahlreich. Für die Leute von der Union schien die Landesvertretung in dieser Nacht eine No-go-Area gewesen zu sein. Auch von der früheren Konkurrenz, der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, sah ich nur deren Hauptstadt-korrespondenten Günter Bannas, der freilich auch eine SZ-Vergangenheit hat. Manche Namen fehlten. Uli Hoeneß hatte leider nicht kommen können, ebenso wenig Karl-Heinz Rummenigge. Der bayrische Fußball wurde von Waldemar Hartmann vertreten.

ANZEIGE

**Tschüß Patriarchat. Hallo gutes Leben!**

**DIE LINKE.**

**Bundesfrauenkonferenz**  
31. Januar und 1. Februar 2015  
Freizeitheim Linden  
Windheimer Straße 4  
30451 Hannover  
Mehr Infos und Anmeldung  
auf [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)



Auch aufgeschlossen gegenüber Spenden: der örtliche Schützenverein

Willkommen im Klub

Gemeinnützigkeit Attac soll nicht mehr unterstützt werden, Pegida demnächst schon? Über eine zweifelhafte Regelung

■ Felix Werdermann

Bekommt die rechte, ausländerfeindliche Pegida-Bewegung bald Unterstützung vom deutschen Staat? Die Organisatoren der montäglichen Demonstrationen in Dresden haben offenbar vor, für ihren Verein Gemeinnützigkeit zu beantragen. Spenden könnten dann von der Steuer abgezogen werden. Doch ob das Finanzamt das mitmacht, ist fraglich. Politische Tätigkeiten sind nämlich nicht steuerbegünstigt – das hat vor kurzem auch Attac am eigenen Leib erfahren.

Dem globalisierungskritischen Netzwerk wurde vom Frankfurter Finanzamt die Gemeinnützigkeit entzogen. Attac hat Einspruch eingelegt und will notfalls klagen. Gleichzeitig schmiedet die Organisation aber an einem Bündnis für ein neues Steuerrecht, das auch politischen Gruppen die Gemeinnützigkeit gewährt. Könnte Attac so ungewollt zur Gehilfin von Pegida werden?

Auszuschließen ist das jedenfalls nicht. Trotzdem sind die Bestrebungen von Attac richtig. Zahlreiche politische Nichtregierungsorganisationen sind potenziell der Willkür des Finanzamts ausgesetzt, ständig in Gefahr, ihre Gemeinnützigkeit zu verlieren. Eigentlich wäre ein ganz anderes System sinnvoll, in dem der Staat keine Steuervorteile gewährt, sondern die Organisationen direkt mit Geld unterstützt.

Der Aufschrei war groß, als die *Frankfurter Rundschau* vor wenigen Tagen berichtete, Pegida bemühe sich um die Gemeinnützigkeit. Schon Ende vergangenen Jahres hatten die Organisatoren der rechten Proteste einen Verein gegründet. Dadurch können sie zum Beispiel leichter gegen bestimmte Medienberichte vorgehen. Zudem ist es so möglich, unter gewissen Voraussetzungen die Gemeinnützigkeit zu erlangen und damit Steuererleichterungen.

Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel sagt, sie rechne mit keinen Problemen. Schließlich sei dieser Status „nicht beantragt worden, wenn das so abwegig wäre“. Das Finanzamt darf sich zum aktuellen Stand nicht äußern, wegen des Steuergeheimnisses. Nach *Freitag*-Informationen ist der Antrag aber noch gar nicht eingegangen.

Der Pegida e.V. hat nach eigenen Angaben zehn Mitglieder, Vereinszweck soll die „Förderung politischer Wahrnehmungsfähigkeit und politischen Verantwortungsbe-

wusstseins“ sein. Bis zur Gemeinnützigkeit ist es jedoch noch ein weiter Weg. Das Finanzamt brauche bei Vereinen mindestens vier Wochen für die Prüfung, sagt Behördenleiter Reinhard Göppner. In Streitfällen könne das aber auch deutlich länger dauern. Wie sind die Chancen von Pegida? „Zu prüfen sein wird sicher die Frage, ob eine überwiegend politische Zielsetzung vorliegt“, sagt Göppner. „Nach Abgabenordnung und Rechtsprechung ist die Verfolgung politischer Zwecke kein steuerbegünstigter Zweck.“

Angst vor einer Reform

Das haben auch schon einige etablierte Nichtregierungsorganisationen zu spüren bekommen. Die Umweltverbände Greenpeace und BUND mussten sich schon mit den Behörden herumschlagen, jetzt liegt Attac mit dem Frankfurter Finanzamt im Clinch. Durfte der Organisation die Gemeinnützigkeit entzogen werden? In der Abgabenordnung heißt es: „Eine Körperschaft verfolgt gemeinnützige Zwecke, wenn ihre Tätigkeit darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern.“ Anschließend werden verschiedene Aufgaben aufgeführt, etwa Umweltschutz, Entwicklungszusammenarbeit oder Hilfe für Flüchtlinge. Andere Ziele wie zum Beispiel Frieden, Menschenrechte oder soziale Gerechtigkeit fehlen aber. Deshalb berufen sich Organisationen wie Attac gerne auf die „Förderung von Volksbildung“ oder auf die „allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens“.

Problematisch ist jedoch nicht die gesetzliche Regelung, sondern ein dazu gehöriger Erlass des Finanzministeriums. Darin heißt es, die Gemeinnützigkeit sei zu versagen, wenn eine Organisation „ausschließlich oder überwiegend einen politischen Zweck verfolgt“. Die Vorgaben können sehr unterschiedlich ausgelegt werden, die Finanzämter haben durch ihren Interpretationsspielraum eine große Macht gegenüber den Organisationen. Sie können auch Steuern der vergangenen Jahre nachfordern, wenn sie die Gemeinnützigkeit aberkennen – was viele Vereine in finanzielle Schwierigkeiten bringen dürfte. Zudem können die Organisationen nur schwer einschätzen, welche politischen Tätigkeiten ihre steuerliche Begünstigung gefährden und welche aus Sicht der Behörden in Ordnung sind. Die Attac-Geschäftsführerin Ste-

phanie Handtmann spricht von einem Damoklesschwert, das über allen politischen Gruppen schwebt. „Da ist die Idee entstanden, dass wir an der Abgabenordnung etwas tun müssen.“

Zusammen mit der Bewegungsstiftung und dem Kampagnennetzwerk Campact schmiedet Attac derzeit ein breites Bündnis aus Gruppen und Verbänden, in einigen Monaten soll es stehen. Wie jedoch zu hören ist, tut sich der ein oder andere größere Verband etwas schwer mit der Reform, aus Angst davor, es sich mit der Politik zu verscherzen.

Die jetzige Regelung ist aus Sicht von Handtmann „total unzeitgemäß“. Für Parteien gibt es Vorschriften zur Steuerbefreiung, für politische Gruppen der Zivilgesellschaft jedoch nicht. Sie schlägt vor, dass in der Abgabenordnung ergänzt wird, was genau unter der Förderung des demokratischen Staatswesens verstanden wird. Darauf könnten sich Organisationen dann berufen. Auch die Pegida-Bewegung? „Ich wüsste nicht, was daran gemeinnützig sein soll“, sagt Handtmann.

Umweltschutz  
wird gefördert,  
Engagement  
für Menschen-  
rechte nicht

Doch in den Parteien gibt es eine sehr große Zurückhaltung bei dem Thema, weil die bestehende Regelung sehr komplex und austariert ist. Der SPD-Finanzpolitiker Lothar Binding sagt: „Den großen Wurf, die Abgabenordnung mit ihren historisch gewachsenen Richtlinien und Interpretationen komplett zu erneuern, bekommen wir nicht hin. Zu viele Menschen befürchten Nachteile.“

Doch eigentlich wäre nicht nur dieser, sondern ein noch größerer Wurf sinnvoll. Denn das jetzige System ist sozial ungerecht. Dass Spenden von der Steuer abgesetzt werden können, ist eine indirekte Subvention für die Nichtregierungsorganisationen. Unterstützer haben nämlich ei-

nen größeren Anreiz und können sogar mehr Geld an eine Organisation spenden, wenn sie wissen, dass sie einen Teil vom Staat zurückbekommen. Dieser Anreiz ist aber nicht bei allen Leuten gleich groß. Wer seine privaten Einnahmen mit einem höheren Prozentsatz versteuern muss, erhält bei einer Spende mehr Geld vom Finanzamt, hat also einen größeren Anreiz und kann auf seine Spende auch mehr draufpacken. Dadurch profitieren indirekt die Lieblingsorganisationen der Wohlhabenden. Zwar gibt es kaum Gruppen, die ausschließlich von Reichen finanziert werden, trotzdem dürften sich Arbeiterwohlfahrt und Rotary-Club in der Sozialstruktur ihrer Spender deutlich unterscheiden.

Gerecht und demokratisch

Fairer wäre ein – aus heutiger Sicht sehr utopisches – System, in dem der Staat die Steuerprivilegien abschafft und das dadurch gewonnene Geld direkt an die förderungswürdigen Gruppen verteilt. Dazu müssten natürlich Kriterien erarbeitet werden, einige lassen sich bestimmt aus der heutigen Abgabenordnung übernehmen. Um auch die Vereine ärmerer Bürger ausreichend zu unterstützen, sollte sich der Staat bei der Geldausschüttung nicht nur an der Höhe der gesammelten Privatspenden orientieren, sondern auch an Mitgliederzahl oder Aktivitäten einer Gruppe.

Es mag erschreckend klingen, dass der Staat mit vielen Millionen Euro Tausende Vereine unterstützt. Doch das passiert heute schon – indirekt, über die Steuererleichterungen. Mit dem neuen System ließe sich das nicht nur gerechter, sondern auch demokratischer regeln als bisher. Nicht Bürokraten bestimmen über das Geld, sondern von allen Bürgern gewählte Vertreter. In lokalen, regionalen und bundesweiten Gremien entscheiden sie dann mit Mehrheit, wer das Geld bekommt. Jedoch dürfen auch politische Minderheiten eigenständig einen Teil des Budgets verwalten, damit mainstreamkritischen Vereinen nicht einfach der Geldhahn zugekehrt wird.

Dass Organisationen wie Pegida in den Genuss staatlicher Unterstützung kommen, ließe sich zwar so auch nicht sicher ausschließen; aber das System wäre fairer. Nichtregierungsorganisationen wie Attac müssten zwar einräumen, dass sie vom Staat unterstützt werden. Aber wer die aktuellen Steuervorteile kennt, weiß: Die Unabhängigkeit ist sowieso nur eine Illusion.

FOTO: FRANK SCHIRRMAYER/OSTKREUZ



# Raus aus dem Schatten

**CIA-Folterreport** Das Buch des US-Senats liegt nun auf Deutsch vor. Es zeigt, dass Geheimdienste nicht gebraucht werden

■ Daniela Dahn

Westliche Werte verteidigt man am besten, indem man sie selbst einhält. Der CIA-Folterreport, belegt einmal mehr, wie wenig diese Regel noch gilt. Er ist eine gut 500 Seiten lange Zusammenfassung des 6.700 Seiten starken, weiterhin geheimen Berichts des Geheimdienstausschusses des US-Senats über Verhörpraktiken von 2001 bis 2009. Nach dem Abgang von Präsident George W. Bush haben Ausschussmitarbeiter Jahre lang etwa sechs Millionen Seiten CIA-Material sichten können. Es liegt nun der wohl umfangreichste und schwerwiegendste Bericht vor, den je ein US-Ausschuss verfasst hat. Die Parlamentarier, die den BND kontrollieren wollen, können angesichts solcher Kompetenzen nur vor Neid erblassen.

Es ist dem Westend-Verlag zu danken, dass er für die Herausgabe des deutschsprachigen Reports den sachkundigen Juristen und ehemaligen Bundestagsabgeordneten Wolfgang Nešković gewonnen hat. Im Vorwort reflektiert dieser mit scharfer Logik und klarer Sprache die Konsequenzen der Situation und bietet im Anhang Lösungsvorschläge, sogar in fertiger Gesetzesform. Nešković beklagt zu Recht, dass eine Mehrheit der US-Amerikaner die Folterungen billigt und bestenfalls deren Nützlichkeit diskutiert, nicht aber deren Unzulässigkeit. Die Terroristen des 11. September hätten auch das Rechtsbewusstsein vieler Amerikaner beschädigt. Er fürchtet, die USA würden im Sumpf ihrer unerfüllten moralischen und politischen Ansprüche versinken. Der einstige Bundesrichter fordert von den Politikern, die Herrschaft des Rechts zu verteidigen, gerade auch bei politisch Verbündeten. „In einem Rechtsstaat lässt sich Terror nicht mit Terror bekämpfen.“

Hat die durch Präsident Barack Obama erfolgte Freigabe der Unterlagen zur Veröffentlichung auch damit zu tun, dass man nicht genau weiß, was die Snowden-Dokumente noch ans Licht bringen werden, und man die Flucht nach vorn vorgezogen hat? Wie brisant das Material ist, machen die zahllosen Schwärzungen im Buch geradezu augenfällig. Die so namentlich nicht identifizierbaren Folterer hatten weder Erfahrungen mit Verhören noch Kenntnisse über al Qaida oder gar über arabische Religion, Kultur und Sprache. So wollten sie nicht wahrhaben, dass die meisten der Gefolterten offenbar über Terrorismus wenig zu sagen hatten und in ihrer Qual andere Unbeteiligte belasteten.

## Keine Erkenntnisse ...

Die Schilderung der über Tage und Wochen angewandten Methoden ist schwer erträglich. Das Ertrinken simulierende „Waterboarding“ war inzwischen bekannt, das „Walling“, bei dem die Gefangenen gegen eine Wand geschleudert werden, weniger. Häftlinge sind nackt, nur mit Kapuze über dem Kopf, durch die Gefängnisgänge geführt und dabei geschlagen worden. Die medizinische Versorgung war generell, aber speziell auch nach der Folter, unzureichend. Eine beliebte Methode aller brutalen Vernehmer ist der Schlafentzug – aber bis zu 180 Stunden und in belastenden Körperhaltungen – das ist extrem. Einige wurden nur noch rektal ernährt. Wieder andere wurden in enge Boxen zusammen mit aggressiven Insekten gesperrt. Oder in Bottiche mit Eiswasser, eine Methode, die 1945 den Anklägern in den Nürnberger Prozessen geschildert wurde. Die Nazis haben viele Menschen, speziell in osteuropäischen Lagern, so zu Tode gebracht – wurde mit diesem Wissen gerechnet?

Besonders brutal war das Zufügen seelischen Leids. CIA-Gefangenen wurde erklärt, sie würden das Gefängnis nur in einer sargförmigen Kiste verlassen, schon weil die Welt nie erfahren dürfe, was ihnen geschehen sei. Einigen wurde gedroht, ihre Kinder würden geschädigt. Oder die Mutter würde vergewaltigt und ihr dann die Kehle durchgeschnitten werden. Neben körperlichen Schäden bekamen Gefangene Depressionen, Halluzinationen und Psychosen, nicht wenige unternahmen Selbstmordversuche.

Die meisten dieser Methoden, darauf gibt es im Report einen kurzen Hinweis,

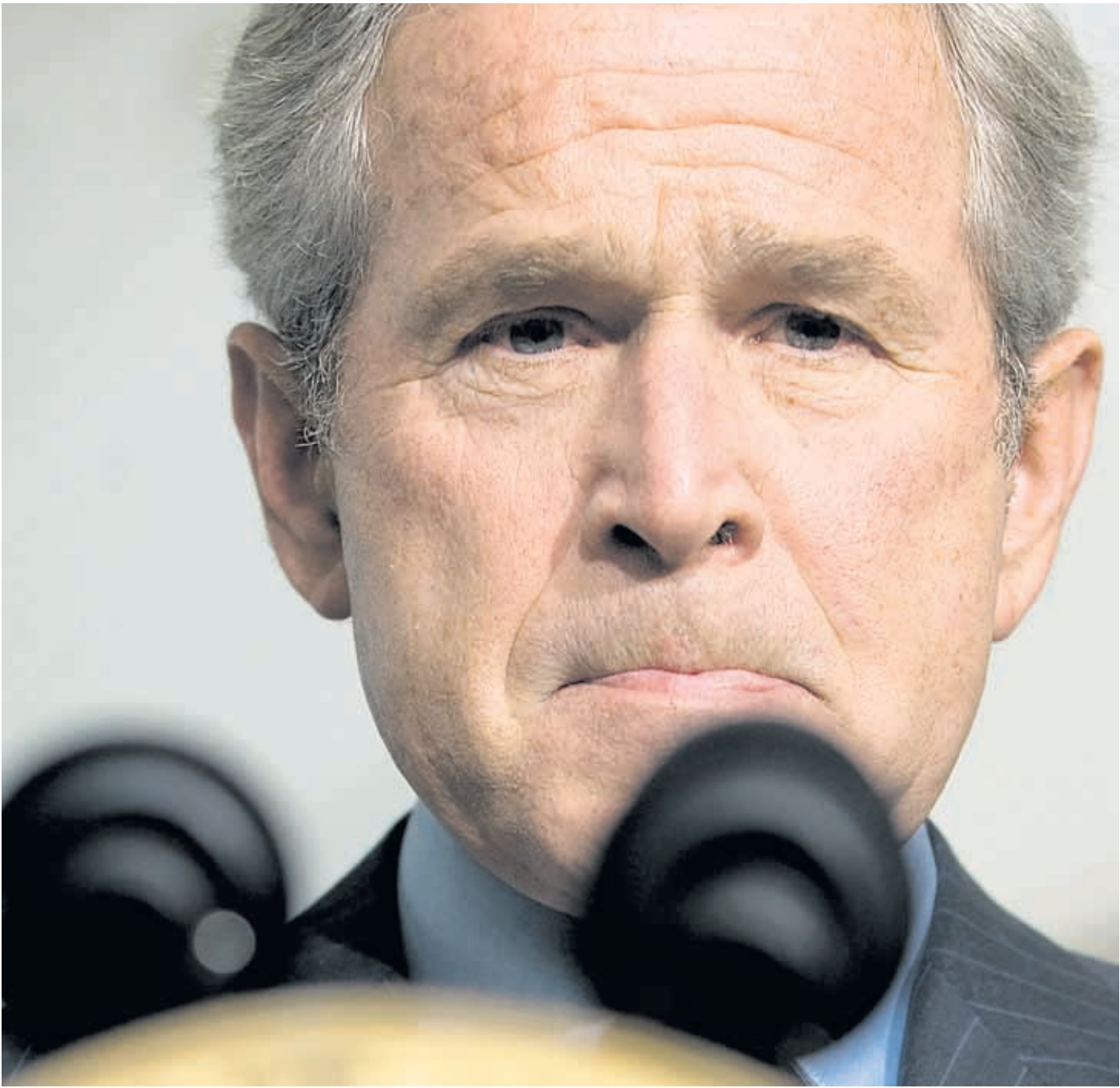


FOTO: SAUL LOEB/AFP/GETTY IMAGES

Verschärfte die Verhörmethoden: George W. Bush, US-Präsident von 2001 bis 2009

erprobten die amerikanischen Geheimdienste schon seit Jahrzehnten in aller Welt. Erinnert sei an das Kubark-Manual, ein Verhör-Handbuch, das 1963 herausgegeben wurde, in Südamerika und Chile Verwendung fand und im Vietnam-Krieg „verfeinert“ wurde. Aus dem aktuellen Report geht deprimierenderweise hervor, dass die CIA bereits vor den Anschlägen vom 11. September 2001 aus diesen Erfahrungen den Schluss gezogen hatte: Folter liefert keine geheimdienstlichen Erkenntnisse, sondern führt mit großer Wahrscheinlichkeit zu falschen Antworten. Sie hat sich in der Vergangenheit als ineffektiv erwiesen. Man hat diese Verbrechen also wider besseren Wissens begangen. Warum? Auf Anweisung der Hardliner in der Regierung Bush? Um auf Teufel komm raus Schuldige präsentieren zu können, die von eigenen Versäumnissen und Verstrickungen ablenken?

Der Report belegt, dass die CIA an Teile der Regierung und an Medien permanent falsche Informationen lieferte und einzelne Journalisten ihre Storys mit dem Geheimdienst abstimmten. So wurde behauptet, eine Einstellung der verschärften Methoden würde zu Wissensverlusten führen, die viele Menschenleben kosten könnten. Woraufhin das Justizministerium empfahl, sich auf „Notstandsrecht“ zu berufen. Dabei waren die Erfolgsgeschichten gelogen, in keinem einzigen Fall hat die Folter Verwertbares gebracht. Die *New York Times* schrieb just an dem Tag, an dem Bush das Programm öffentlich anerkannte, die Verhörmethoden der CIA würden funktionieren.

Doch letztlich gibt es offenbar keinen Beleg dafür, dass auch nur ein Planer der Anschläge vom 11. September unter den Gefolterten war und Aufschlüsse gegeben hätte. In die weltweiten geheimen Verhör-Ge-

fängnisse wurden Hunderte Millionen Dollar investiert. Inzwischen weiß man, dass genau diese Brutstätten der Gewalt die Lehranstalten für den heutigen IS und andere Dschihadisten waren. Die Erniedrigten luden sich hier mit Hass und Rachegefühlen auf. Viele nutzten die Gelegenheit, sich für die Zeit danach zu verabreden.

## ... nur falsche Antworten

Es dürfe keine rechtsfreien Räume geben, mahnt der Herausgeber Wolfgang Nešković an. Deshalb sei es empörend, dass die Folter-Verbrechen in den USA, trotz der auch dort geltenden UN-Antifolterkonvention, ohne Strafe bleiben sollen und die Opfer keine Aussicht auf Entschädigung hätten. Da die USA das Statut des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag nicht ratifiziert haben, hätten sie von dort nichts zu befürchten. Nešković beruft sich daher auf das im Völkerstrafgesetzbuch anerkannte Weltrechtsprinzip, sieht Europa in der Pflicht und mit ihm den deutschen Generalbundesanwalt. Da sich dieser aber in Verfahren mit Auslandsbezug nicht als „engagierter Strafverfolger“ hervorgetan hat, sondern sich als Beamter offenbar politischer Opportunität verpflichtet fühlt, sei dessen Chef gefordert. Also Bundesjustizminister Heiko Maas.

Es wird viel davon abhängen, auf welche Position sich die öffentliche Meinung verständigt. Der Bericht zitiert die Kommunikation zwischen zwei CIA-Mitarbeitern, die sich auf gezinkte Erfolgsberichte über ihre Arbeit an Journalisten und Buchautoren einigen: „Wir müssen da draußen aggressiver auftreten, entweder erzählen wir unsere Geschichte, oder die machen aus uns Hackfleisch, dazwischen gibt es nichts.“ Ihre Geschichte ist nun verdorben, aber nach „Hackfleisch“ sehen die Reaktionen bisher auch nicht aus. Ob Geheimdienste überhaupt einen Nutzen als strategische Beratung für Politik haben, oder ob ihre Existenz nicht ungleich mehr Schaden anrichtet, ist schwer feststellbar. Sie sind die einzige Berufsgruppe der Welt, deren Treiben auch nach Jahrzehnten nicht bewertet wird. Vieles legt dennoch eine Antwort nahe. Etwa die einst kriegsauslösende Lüge über Massenvernichtungswaffen im Irak – jetzt die Folterpraktiken.

Wolfgang Nešković hält Geheimdienste dennoch für unverzichtbar. Er glaubt an

er kein Notstandsrecht beanspruchen kann? Wenn er verzichten soll auf Denunzianten, die er Vertrauensleute nennt? Die Idee, durch erlaubte Straftaten andere bei unerlaubten Straftaten erwischen zu können, ist pervers. Sie soll aber gerade ausgebaut werden. Jeder Geheimdienst führt eine Existenz im Graubereich der Legalität, an den Parlamenten vorbei, was eine moderne Demokratie nicht dulden kann. Der durch riesige Etats in seiner Wichtigkeit bestärkte, sektenartige Geheimdünkel verselbstständigt sich zwangsläufig und fällt jeder Gesellschaft in den Rücken. Die Staatssicherheit hat Staatsfeinde produziert, die CIA Terroristen.

## Diese Dienste sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems

Da hilft nur: Schlapphüte an der Garderobe der Kriminalpolizei abgeben. Al Qaida, Taliban und andere sind Netzwerke krimineller Zivilisten, selbst wenn sie bewaffnet sind. Wer aber wirklich Terrorist ist, kann weder ein Geheimdienst noch eine mit Drohnen gerüstete Armee feststellen, sondern nur Gerichtsverfahren. Es ist kein Grund ersichtlich, weshalb dafür nicht ausschließlich die Kriminalpolizei zuständig sein soll. Interpol, Europol – für alles besteht längst eine polizeiliche Parallelstruktur. Gebraucht wird ein aufklärender Informationsdienst, nicht ein desinformierenden Geheimdienst.

Für die Forderung nach einer erneuerten Sicherheitsarchitektur kann es wohl keinen ungünstigeren Moment geben als nach den Attentaten von Paris, da hektisch und sofort mehr Sicherheit verlangt wird. Oder könnte sich gerade jetzt die Erkenntnis durchsetzen, dass die Geheimen nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems sind? Westliche Werte verteidigt man am besten, indem man sie selbst einhält.

ANZEIGE

[www.tropen.de](http://www.tropen.de)

## Der weltweit erste Bericht aus dem Gefangenenlager

Auch als eBook

Mohamedou Ould Slahi: **Das Guantanamo-Tagebuch**  
457 Seiten, Klappenhürschur, € 19,95 (D)

2010 freigesprochen – aber bis heute inhaftiert

Schlafentzug, Dauerlärm, Todesdrohung: Mohamedou Slahis Geständnis wurde unter Folter erpresst: Er ist einer der Hauptverdächtigen des 11. Septembers. Obwohl ein Gericht seine Freilassung angeordnet hat, bleibt er bis heute inhaftiert. Sein ergreifender Bericht ist die bisher einzige bekannte Chronik eines Guantanamo-Gefangenen, die in der Haft verfasst wurde.

freitag.de

Buch der Woche





Zaun der spanischen Exklave Melilla vor Marokko

# Über Grenzen

**Perspektiven** Die deutsche Einwanderungsdebatte ist verzerrt und ängstlich. Aber auch andere Länder sehen in der Migration zu sehr Belastungen statt Chancen

Am Ende war der Druck zu groß. Mehr als 5.000 Menschen haben eine Petition unterschrieben, um zu verhindern, dass Flüchtlinge im Dresdner Hotel „Prinz Eugen“ untergebracht werden. Das Gebäude wurde mit ausländerfeindlichen Parolen beschmiert, der Eigentümer im Internet bedroht. Dar-  
aufhin zog er sein Angebot zurück, 94 Asylbewerber dort aufzunehmen. Nun hat die Stadt Dresden ein Problem mehr.

„Prinz Eugen“ ist ein Symbol dafür, in welche Richtung der angsterfüllte Diskurs um Flüchtlinge und Einwanderung zurzeit in Deutschland läuft. Pegida vergiftet nicht nur mit dumpfen Ressentiments jede Debatte über Migration – nein, der rechte Protest hat bereits konkrete Folgen für das Leben von Flüchtlingen.

Klar ist ja: Probleme mit Integration gibt es immer – und wird es immer geben.

Wenn Menschen zusammenleben, die sich zunächst einander fremd sind, läuft das nie völlig reibungslos. Doch sich in ein imaginiertes Abendland zurückzuziehen und die Grenzen dicht zu machen, ist keine Option in einer globalisierten Welt. Es gibt kein Land ohne Ein- und Auswanderung (siehe unser Überblick). Menschen überqueren Staatsgrenzen seit Tausenden von Jahren und werden das auch künftig tun. In der Bundesrepublik leben 6,8 Millionen Ausländer, das ist jeder zwölfte Einwohner.

Deutschland sollte deshalb mutig sein und mehr Einwanderung zulassen – um Menschen in Notsituationen zu helfen, aber auch, um hierzulande die fremdenfeindliche Stimmung zu bekämpfen. Wer Ausländer kennenlernen, baut Vorurteile ab. Statistisch kann man nachweisen, dass in Landkreisen mit höherem Ausländeranteil die Akzeptanz Fremder höher ist.



Afghanische Kinder in einem Camp bei Peshawar

## Pakistan

Bevölkerung: 182,1 Millionen  
Migration 2010–2014: plus 1,63 Millionen

Pakistan ist der Hauptzufluchtsort für Menschen aus Afghanistan. Die meisten flohen bereits 1979 zu Beginn der sowjetischen Invasion. Da der Krieg seitdem praktisch kein Ende genommen hat, folgten aber immer neue Wellen. Nach Angaben der Vereinten Nationen leben gegenwärtig 1,6 Millionen Afghanen im Land, über drei Millionen kehrten über die Jahre zurück.

Laut Regierung befindet sich aber eine weitere Million afghanischer Flüchtlinge unre-gistriert im Land. Viele leben in Gebieten, wo sie starke ethnische Verbindungen zur einheimischen Bevölkerung haben.

Sanaa Alimia, die sich als Sozialwissen-schaftlerin mit afghanischen Flüchtlingen beschäftigt, hat in den vergangenen Jahren allerdings eine wachsende Feindseligkeit seitens der Behörden festgestellt. So wür-den Flüchtlinge gezielt verhaftet und ge-gängelt, um sie dazu „anzuregen“, in ihre Heimat zurückzukehren. Homa Khaleeli

## In Spanien ist die Ablehnung gegenüber Migranten viel geringer als anderswo

## Spanien

Bevölkerung: 46,5 Millionen  
Migration 2010–2014: plus 600.000

In Spanien wird die Debatte über Einwan-derung zurzeit von der großen Zahl junger Menschen überschattet, die auf der Suche nach Arbeit dem Land den Rücken kehren. Während Zuwanderer aus Ecuador, Bolivi-en, Rumänien und Marokko den Auslän-deranteil zwischen 1999 und 2009 von zwei auf zwölf Prozent erhöhten, kehren angesichts einer Arbeitslosenquote von 24 Prozent zurzeit viele wieder in ihre Heimat zurück. Außerdem suchen viele Spanier im Ausland ihr Glück. Seit 2010 verlassen mehr Menschen das Land als kommen.

„Die Wirtschaftskrise hat dazu geführt, dass die traditionell große Zahl der Einwan-derer aus Lateinamerika merklich zurückge-gangen ist“, sagt der Madrider Soziologe Joaquín Arango. Ihren Platz nahmen zu-nehmend Menschen aus China ein, die in der Krise eine Chance erblickten. Vergli-chen mit anderen europäischen Ländern würden Migranten in Spanien weit weniger Ablehnung erfahren. „Selbst sieben Jahre Wirtschaftskrise haben daran bislang nichts geändert“, betont Arango. Er erklärt es damit, dass das Land jahrzehntelang un-ter der faschistischen Diktatur gelitten hat. Die Erinnerung daran sei sehr lebendig. „Die Werte, die man in Spanien mit der De-mokratie in Verbindung bringt – Antiras-sismus und Gleichheit –, sind deshalb sehr tief in der Gesellschaft verwurzelt.“

Menschen, die mit Flüchtlingen arbeiten, befürchten allerdings, dass diese Einstel-lung zunehmend verschwinden könnte – etwa Mikel Araguás von einer NGO, die Mi-granten bei der Integration unterstützt. Im Anbetracht der harschen Sparmaßnahmen würden Einwanderer und Asylbewerber zu-nehmend als Konkurrenz betrachtet, sagt Araguás. „Wir erleben die ersten öffentli-chen Versuche, Einwanderer zu kriminali-sieren. In einigen Medien wird die Frage aufgeworfen, ob sie Steuern zahlen oder sich Sozialleistungen erschleichen.“ Im ganzen Land sind von rechtsextremen Gruppen organisierte Lebensmittelfa-  
feln

aus dem Boden geschossen, die Nahrungs-mittel nur an bedürftige Spanier ausgeben. Und im Baskenland hat der Bürgermeister von Vitoria, der Hauptstadt der autonomen Region, kürzlich Algerier und Marokkaner pauschal beschuldigt, Sozialleistungen zu erschleichen.

Im September hat Araguás’ NGO eine Kampagne gestartet, um diesen Schmä-hungen entgegenzuwirken. „Schluss mit den Gerüchten“ lautet ihr Slogan. Auf ihrer Website versuchen die Aktivisten seitdem, mit Videos und Statistiken gegen die gän-gigsten Vorurteile anzugehen: Einwanderer wären eine Last für das Gesundheits- und Sozialsystem, sie nahmen den Einheimi-schen die Jobs weg und so weiter. Bereits über 300 Menschen haben sich für Work-shops angemeldet, in denen vermittelt werden soll, wie man gegen diese Ressenti-ments argumentativ ankämpft.

Die Vorurteile hätten auch deshalb stark zugenommen, weil öffentlich nur wenig über Einwanderung gesprochen werde, kri-tisiert Araguás. Stattdessen konzentriere sich die Debatte auf die Grenzen in den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla, wo Migranten oft monatelang im Freien schla-fen, weil sie hoffen, es eines Tages über den Zaun zu schaffen, der Marokko von Spani-en trennt. „Der Zaun spielt in der Debatte eine sehr große Rolle“, sagt Araguás. „Die Migrationsproblematik im Land wird da-durch völlig verzerrt dargestellt.“

2013 hätten gerade einmal 14.000 Men-schen versucht, den Zaun zu überwinden. Nur 2.000 hätten es geschafft. Das ist ein verschwindend geringer Teil der 4,6 Millio-nen Zuwanderer, die in Spanien leben. Den-noch sind die Zäune zum Kristallisations-punkt der Debatte über Migration gewor-den. Menschenrechtsorganisationen, die EU und die Vereinten Nationen äußern Be-denken über das Vorgehen der spanischen Behörden, während die Regierung in Mad-rid den Dreifachzaun immer unüberwind-barer machen will und mit Kletterschutz-dracht nachrüstet. Es sei eine völlig unsinni-ghe Debatte in einem Land, das insgesamt mehr Menschen verließen als einreisten, bedauert Mikel Araguás. Ashifa Kassam

## China

Bevölkerung: 1,35 Milliarden  
Migration 2010–2014: minus 1,5 Millionen

„Zuwanderung ist in China gar kein The-ma“, sagt Wang Huiyao, Präsident eines einflussreichen Pekinger Thinktanks. Ein viel drängenderes Problem als massenhafter Zuzug sei die große Zahl von Menschen, die das Land verlasse. Seit Anfang der 80er Jahre hat China fast 8,5 Millionen Men-schen durch Abwanderung verloren. Die Führung versuche nun, dem Problem zu begegnen, sagt Wang: „China hält es mitt-lerweile für wichtiger, Talente zu rekrutie-ren als Investitionen anzuziehen.“

Gemessen an der Gesamtbevölkerung ist die Zahl an Ausländern in der Volksrepub-lik in der Tat sehr gering. Einer Statistik von 2012 zufolge leben nicht mehr als 633.000 Ausländer länger als drei Monate in der Volksrepublik. Die bei weitem größte Grup-pe – ungefähr ein Fünftel – kommt dabei aus Südkorea. Auch aus den USA und Japan gibt es größere Gruppen. Der Rest verteilt sich auf Burma, Vietnam, Kanada, Frank-reich, Indien, Deutschland und Australien.

Seit langfristig in China niederzulassen, ist ohnehin schwierig. 2010 erhielten gera-de einmal 1.448 Ausländer die chinesische Staatsbürgerschaft, 2012 hatten chinesi-schen Medien zufolge lediglich 1.300 Aus-länder ihre Greencards im Zuge einer Kam-pagne zur Rekrutierung ausländischer Wis-senschaftler erhalten, für die zuvor laut getrommelt worden war. Die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua meldete ver-gangenen Sommer, die Regierung denke nun darüber nach, „flexiblere Kriterien für die Vergabe von Greencards“ einzuführen.

Verglichen mit westlichen Ländern steht die chinesische Gesellschaft Einwanderung sehr offen gegenüber“, sagt Wang. Die Neu-ankömmlinge seien aber auch deshalb wil-kommen, weil die meisten von ihnen gut



Nepalesin auf Jobsuche

ausgebildet seien. Wo die illegale Einwan-derung ein gewisses Maß überschreite, werde die Haltung schnell weniger freund-lich, fügt er hinzu. In manchen Gegenden gehe die Polizei hart gegen Einwanderer vor, besonders in Teilen von Guangzhou, wo viele Afrikaner leben. Afrikanische Händler und Geschäftsleute beklagen sich dort über willkürliche Razzien.

Im Zentrum der chinesischen Migrati-onsdebatte stehen aber die über 160 Millio-nen Arbeitsmigranten, die innerhalb Chi-nas vom Land in die Städte gezogen sind. Ihr Zugang zu Sozialleistungen wird durch das Haushaltsregistrierungssystem Hukou be-schränkt, das die Bürger in Land- und Stadtbewohner mit unterschiedlichen Rechten teilt. Die Regierung hat zwar Re-formen angekündigt, Experten erwarten aber nicht, dass sich schnell etwas ändert. Zu groß ist die Angst vor der Reaktion der alteingesessenen Stadtbevölkerung. Ein nicht kleiner Teil von ihr lehnt die Idee, den Landarbeitern mehr Rechte einzuräumen, rigoros ab. Die Argumente sind die glei-chen, wie man sie aus europäischen Migra-tionsdebatten kennt: Die Schulen wären mit zusätzlichen Schülern überfordert, die Neuen würden die Kultur in den Wohn-quartieren verändern. Tanja Branigan

Zusätzliche Recherche von Luna Lin

## Australien

Bevölkerung: 23,7 Millionen  
Migration 2010–2014: plus 750.000

Die Menschen kommen über das Wasser. Über nichts definiert sich Australien mehr, nichts hat seine Geschichte stärker geprägt – und nichts ist heute so umstritten. Pre-mierminister Tony Abbott betont, die An-kunft der *First Fleet* sei der bestimmende Moment in der Historie des Landes gewen. Gleichzeitig gewann er die Wahlen mit dem Versprechen, alle Flüchtlingsboote zu stoppen.

Australiens Haltung gegenüber Migran-ten ist zutiefst widersprüchlich: einladend und feindselig zugleich. Das hängt davon ab, auf welche Art die Fremden ins Land kommen. Grundsätzlich ist man stolz dar-auf, eine Nation von Einwanderern zu sein. Jeder vierte Australier wurde im Ausland geboren, und in fast 20 Prozent aller Haus-halte wird eine andere Sprache als Englisch



Flüchtlinge aus Myanmar vor der australischen Küste

PHOTOS: AP/GETTY IMAGES, JASPER UNANADI/HANAFREUTERS (6), QUENI UND DPA (5,7 UNTEN)

## Russland

Bevölkerung: 144 Millionen  
Migration 2010–2014: plus 1,1 Millionen

Egal, ob man in Moskau in eine U-Bahn steigt oder in einer größeren russischen Stadt einen Markt besucht – überall trifft man auf Gesichter aus Zentralasien und dem Kaukasus. In der Russischen Föderati-on leben elf Millionen Ausländer, viele von ihnen ohne Aufenthaltserlaubnis. Ein gro-ßer Teil von ihnen kommt aus ehemaligen Sowjetrepubliken, in denen mit dem poli-tischen auch das wirtschaftliche System zu-sammengebrochen ist. Aus den Bergdör-fern Tadschikistans verschwindet im Som-mer die halbe Bevölkerung. Die Männer ziehen zu Hunderttausenden nach Russ-land, um dort auf Baustellen zu arbeiten oder andere harte Jobs zu übernehmen.

Weil viele nur auf Zeit im Land bleiben, und weil die Regierung einer solchen Ent-wicklung aktiv entgegenwirkt, haben sich in Moskau trotz des großen Anteils an Mig-ranten aber nie Stadtteile herausgebildet, die von einer bestimmten Gruppe domi-niert werden. Hier gibt es kein Neukölln oder Chinatown, und man geht auch nicht in einen bestimmten Stadtteil, um zent-ralasiatische Pilaw zu essen. Die Einwande-rer sind über die gesamte Stadt verteilt. Die große Mehrheit bleibt aber in selbstgebau-ten Hütten auf Baustellen oder in billigen



Ein Camp für illegale Einwanderer in Moskau

gesprochen. Die Nettozuwanderung wird nach Prognosen der Regierung bis 2017 weiter steigen. Die meisten Neu-Bürger kommen aus Indien und Großbritannien.

Und die Bevölkerungsstatistik erzählt von den historischen Einwanderungswel-len: die australischen Ureinwohner, die vor 40.000 bis 60.000 Jahren aus Afrika über Asien ins Land kamen; die Strafgefangenen der *First Fleet* von 1788; die später immer weiter aufgeweichte Idee eines „weißen Australien“; die Nachkriegsgenerationen, die unter dem Motto: das Hinterland „be-völkern oder untergehen“ angeworben wurden; die ersten „illegalen“ Bootsflücht-linge in den 1970ern.

Im 21. Jahrhundert spricht in Australien allerdings kaum noch jemand von Einwan-derung. In regelmäßigen Abständen gibt es Debatten darüber, ob der trockenste Konti-nent der Erde irgendwann 35 Millionen Einwohner ernähren könne. Von Arbeits-migration spricht kaum noch jemand. Im

Grunde ist nur noch von Asylbewerbern und Flüchtlingen die Rede. Die Haltung ge-genüber Asylsuchenden ist dabei zweig-teilt: Diejenigen, die im Rahmen des Regie-rungsprogramms aus humanitären Grün-den im Land angesiedelt werden, gelten als „rechtmäßige“ Flüchtlinge. Sie werden will-kommen geheißen und unterstützt. Dieje-nigen, die unangemeldet auf Booten an-kommen, werden als „illegale“ und „Vor-drängler“ denunziert.

Gleichzeitig mit der Einführung der Pra-xis, Flüchtlingsboote auf offener See aufzu-bringen, abzudrängen und dahin zurück-zuschicken, wo sie hergekommen sind, hat Australien an Flüchtlingen aus Aufnahmekon-tinenten an Flüchtlingen von 20.000 auf 13.750 reduziert. Die Regierung erklärt, ihre harte Linie gegenüber Bootsflüchtlingen sei durch die Sorge um das Wohl der Be-troffenen motiviert: Man wolle verhindern, dass Menschen auf dem Meer umkommen, dem „Geschäftsmodell der Menschenhänd-

## Indien

Bevölkerung: 1,2 Milliarden  
Migration 2010–2014: minus 2,294 Millionen

An einem nebligen Morgen im vergange-nen November riss ein Selbstmordattentä-ter in Wagah, dem einzigen Grenzübergang zwischen Indien und Pakistan, 61 Men-schen mit sich in den Tod. Aufgrund der strengen Sicherheitsvorkehrungen schaffe es der Attentäter zwar nicht, von der pakis-tanischen Seite durch mehrere Absperrun-gen bis zum letzten Grenztor vorzudrin-gen. Doch der Anschlag machte einmal mehr deutlich, wie wenig man gegen diese Attacken tun kann. Fragen der nationalen Sicherheit und Terrorabwehr haben die in-dische Einwanderungspolitik von Anfang an dominiert. Die 2.300 Kilometer lange Grenze zu Pakistan ist mit einem Zaun ge-sichert und so hell beleuchtet, dass sie aus dem All zu sehen ist. Zunehmend spielen aber auch illegale Einwanderung und der demografische Druck in Indien eine größe-re Rolle.

Im Osten, entlang der 3.360 Kilometer langen Grenze zu Bangladesch, ist es den Grenzbeamten mit den orangefarbenen Turbanen erlaubt, Menschen, die illegal ins Land kommen wollen, einfach zu erschie-ßen. Human Rights Watch schätzt, dass seit der Jahrtausendwende mindestens 1.000 Menschen, unter ihnen viele Kinder, von indischen Grenzposten getötet wurden. Die meisten der Opfer sind arme Bauern, die auf ein geringfügig besseres Leben auf der anderen Seite der Grenze hoffen.

Die Migrationsbewegungen in Indien werden größtenteils nicht dokumentiert. Während die offiziellen Zahlen der Welt-bank nahelegen, dass mehr Menschen das Land aus ökonomischen Gründen ver-lassen als zuziehen, reichen Schätzungen über die Zahl illegaler Einwanderer von drei bis 20 Millionen. Und Migration wird in Indien immer stärker zum religiös und

politisch aufgeladenen Thema. Während des Wahlkampfs 2014 erklärte der jetzige Premierminister von den Hindu-Nationa-listen, Narendra Modi, im Fall seines Siegs sollten „die Bangladescher besser schon mal die Koffer packen“. Mittlerweile spricht er davon, es müsse Platz für jene Hindus geschaffen werden, die vergessen wurden, als die Briten den Subkontinent 1947 aufteilten. Damals flohen Hindu nach Indien, Muslime nach Ost- und West-Pakistan. Eine Million Menschen kamen ums Leben. Ost-Pakistan – das heutige Bangladesch – wurde 1971 im Zuge eines weiteren blutigen Konflikts unabhängig. Seit diesen Teilungen ist Migration in der Region ein äußerst heikles und sehr emo-tionales Thema.



Wagah, indisch-pakistanische Grenze

Indien hat die aus den Nachwirkungen des Kolonialismus entstehenden Probleme Jahrzehnte lang ignoriert. Man ging davon aus, sie würden sich irgendwann von selbst erledigen. Die Einwanderungspolitik des Landes leidet an Kurzsichtigkeit. Man hält es für eine Lösung, Menschen einfach aus-zusperren. Doch Armut und Klimawandel könnten dazu führen, dass in Zukunft Mil-lionen Menschen, insbesondere aus Bang-ladesch, in Indien Zuflucht suchen werden. Spätestens dann dürfte der Punkt erreicht sein, an dem Neu-Delhi nach anderen Lö-sungen suchen muss als Stachelrath und Gewehrkgeln. Anu Anand

bringen Know-how mit ins Land“, erklärte Pali Lehohla vom Amt für Statistik im ver-gangenen Jahr.

Die harten Einreisekontrollen entzündeten aber immer wieder Debatten. Der Zeitungs-eigentümer Trevor Ncube twitterte, nach-dem er während einer Geschäftsreise auf einem Flughafen schikaniert worden war: „Es ist Zeit, dass die südafrikanischen Ein-wanderungsbehörden aufhören, jeden dun-kelhäutigen Afrikaner, der ins Land kommt, wie einen Kriminellen zu behandeln.“

Die meisten Migranten kommen aus dem Nachbarland Simbabwe, wo die politi-schen und ökonomischen Verhältnisse in den vergangenen zehn Jahren immer insta-biler geworden sind. Schätzungen zufolge leben zwischen 1,5 und drei Millionen Sim-babwer im Land. Da Simbabwe die höchste Alphabetisierungsquote in ganz Afrika auf-weist und die Simbabwe sich auch mit nie-drigeren Löhnen zufriedengeben, ste-hen ihre Chancen gut, bei südafrikanischen Arbeitgebern als Kindermädchen, Wach-



Somalier in Scarborough

Übersetzung aller Guardian-Texte: Holger Hutt





Auffangbehälter für toxische Finanzströme: die EZB in Frankfurt am Main

FOTOS: DANIEL ROLAND/AP/GETTY IMAGES, PRESSE (UNTEN)

# Der 1.000-Milliarden-Taifun

**Staatsanleihen** Europas Zentralbank flutet die Märkte mit billigem Geld. Deutschland droht ein Verfassungskonflikt

■ **Lutz Herden**

Nimmt man die monetären Übel eines Kontinents auf sich, ist man es wert, Herr der Geldaltäre zu sein. Mario Draghi hat dieses Mandat als Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) nicht nur angenommen, sondern mit unbändiger Tatkraft bedient. Sie lässt ihn zuweilen auf unwegsames Terrain vorstoßen. So auch jetzt, wenn er dafür sorgen will, dass für den Aufbau von Staatsanleihen aus Eurostaaten alle Grenzen schwinden. Sollte es dazu kommen – und danach sieht es aus –, werden die Devisen- und Kapitalmärkte mit billigem Geld geflutet. Bei dieser erneuten „quantitativen Lockerung“ (Quantitative Easing/QE) ist mit einem Taifun von 1.000 Milliarden Euro zu rechnen. Offiziell werden sie gebraucht, um einer Deflation entgegenzuwirken. Nur wirkt das wenig überzeugend. Den Preisverfall beim Rohöl ausgeklammert, rechnet die EU-Kommission für Januar mit einer Inflationsrate von 0,8 Prozent, sodass die EZB eine Geldentwertung weder künstlich anheizen noch den Euro schwächen muss.

Will sie ungeachtet dessen expansiv bleiben, scheinen Konzessionen an Gegner ihres Aktionismus wie die Deutsche Bundesbank unerlässlich. Deshalb wohl die Überlegung, jede Notenbank im Eurosystem sollte nur Anleihen des eigenen Landes kaufen, also Schuldenbereinigung in eigener Sache betreiben.

## Das Ende vom Lied

Natürlich hat das trotzdem eine europäische Dimension, von den Gefahren ganz zu schweigen. Zunächst einmal würden die jeweiligen Zentralbanken Schuldentitel bei privaten Instituten wie Banken, Versicherungen oder Investmentfonds erwerben, um diese von toxischen Papieren in ihrem Portfolio zu befreien. Das heißt, statt einer Deflation zu begegnen, werden Investoren saniert. Man könnte auch sagen: Sie werden entschädigt für die Folgen einer Niedrigzinspolitik, bei der die EZB den Leitzins auf das historische Tief von 0,05 Prozent gedrückt hat.

Greifen soll diese Kompensation nicht irgendwo, sondern vorzugsweise in Südeuropa, wo Geldgeber jahrelang davon profitiert haben, Staatsanleihen zu vertreiben, bei de-

nen die Rendite stimmte, weil die Zinsen stimmten. Seit am 26. Juli 2012 der legendäre Draghi-Satz fiel – man sei als EZB bereit, „alles Erforderliche zu tun, um den Euro zu erhalten. Und glauben Sie mir, das wird ausreichen“ –, hat sich das verändert. Der Kapitalmarkt konnte nicht mehr den gewohnten Druck auf Großschuldner wie Griechenland, Zypern oder Irland ausüben, weil die Zinsen fielen. Wer von diesen Staaten seine Verbindlichkeiten dank der EZB-Hilfen refinanzieren konnte, brauchte keine Anleihen mit Zinssätzen oberhalb der Sechs-Prozent-Marke mehr. Die EZB selbst hatte dem Markt durch ihre Kaufoptionen vermittelt, wie sehr sie sich für ein nachhaltig niedriges Zinsniveau einsetzte, obwohl sie dadurch die eigene Bilanz über Gebühr aufblähen musste. Anhänger des Draghi-Kurses sahen darin einen Gewinn an Glaubwürdigkeit, Kritiker ein Spiel mit dem Feuer.

Letzteres gilt aus Sicht der Bundesbank um so mehr, sollten fortan tatsächlich die nationalen Notenbanken auf Einkaufstour geschickt werden. Dann nämlich relativiert sich das Argument, sie würden in ihren Ländern allein für Risiken haften, von denen man weiß, wie schwer kalkulierbar sie sind. Woraus sonst ergibt sich die fortwäh-

rende Instabilität der Währungsunion? Die Notenbanken Griechenlands, Zyperns, Spaniens und Irlands haben dramatisch mehr an Krediten ausgegeben, als das von ihrer Bilanzsumme her zulässig war. Schon jetzt können diese Institute ihren Zinsverpflichtungen gegenüber der EZB nicht mehr nachkommen, wenn die ihnen Kredite verschafft hat, um Staatsanleihen aufzukaufen. Werden sie nun animiert, daran festzuhalten, kann dies auf Zahlungsunfähigkeit und eine kollektive Haftung durch die EZB bzw. die Eurostaaten hinauslaufen. Das Draghi-Lager hätte sich auf einen Umweg eingelassen und wäre doch am Ziel: Die EZB bürgt für ihr Kaufprogramm, auch

## Kritiker sehen in der Politik von Mario Draghi ein Spiel mit dem Feuer

wenn es zunächst andere ausführen. Für den Eurostaat Deutschland birgt dieser Kurs verfassungsrechtlichen Sprengstoff. Zur Erinnerung: Mit seiner Entscheidung vom Februar 2014 hatte das Bundesverfassungsgericht den Streitfall Anleihekäufe der EZB erstmals an den Europäischen Gerichtshof (EuGH) weitergeleitet. Das war nicht als Verzicht auf eigene Kompetenzen zu verstehen, vielmehr ging es um ein konditioniertes Outsourcing von Rechtsprechung, das der Tatsache Rechnung trug, in dieser heiklen Frage europäisches Recht bemühen zu müssen.

## Europataugliche Verfassung

Sie lautete: Überschreitet die EZB ihre Befugnisse? Geraten ihre Euro-Rettungsakte in ein Stadium, in dem sie nicht unterstützenden Charakters sind, sondern als eigenständige Wirtschaftspolitik wirken, weil dadurch bedrängte Eurostaaten entlastet werden? Und der Reformdruck nachlässt?

Bekanntlich hat der Generalanwalt des EuGH, der spanische Jurist Pedro Cruz Villalón, vor wenigen Tagen Mario Draghi Absolution erteilt. Was der getan habe, verstoße nicht gegen EU-Recht. Die EZB verletze weder die Verträge zur Währungsunion noch betreibe sie eine verdeckte Staatsfinanzierung. Ein endgültiges Votum der Luxemburger Richter selbst wird in vier bis sechs Monaten erwartet, aber es dürfte ähnlich ausfallen. Spätestens dann müssen die Karlsruher Richter darüber befinden, ob sie dies hinnehmen oder den Fall wieder an sich ziehen und – möglicherweise – der Bundesbank nahelegen, sich den inkriminierten EZB-Aktivitäten zu verweigern. Ein Präzedenzfall für den Widerstreit zwischen deutschem und europäischem Recht – deutsche Verfassungsidentität würde mit jenem Euro-Krisenmanagement kollidieren, wie es die EZB vertritt. Das Verfassungsgericht müsste dem Prinzip Geltung verschaffen, dass europäische Geld- die nationale Wirtschaftspolitik keineswegs ersetzen darf. Nur wie? Wird Karlsruhe der Bundesregierung auferlegen, aus der Währungsunion auszutreten oder die Mitgliedschaft so lange ruhen zu lassen, bis die EZB wieder „rechtskonform“ handelt?

Es gäbe noch eine dritte Option – die Verfassungsrichter empfehlen ihrem Klienten Bundesrepublik Deutschland ein neues Grundgesetz, das europäische Realität und nationale Identität synchronisiert. Artikel 146 GG bietet dafür die Handhabe, erklärt es allerdings zur Voraussetzung einer neuen Magna Charta, dass sie „von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen“ wird. Vor der Wiedervereinigung 1990 galten ein novelliertes Grundgesetz und ein Volksentscheid darüber als unerwünschtes Risiko. Worum handelt es sich erst, wenn über eine europataugliche Verfassung abgestimmt wird? Es würde alles mitschwingen, was für Unbehagen sorgt: die unsichere Währung, der Vormund Brüssel, fehlende demokratische Teilhabe, neoliberaler Hochmut. So werden die Karlsruher Richter im Konflikt mit der EZB vermutlich nach einem anderen Ausweg suchen. Wie sich zeigt, kann Deutschland nicht allzu mächtige Pflöcke einschlagen, um Mario Draghi einzuhegen.

# Macht zum Plündern

**Im Gespräch** Der Ökonom Daron Acemoğlu über den Einfluss von Wirtschaftseliten und seine Absage an das Weltwirtschaftsforum in Davos

**Der Freitag: In Ihrem Buch „Warum Nationen scheitern“ analysieren Sie Ursachen sozialer Ungleichheit. Darüber wollte das diesjährige Weltwirtschaftsforum in Davos mit Ihnen diskutieren. Sie fahren nicht hin – warum?**  
**Daron Acemoğlu:** In Davos treffen sich vorzugsweise Leute, die sehr viel Geld erwirtschaften – was ich vollständig respektiere. Doch macht sie das zu Experten, die eine Mangelernährung von Kindern oder globale Ungleichheit beheben können? Es ist beunruhigend, wenn Reichtum und Weisheit gleichgesetzt werden. **Ist der Einfluss von Finanzinvestoren und Konzernchefs auf die Politik heute zu groß?** Ja, und diese Macht der Superreichen offenbart einen beunruhigenden Trend. **Wie zeigt sich dieser Einfluss?** In den USA geben die Wirtschaftseliten viel dafür aus, Wahlkämpfe

von Politikern zu finanzieren. Das erzeugt Abhängigkeiten. Wobei diese Art der Einflussnahme wegen gesetzlicher Vorschriften wenigstens noch transparent ist. Anders sieht es beim Lobbying aus, das nicht die Reichen selbst, sondern ihre Unternehmen betreiben. Und zwar im Verborgenen, was besonders gefährlich, weil schlecht nachvollziehbar ist. Zudem nutzen die Superreichen ihre Vermögen mehr und mehr, um mittels der Medien öffentliche Debatten zu beeinflussen. Insgesamt führt dies dazu, dass die implizite öffentliche Macht der Wirtschaftseliten zugenommen hat. **Sie argumentieren, dass Wachstum, Wohlstand und eine sozialverträgliche Verteilung von Einkommen davon abhängen, wie inklusiv die Institutionen eines Landes arbeiten. „Inklusiv“ heißt, das politische System und die Regulierung der Märkte sollten**

**vielen Bürgern zugänglich sein, doch beherrscht die Industrie-staaten eine andere Tendenz.** Eben, und das bereitet mir Sorgen, auch wenn ich nicht alarmistisch klingen will. Es wäre übertrieben zu sagen, dass die US-Politik nur den Interessen einer kleinen Elite dient. Das tut sie nicht, noch funktionieren die Institutionen und gewährleisten eine relative Machtbalance.



**Daron Acemoğlu (47)** lehrt am Massachusetts Institute of

Technology in Cambridge (USA). Mit James Robinson schrieb er 2012 das Buch *Warum Nationen scheitern. Die Ursprünge von Macht, Wohlstand und Armut*

**Wenn in den USA und in Deutschland Einkommen und Vermögen stetig auseinanderdriften, ist das auch die Folge einer zu geringen Inklusivität von Institutionen?** Ein Teil der Ungleichheit ist darauf zurückzuführen. Etwa gehört die Finanzindustrie – Banken, Hedge-Fonds, Vermögensverwalter, Versicherungen – zu den wichtigsten Geldgebern für Wahlkämpfe und Lobbying. Dies ist eine Ursache dafür, warum der Finanzsektor schlecht reguliert war und ist. Geldinstituten wird gestattet, zu große Risiken einzugehen. Die gesetzlichen Auflagen für Eigenkapital, das in Reserve zu halten ist, sind zu schwach – die Konsequenz sind gigantische Gewinne. Doch glaube ich nicht, dass darin der wichtigste Grund für wachsende soziale Ungleichheit besteht. **Welcher ist es dann?** Der hängt mit dem technologischen Wandel und der Globalisie-

rung zusammen. Nehmen wir den Konzern Apple: Die gesamte Wertschöpfung geht an Designer, Manager oder Aktionäre. Die Jobs mit minderer Qualifikation wurden nach China ausgelagert, wo sie billiger sind als in den alten Industriestaaten. Dies bedeutet, dass Beschäftigte mit höherer Ausbildung profitieren, schlechter qualifizierte Bevölkerungsgruppen hingegen Verluste hinnehmen müssen. Die Auswirkungen des technologischen Wandels wären nicht so gefährlich, könnten vor allem die männlichen Beschäftigten ihre Ausbildung verbessern. Aber die Hälfte der Arbeitskräfte, die heute auf den Markt kommt, ist überhaupt nicht in der Lage, mit modernen Technologien umzugehen. In den USA sind High Schools oft zu ineffizient und die Lehrer zu schlecht ausgebildet, um ihren Schülern wirklich etwas mitgeben zu können.

**Was ist mit dem Steuersystem – sollten nicht die Reichen einen größeren Teil an Einkommen und Vermögen abgeben, damit wirklich umverteilt werden kann?** Besonders für öffentliche Ausgaben wird mehr Geld gebraucht, wobei die Steuersätze für hohe Einkommen schon progressiv genug sind. Nur gibt es viele Schlupflöcher, die Superreichen nutzen. Die muss die Politik schließen. **Worauf gründet sich Ihre Hoffnung, dass sich etwas ändert?** Ich vertraue auf die Zivilgesellschaft, auf Organisationen wie Human Rights Watch und die American Civil Liberties Union. Die sind wachsam gegenüber dem Missbrauch von Macht. Dieses Potenzial hilft, damit die Interessen der Superreichen nicht die der Allgemeinheit aushebeln.

Das Gespräch führte **Hannes Koch**



# Als Dompteur im Staatszirkus

**Italien** Giorgio Napolitano hat die Verfassung stets kreativ ausgelegt. Parteien waren dem Präsidenten egal, Reformen allerdings nicht. Nun tritt er ab

■ Jens Renner

Wie tief der Einschnitt ist, wird sich noch zeigen: Am 14. Januar, einen Tag nachdem Italiens Premier Matteo Renzi die italienische EU-Ratspräsidentschaft mit einer Rede in Brüssel beendet hat, erklärt Präsident Giorgio Napolitano (89) seinen lange angekündigten Rücktritt. In fast neun Amtsjahren hatte er deutlich mehr Gelegenheit, Spuren zu hinterlassen, als Renzi in den sechs Monaten an der EU-Spitze. Napolitano verstand es, seine laut Verfassung begrenzten Kompetenzen so extensiv auszulegen, dass Kritiker gelegentlich auf Verfassungsbruch plädierten. Doch nun häufen sich die Hymnen auf den „weisen alten Mann“ im Quirinalspalast, der einem Land in schwerer Zeit viel Stabilität gegeben habe.

Letzteres trifft zweifelsfrei zu, wenn man unter Stabilität reibungsloses Regierungshandeln ohne lästige Interventionen der Opposition versteht. Napolitano hat allen fünf von ihm ernannten Ministerpräsidenten den Rücken gestärkt: Romano Prodi (2006–2008), Silvio Berlusconi (2008–2011), Mario Monti (2011–2013), Enrico Letta (2013–2014) und besonders Matteo Renzi, der seit Februar 2014 regiert. Auch die Außenpolitik hat er geprägt: Als Berlusconi im März 2011 wenig geneigt schien, mit der NATO Krieg gegen Muammar al-Gaddafi in Libyen zu führen, drängte ihn der Präsident zum Einstieg – das sei für Italien geboten.

Nationale Interessen wollte Napolitano schon in den 70er und 80er Jahren nicht

vernachlässigt sehen, als er noch im Nationalkomitee der Kommunistischen Partei für deren internationale Politik zuständig war. Nach einem USA-Besuch 1978 verschaffte sich Henry Kissinger mit der Schlagzeile Gehör, Napolitano sei sein „persönlicher Lieblingskommunist“.

Als Napolitano im April 2013 nach einer Amtszeit von sieben Jahren demissionieren wollte, musste er mit fast 88 Jahren vorerst bleiben. Die Mitte-Links-Allianz hatte es in fünf Wahlgängen nicht zustande gebracht, einen Nachfolger zu wählen – also gab es einen „historischen Kompromiss“: Napolitano hielt aus, doch musste ihm konzediert werden, weiter mehr Einfluss auf die Regierungspolitik nehmen zu können, als das die Verfassung zuließ.

## Berlusconi abserviert

So konnte der Präsident drei Ministerpräsidenten ernennen, die nicht durch Wahlen legitimiert waren. Im Herbst 2011, noch in Napolitanos erster Amtszeit, als das dekadent wirkende Kabinett Berlusconi international jede Reputation verlor, hievte er den Mann in den Palazzo Chigi, den Deutschland und die EU-Zentrale als Krisenverwalter auserkoren hatten – den parteilosen Mario Monti. Der neoliberale Ökonom, zwischen 1994 und 2004 EU-Kommissar, brachte mit einem Experten-Kabinett eine Politik auf den Weg, die nicht nur Angela Merkel, sondern ebenso Napolitano für „alternativlos“ hielt. Sie bestand darin, das Rentensystem zu reformieren, den Arbeitsmarkt zu liberalisieren und Spardogmen zu implantieren, um für eine EU-konforme Haushaltssanierung zu sorgen. Nach den bleiernen Berlusconi-Jahren hätte es zwar zwingend Neuwahlen geben müssen, doch wäre dabei auch über den rigiden Spardruck abgestimmt worden, wie ihn der damalige EZB-Präsident Claude Trichet und sein Nachfolger Mario Draghi kurz zuvor in einem Brief nach



FOTO: MASSIMO PERCossi/EPA/DPA

Ohne Wiederkehr: Abschied auf Napolitanisch

Rom artikuliert hatten. Berlusconis Widerstand, einem unpopulären Kurs zu folgen, führte zu seinem Sturz.

In solcher Lage verzichtete Napolitano wohlweislich darauf, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszurufen. Das gefiel nicht zuletzt dem *Partito Democratico* (PD), dessen fest einkalkulierter Wahlsieg im Februar 2013 freilich unvollendet blieb, weil Mitte-links im Senat, der zweiten Kammer des Parlaments, die Mehrheit fehlte. PD-Frontmann Pier Luigi Bersani wurde kurzerhand abserviert und durch Parteifreund Enrico Letta ersetzt. Ausgedacht hatte sich Napolitano dieses Szenario nicht, aber er spielte seinen Part – aus „nationalen Erwägungen“. Entscheidend war Lettas Erbötigkeit, die „Agenda Monti“ zu beherzigen. Unverschämter ließ sich der Wähler schwerlich

betrügen. Montis Liste hatte beim Parlamentsvotum nur neun Prozent geholt. Letta entschied sich für die Große Koalition mit Berlusconi, dessen politische Karriere – so das Versprechen im Wahlkampf – mit einer Regierungsübernahme von Mitte-links ein für alle Mal beendet sein sollte.

## Grillo abgewatscht

Ein Jahr später ernannte Napolitano dann Matteo Renzi zum Regierungschef. Auch dieser war nicht durch Wahlen legitimiert, galt aber als Hoffnungsträger und durchsetzungsfähiger Macher. Die Rhetorik änderte sich, der Inhalt der Politik blieb unverändert. Napolitano versah öffentliche Sympathiebekundungen für den jungen Premier mit Rügen für Beppe Grillo und

dessen „antipolitische“ Fünf-Sterne-Bewegung (*MoVimento Cinque Stelle*/M5S). Grillos Alarmismus mag destruktiv und verstiegen anmuten, aber dass ein – laut Konstitution über den Parteien stehendes – Staatsoberhaupt öffentlich gegen ihn Stellung bezog, erschien einigermaßen ungewöhnlich. M5S war schließlich bei der Wahl Ende Februar 2013 mit 26 Prozent der Stimmen zur drittstärksten Partei aufgestiegen. Der Verriss von höchster Stelle war insofern auch eine Maßregelung von fast neun Millionen Wählern.

Zuletzt hat Napolitano in zwei Reden kurz vor seinem Rücktritt zum nationalen Burgfrieden mit der Regierung und zu einer allenfalls maßvollen, immer „konstruktiven“ Opposition ermahnt. Er wandte sich am 16. Dezember an die „Repräsentanten der Institutionen, der politischen Kräfte und der Sozialgesellschaft“ und etwas später mit einer im Fernsehen übertragenen Neujahrsansprache an das ganze Volk.

Wer Napolitano beerbt, bleibt offen. Gemunkelt wird über ein geheimes Agreement zwischen Renzi und Berlusconi: Ihr gemeinsamer Kandidat würde, sobald gewählt, den zum mehrjährigen Mandatsverzicht verurteilten Berlusconi begnadigen, auf dass dieser wieder unbehelligt mitmischen und bei Wahlen kandidieren könnte. Ob dieses Tableau mehr ist als die in Italien beliebte „Dietrologia“ –, die Suche nach den Akteuren hinter den Kulissen – wird sich in Kürze zeigen. Schon für den 29. Januar ist der erste Wahlgang angesetzt.

Die zersplitterte Linke hofft derweil auf Rückenwind aus Griechenland. Zur Wahl des EU-Parlaments Ende Mai 2014 als *Liste* Tsipras angetreten, hatte sie mit 4,03 Prozent die Sperrklausel denkbar knapp überwunden. Nun soll ein Wahlsieg von Alexis Tsipras’ *Syriza* noch einmal den Kräften einen Schub geben, die eine Linkswende für das Gebotene halten. Das ist genau *die* Opposition, von der Napolitano gern abgeraten hat.

ANZEIGE

# Neugierig?

In der SZ steht mehr als eine Nachricht.



**Gründliche Recherche.**  
Nachrichten und Hintergründe, die in der SZ zuerst erscheinen.

**Erhellende Informationen.**  
Investigative Blicke hinter die Kulissen der Wirtschaft und Politik.



**Exklusive Berichte.**  
Themen, die Sie in dieser Form nirgendwo sonst finden.

Jetzt SZ lesen,  
30 % sparen und  
Dankeschön sichern!



**4 Wochen SZ für nur 32,90 € testen**



oder

**Für Entdecker: ein Dankeschön zur Wahl**  
Gratis: Samsonite-Tasche oder SIGG-Flasche aus Alu.

Einfach bequem bestellen unter:

» ☎ 089 / 21 83 10 00 ↻ sz.de/der-freitag

Ein Angebot der Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Str. 8, 81677 München.

Seien Sie anspruchsvoll.

Süddeutsche Zeitung



**Griechenland** Selten zuvor hat eine Wahl die Euro-Gemeinschaft so beschäftigt. Nach dem Votum am 25. Januar kann es in Athen eine Regierung geben, die sich bisheriger Krisenpolitik verweigert. Was wird dann mit den deutschen Spardogmen? Viele Griechen meinen: Schlimmer kann es doch sowieso nicht mehr kommen



FOTO: LOUISA GOULAMAKI/AFP/GETTY IMAGES

Kein schlechter Plan: ein System stoppen, das Hunderttausende Griechen in die Armut getrieben hat

# Chef als Programm

**Athen** Inhalte spielen im Wahlkampf kaum eine Rolle. Es herrscht Politikverdrossenheit

■ Richard Fraunberger

Frenetisch jubeln die Zuhörer, sie schwenken Fähnchen und bewerfen sich mit Konfetti. Durch Sprechchöre feiern im Zentrum Athens Zehntausende ihren Kandidaten wie einen Erlöser. Am Himmel explodieren Feuerwerkskörper. Überall hängen Parteibanner – an Gebäuden, Bäumen und Laternen. Aus Lautsprechern schepert Musik. Es herrscht eine Stimmung wie auf einem Pop-Festival. Plötzlich braust ein Jubelschrei durch die Menge. Der mit schäumender Euphorie bedachte Politiker tritt ans Rednerpult. Was er seinem Auditorium zuruft, klingt wie eine Verheißung: „I Megali Allaghi“, der große Wandel steht an, alles wendet sich zum Guten. So klingt das ewige Wahlversprechen dieses Landes. Wird es ausgesprochen, folgen minutenlange Sprechchöre. Die Menge lässt ihren Helden hochleben. Ein Freudentaumel ergreift die Menschen, wie Sieger recken sie die Arme in die Höhe.

Jahrzehntelang sahen Wahlkämpfe in Griechenland so oder so ähnlich aus. Wenig ist davon im Griechenland des Jahres 2015 übrig geblieben. Heute besuchen oft nur noch die ganz Unerschrockenen Wahlmeetings der durch die großen Städte wie Provinzorte ziehenden Bewerber der 22 Parteien und Bündnisse, die am 25. Januar genügend Stimmen für einen Einzug ins Athener Parlament erringen wollen.

Eine Mehrheit der Menschen sieht diese Neuwahlen mit Skepsis. Das Votum sei den Bürgern aufgezwungen worden, die politische Elite betrachte sie nur noch als Wahlvieh, „das zu jedem – den Parteien passenden – Zeitpunkt zur Wahlurne gezerzt wird“, meint der Schriftsteller Petros Markaris.

## Frommes Volk

Parteiverdrossenheit und Enttäuschung überlagern diese Wahl mehr als eine Wende- und Aufbruchsstimmung. An „Megali Allaghi“, den großen Wandel, den die Politiker tausend Mal versprochen haben und der immer irgendwo versickert ist wie die Gelder aus Brüssel, glaubt kaum noch jemand. Was die Griechen zur Wahl treibt, das sind die schiere Verzweiflung, vage Hoffnungen oder das dringende Verlangen, nach sechs Jahren Rezession und sozialem Aderlass möge sich etwas ändern. Und seien es nur 50 Euro mehr aus der Pensionskasse. Die Bauern wollen eine Rückkehr zu früheren Subventionen, die Hausbesitzer den Verzicht auf Sondersteuern, die Gewerkschafter den Erhalt ihrer Privilegien und die *Panhellenischen Jäger*

das Recht, auch künftig Sperlinge und Hasen schießen zu dürfen.

Was sie über Klientel-Interessen hinweg eint: Den von der Regierung wie der Troika aus Internationalem Währungsfonds (IWF), Europäischer Zentralbank (EZB) und EU-Kommission verkündeten Aufschwung halten die meisten Griechen für reine Fantasie. Sie verweigern sich den Fernsehdebatten von Journalisten und Experten, die täglich darüber streiten, wie der Schuldenberg abzubauen sei. Durch „gestreckte“, „ausgesetzte“ oder „angepasste“ Zinsen? Oder besser einen „Haircut“, den erneuten Schuldenschnitt, wie ihn Syriza will? Theorien und Zahlenkolonnen kann und will niemand mehr folgen. Das wissen auch die Politiker. Also haben sie einen Wahlkampf bevorzugt, in dem der Gegner verleumdet, abgewertet und beschimpft wird. Wahlprogramme spielen keine Rolle, das Programm sind die Parteichefs, besonders Andonis Samaras von der konservativen *Nea Dimokratia* (ND) und Alexis Tsipras von der Linksalianz Syriza.

Dabei erwies sich der bisherige Premierminister als Großmeister der Demagogie. Seinen Auftritt am Grenzzaun zur Türkei hätte selbst die faschistische Goldene Morgenröte (*Chrysi Avgi*) nicht besser inszenieren können. Er lobte die Grenzbefestigung, sie habe das Land vor Zehntausenden Migranten geschützt. Bestimmte Leute – gemeint ist natürlich Syriza – hätten nichts Besseres zu tun, als den Zaun einzureißen, damit Flüchtlinge ins Land strömen und Sozialleistungen kapern könnten. Mit Vorliebe fischt Samaras im rechtskonservativen Becken. Bei einer Kundgebung griff er auf die Diskussion über eine Säkularisierung zurück: „Verlassen Sie sich darauf – die Ikonen werden nicht abgehängt. Die Griechen sind ein frommes Volk.“

Mit ihren Fernsehspots setzt die *Nea Dimokratia* auf Verunsicherung und Angst. Nur eine Regierung der Mitte garantiere Stabilität und Prosperität, alle anderen Parteien würden lügen und hätten die Absicht, das Land zu zerstören. „Wir sagen die Wahrheit“ heißt es am Ende jedes Spots. Samaras hat Griechenland tief gespalten in „wir“ und „die anderen“. Auch Alexis Tsipras

schätzt markige Sprüche. Nicht er werde nach der Pfeife der Märkte tanzen, sondern die Märkte nach seiner, ließ er noch im Dezember wissen. Beifall ist ihm gewiss, wenn er die bisherigen Koalitionäre ND, PASOK und *Dimar* (Demokratische Linke) als „Handlanger der Troika“ schmäht, die es verdient hätten, vor Gericht zu stehen.

Syriza will die Renten wie die Bezüge der Beamten anheben, die gerade eingeführte Immobilien-Sondersteuer abschaffen und Staatsbedienstete wieder einstellen, von denen allein mit dem Sparpaket vom 28. April 2013 mehr als 10.000 entlassen wurden. Zum ersten Mal in der Geschichte Griechenlands wirbt eine Partei auch damit, was sie garantiert nicht zu tun beabsichtigt – den Euroraum zu verlassen. Zu groß ist die Furcht der Bevölkerung vor einem „Grexit“, zu ungewiss die Zukunft, zu drakonisch die Diffamierungskampagne von Samaras und manchem EU-Partner.

## Fiese Oligarchen

Wenn Alexis Tsipras nur ein Viertel von dem umsetzt, was er verspricht, hat Syriza es verdient, an die Macht zu kommen, so die einhellige Meinung sehr vieler Griechen. Schlimmer und deprimierender könne es nicht mehr werden. Warum sollte Syriza kein Recht auf einen (großen) Wurf haben? Das heißt auch, wer für das Linksbündnis stimmt, muss nicht dessen Programm teilen oder sich für die Idee von Tsipras erwärmen, einen europäischen Schuldenkongress nach dem Muster der Londoner Konferenz von 1952/53 abzuhalten. Die hatte seinerzeit Schulden wie Reparationen der Bundesrepublik Deutschland weitgehend annulliert beziehungsweise fällige Zahlungen einem späteren Friedensvertrag überlassen, den es freilich nie geben sollte. Dass die gut betuchten Griechen ein solches Projekt mit Desinteresse quittieren, überrascht nicht weiter. Sie trennen glasklar zwischen den Staats- und den eigenen Schulden, obgleich ihr Wohlstand oft jahrzehntelanger Steuerhinterziehung – sprich: dem Betrügen des Staates – zu verdanken ist.

Tsipras beteuert, die Oligarchen entmachten und den sie umgebenden staatlichen Filz auflösen zu wollen. Das würde bedeuten, mit einem seit der Staatsgründung von 1830 üblichen Klientelismus zu brechen, der in den Köpfen so tief verankert ist. Wie soll das gelingen, wenn jede Regierung in Athen bei allem, was sie tut, befürchten muss, den Staatsbankrott zu riskieren? „I Megali Allaghi“, der große Wandel, wird er auch diesmal ausbleiben?

Richard Fraunberger schrieb zuletzt über mögliche Koalitionäre für Syriza

# Zwei Euro pro Stunde

**Ausblick** John Milios, der Syriza-Wirtschaftsexperte, will eine humanitäre Politik bei der EU durchsetzen

■ Helena Smith

Bei John Milios klingelt zurzeit häufig das Telefon. Banker, Investoren und Journalisten – alle sind neugierig, was der in Deutschland ausgebildete Professor als Chefökonom von Syriza denkt. Er hat das Wirtschaftskonzept der Linksalianz geprägt. Jetzt sitzt er in seinem Athener Lieblingsbistro, nippt an einer Tasse grünem Tee und räumt offen ein, sein Programm sei tiefgreifend und radikal. „Ich bin Marxist wie die meisten bei Syriza und damit konfrontiert, dass ein neoliberales Narrativ versucht, alternatives Denken in Wirtschaft und Gesellschaft als Sakrileg zu denunzieren.“

Mit dem Athens College besuchte Milios einst die renommierteste Privatschule Griechenlands und machte in der gleichen Klasse wie der frühere PASOK-Premier Giorgos Papandreou sein Examen. Als Wirtschaftsberater von Parteichef Alexis Tsipras sekundieren ihm heute der in Oxford promovierte Euklid Tsakalotos, der Reederei-Sprössling Giorgos Stathakis und der in Texas ansässige Ökonom Yanis Varoufakis. „Nach Jahren einer katastrophalen Sparpolitik lechzen die Griechen nach Veränderung. Die Menschen haben uns zu dem gemacht, was wir heute sind“, so Milios. Die Zustimmungswerte von Syriza seien von fünf Prozent vor der Krise auf 27 Prozent Mitte 2012 angestiegen, um jetzt bei 30 Prozent zu liegen.

Aus einem konservativen Elternhaus stammend, gehört Milios zu jener Generation, die den Marxismus während des Militärregimes (1967–1974) für sich entdeckte. „Politisiert wurde ich durch den Vietnamkrieg und stehe in der Tradition des französischen Marxismus.“ Milios gilt in Tsipras engerem Zirkel als der radikalste Aspirant auf Regierungsverantwortung. Was nicht heißt, dass ihm der Sinn für politische Realitäten fehlt. Den Griechen würden auch weiterhin harte Zeiten bevorstehen. Syriza falle nichts in den Schoß. Das sei ihm so klar wie Tsipras.

Die Geldgeber mussten die Rettungsleine, die sie Griechenland zugeworfen haben, zuletzt zwar verlängern, ohne sie jedoch aus der Hand zu geben. Das laufende Anpassungsprogramm endet im Februar, danach muss der griechische Staat bis Ende 2015 17 Milliarden Euro an Krediten zurückzahlen. „Wir werden nichts unternehmen, was einer Fortsetzung der griechischen Mitgliedschaft im Euro widerspricht“, beteuert Milios und weist Speku-

lationen zurück, man wolle einen Ausstieg. „Die Regierung hat sich auf eine Angstkampagne versteift. Die Griechen sollen für den Fall unseres Wahlsieges das Schlimmste fürchten. Das ganze Gerede über den ‚Grexit‘ glaubt in Wirklichkeit kein Mensch mehr. Am wenigsten Frau Merkel.“ – Die mit 240 Milliarden Euro größte Staats- und Bankenrettung der Geschichte habe zu viel Schweiß, Blut und Tränen gekostet, als dass man die Währungsunion jetzt einfach so aufgeben dürfe, fasst Milios die Haltung seiner Partei zusammen. „Griechenland – so schwach es auch sein mag – ist derzeit in einer äußerst starken Position.“

## Arsenal von Argumenten

Man müsse der Humanität zu ihrem Recht verhelfen. Eine Syriza-Regierung werde Haushalte, denen der Sturm abgeklemmt wurde, wieder ans Netz anschließen; in Schulen Essensmarken verteilen; dafür sorgen, wieder eine flächendeckende Gesundheitsfürsorge zu haben; den Mindestlohn auf 750 Euro anheben; ein Moratorium für alle Privatschulden verhängen, wenn die 30 Prozent des verfügbaren Einkommens übersteigen. „Wir wollen nicht, dass in Griechenland jemand unter Bedingungen arbeitet, die an Sklavenarbeit erinnern“, sagt Milios. „Es gibt bei uns in vielen Branchen junge Leute, die für zwei Euro die Stunde angestellt sind.“

Die rund 2,3 Milliarden Euro, die nur diese Maßnahmen kosten, könnten durch umgeschichtete staatliche Einnahmen und Steuergerechtigkeit aufgebracht werden. In der Finanzwelt haben diese Vorstellungen bereits jede Menge Spott ausgelöst. Doch Milios lässt sich nicht beirren. Die Verhandlungen mit der Troika würden hart, aber Syriza sei gut vorbereitet und verfüge über ein ganzes „Arsenal an Argumenten“.

Eine Politik zu beenden, durch die Hunderttausende Griechen in die Armut getrieben wurden, sei nur eine Seite der Gleichung. „Die andere besteht natürlich darin, eine Lösung für die Schuldenlast von 322 Milliarden Euro zu finden. Wir wollen zu mindest die Laufzeiten der Anleihen verlängern, die von der EZB gehalten werden. Es gibt die historische Chance, mit der Sparpolitik in Griechenland und der ganzen EU endlich Schluss zu machen.“ Über die Schulden habe er schon mit dem deutschen Finanzminister Schäuble gesprochen. Die größte Herausforderung für Syriza dürfte kaum in Verhandlungen mit der Merkel-Regierung bestehen, sondern in dem Gebot, allen gerecht zu werden, die Syriza an der Regierung sehen wollen.

Helena Smith ist Athen-Korrespondentin Übersetzung: Holger Hutt



# Ganz sie selbst

**Transgender** Emily Brothers ist Labour-Politikerin. Im britischen Wahlkampf machte sie jetzt öffentlich, dass sie früher ein Mann war

■ Decca Aitkenhead

Als ich bei der Labour-Kandidatin für den Londoner Wahlkreis Sutton and Cheam an der Tür klinge, habe ich eine ziemlich klare Vorstellung, wen ich treffen werde. Für eine Partei anzutreten, die in diesem Wahlkreis in Umfragen bei neun Prozent liegt, erfordert Mut. Das als blinde und hörbehinderte Frau zu tun ist noch viel mutiger. Und sich zwölf Monate nach ihrer Nominierung ohne Absprache mit dem eigenen Parteichef als Transgender zu outen, spricht für einen Grad an Kühnheit, der in der Politik wohl seinesgleichen sucht.

Nachdem sich Emily Brothers im Dezember öffentlich zu ihrer Transgender-Identität bekannt hatte, spottete ein Kolumnist des Boulevardblatts *Sun*: „Wie wusste sie, dass sie das falsche Geschlecht hatte, wenn sie doch blind ist?“ Brothers konterte: „Woher weiß er, dass er ein Mann ist, wenn er das Licht ausmacht?“ Der Kolumnist entschuldigte sich öffentlich, die *Sun* nicht.

„Wer jetzt glaubt, ich würde mich still in die Ecke setzen, hat sich geschnitten“, sagt Brothers. Zu Beginn unseres Treffens gibt sie sich hart und kämpferisch, seit ihrer Jugend sei sie ungeduldig. „Ich habe ein Problem mit Vorschriften. Wenn man mir sagt, ich darf etwas nicht, ist das wie ein rotes Tuch für einen Stier.“ Sie sehe auch keinen Grund, warum die Parteimitglieder ihres Wahlkreises, die sie nominiert haben, sich nach ihrem Coming-out getäuscht fühlen könnten. „Vor der Kandidatenwahl habe ich nichts gesagt, wozu ich nicht auch stehe.“

Doch am Ende meines Besuchs ist „unverwundbar“ das letzte Wort, das ich benutzen würde, um Emily Brothers zu beschreiben. So wie viele Menschen, die lange Zeit mit einem Geheimnis gelebt haben, hat sie wenig Übung darin, ihre Geschichte zu erzählen. Immer wieder kommt sie ins Stocken oder schweift ab. Aber wenn sie einmal angefangen hat, will sie nicht mehr aufhören. Länger als drei Stunden redet sie, mehrmals fängt sie an zu weinen, ein- oder zweimal bin ich selbst den Tränen nahe.

Sie hat nie gewusst, wie sie aussah. 1964 wurde sie in der Nähe von Liverpool geboren, als mittleres von drei Kindern einer Arbeiterfamilie, die in einer schlichten Zweizimmerwohnung lebte. Im Alter von sechs Monaten wurde bei ihr die äußerst seltene Krankheit Aniridie diagnostiziert, ein Fehlen der Iris. Während ihrer ersten zehn Lebensjahre wurde sie immer wieder, zeitweise wöchentlich, an den Augen operiert, um das bisschen Sehkraft zu erhalten, das sie hatte. Vergeblich.

Mit sieben kam sie auf ein katholisches Internat für blinde und sehbehinderte Schüler. „Ich fühlte mich mehr und mehr von meiner Familie abgesondert, weil meine Welt so anders war als ihre.“ Doch auch in der Schule kam sie sich isoliert vor, denn sie schaffte es nicht, an Gott zu glauben. Als Jugendliche litt sie an Schlaflosigkeit und Depressionen. „Mir fehlten die Worte, um es auszudrücken. Ich wusste, dass ich männliche Geschlechtsmerkmale hatte, aber ich fühlte mich die ganze Zeit als Mädchen.“ Sie beschaffte sich einen Rock und eine Bluse und trug sie heimlich, voller Angst, erwischt zu werden.

### Der Rock unterm Bett

Um ihre Hochschulbildung musste sie kämpfen: „Blinde Menschen wurden damals Korbflechter, Klavierstimmer oder bestenfalls Physiotherapeuten.“ Doch sie bekam einen Studienplatz an einer Universität in Nordengland und begann sich politisch zu engagieren. Zum ersten Mal hörte sie da „von Transvestiten, von Ladyboys in Thailand und dergleichen. Aber das klang alles zu sexualisiert, das war nicht ich.“ Bücher oder Zeitschriften, in denen sie das, was sie fühlte, hätte wiederfinden können, waren ihr nicht zugänglich. Sie hatte Liebesbeziehungen mit Frauen, wagte aber nicht, ihnen von ihrem Geheimnis zu erzählen.

Ende der 80er arbeitete Brothers für eine Blindenorganisation und verliebte sich in eine ebenfalls blinde Kollegin. 1993 heirateten sie. „Aber ich hatte Zweifel. Nicht an meinen Gefühlen für sie, sondern daran, ob ich das Richtige tat.“ Sie bekamen einen Sohn, dann eine Tochter. Als Brothers’ Frau einen Rock unter dem Ehebett fand, glaubte sie, ihr Mann habe eine Affäre.



„Blinde Menschen wurden früher Korbflechter oder Klavierstimmer“: Brothers verlor als Kind die Sehkraft

### Kurz nach ihrem Coming-out hatte die „Sun“ schon einen dummen Spruch parat

Erst als sich Ende der 90er das Internet ausbreitete, begann Brothers sich mittels eine Zusatzgeräts mit Blindenschrift über Geschlechteridentitäten zu informieren. Langsam verstand sie, wer sie war. Sie ging zu Treffen einer Unterstützergruppe für Transgender und fand einen Psychiater, der auf diese Identitäten spezialisiert war. Im Sommer 2006 brachte sie den Mut auf, sich ihrer Frau zu offenbaren. „Sie war schockiert, aber nicht überrascht. Sie sagte, es sei, als hätte jemand plötzlich das Licht angemacht. Aber es war schwer, ich wurde schwer depressiv. Ich wollte, dass wir zusammenbleiben. Doch sie wollte nicht mit einer anderen Frau verheiratet sein, und ich wollte als Emily leben.“

Sie war sich nicht sicher, ob das überhaupt möglich war. Sie wusste ja nicht, wie sie aussah, also auch nicht, ob sie jemals wie eine Frau aussehen könnte. „Niemand wird dir glauben, dass du eine Frau bist, sagte ich mir. Ich wollte mich nicht lächerlich machen, und ich hatte so oft davon gehört, dass Menschen wie ich in der Öffentlichkeit belästigt wurden. Ich dachte: Ich will kein Freak sein und auch kein Glamourgirl, ich möchte als ganz normale Frau leben.“

Verzweifelt und allein zog sie sich in das Ferienhaus der Familie auf der Isle of Wight

zurück. „Und irgendwann im Dezember 2006 ging ich am Ufer in den frühen Morgenstunden nach Hause. Ich trug Männerkleidung. Außer mir war niemand unterwegs. Ich stieg hinunter zum Strand und ging ins Meer. Wäre es eine Nacht mit rauer See gewesen, hätte ich wohl nicht die Kraft gehabt, zurückzukehren. Ich stand mit den Klamotten bis zum Hals im Wasser. Es war eiskalt, aber ich fror nicht. Und dann hat mich etwas zurückgeholt. Wahrscheinlich meine Kinder. Der Gedanke an meine Kinder.“ An diesem Punkt unterbricht sie ihre Erzählung für einen Moment.

„Ich sagte mir, mein Leben ist ein Scherbenhaufen, aber wenn ich es nicht ändern kann, muss ich mich damit abfinden. Ich ging zurück und dachte: Nein, so kann ich nicht leben. Ich war wütend. Ich zog die Männerkleider aus, ich hasste sie. Sie standen für etwas, das nicht ich war. Ich warf sie in den Müll. Von da an habe ich als Emily gelebt.“

### Ein Sonnenschein

Nach sechs Monaten Streit sagten ihre Frau und sie es den Kindern, damals zwölf und zehn Jahre alt. Brothers verließ die gemeinsame Londoner Wohnung. „Das war der schlimmste Tag in meinem Leben. So oft hatte ich gehört, dass Transgender-Leute keinen Kontakt mehr zu ihren Kindern haben. Ich hatte Angst, sie zu verlieren. Natürlich waren sie schockiert. Sie sagten: Wir lieben dich, aber wir verstehen dich nicht.“

Brothers zog auf die Isle of Wight, begann eine Hormon- und Stimmtherapie und lebte offen als Emily. „Wenn ich einen Kaffee trinken oder einkaufen ging, wurde ich nie belästigt.“ Die Reaktionen ermutigten sie und halfen ihr über die Unsicherheit hinweg. Als sie einige Monate nach ihrem Auszug ihre Frau besuchte, nahm sie auf dem

Rückweg ein Taxi und erkannte den Fahrer an seiner Stimme wieder. „Und da hörte ich ihn sagen: ‚Traurige Sache mit Mrs. Brothers. Ihr Mann hat sie verlassen, der soll ein ganz schöner Frauenheld gewesen sein.‘“ Als sie wieder an ihren Arbeitsplatz bei der Kommission für Gleichberechtigung und Menschenrechte zurückkehrte, erzählte ihr ein anderer Taxifahrer: „Früher habe ich in Ihrem Büro immer einen blinden Mann abgeholt, das war ein armer Tropf. Aber Sie sind ja ein Sonnenschein.“

2008 ließ sie sich in Thailand operieren und vollendete ihre Verwandlung. „Eine Brustoperation war zum Glück nicht nötig.“ Sie legt die Hand auf ihren Busen. „Alles echt, allein durch Hormone.“ Nach der Scheidung zog Brothers wieder in die einst gemeinsame Wohnung, dort lebt sie heute mit ihrem 20-jährigen Sohn. „Vor ein paar Monaten hat er mir gesagt: Ich vermisse meinen Vater. Aber wenn du es jetzt rückgängig machen würdest, würde ich Emily vermissen.“

Von ihren alten Nachbarn hat niemand etwas zu ihrer Umwandlung gesagt. Öffentlich geoutet hat sie sich nun, weil sie fürchtete, dass die Medien es sonst tun würden. Der Spott des *Sun*-Kolumnisten habe auch wehgetan, sagt sie, aber nur wegen ihrer Eltern: „Ich bin mir sicher, den Spruch haben sie mitbekommen, und er hat ihre schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Sie glauben, so etwas würde ich seit Jahren ständig durchmachen. Weil sie Emily nicht kennen.“

### Ihre Eltern reden nicht mehr mit ihr. „Sie kennen Emily nicht“, sagt Brothers

Als Brothers’ Ehe am Ende war, fuhr sie zu ihren Eltern, um es ihnen zu erklären. „Sie sagten, es sei eine Midlife-Crisis. Ich solle zum Arzt gehen und mir Pillen verschreiben lassen. Als wir später telefonierten, waren sie wütend. ‚Du bist krank im Kopf‘, sagten sie, ‚du machst dich zum Gespött, wie kannst du uns das bloß antun?‘“ Nachdem es eine Weile so hin- und hergegangen war, schrieb sie ihnen: „So lange, bis ihr mich respektiert und mir ein bisschen Würde lasst, nehmt bitte nur schriftlich mit mir Kontakt auf.“ Seitdem hat sie sie nicht mehr gesehen.

Kurz vor Weihnachten 2013 teilten die Eltern ihr in einem Brief mit, dass ihr jüngerer Bruder gestorben war. „Sie schrieben: ‚Wir haben dich nicht zur Beerdigung eingeladen, weil jemand wie du da fehl am Platz gewesen wäre.‘“ Brothers schrieb zurück: „Ich weiß, wie schwer diese Zeit für euch ist, aber es war falsch, mich auszuschließen.“ Sie legte zwei Restaurantgutscheine in den Umschlag und bat sie, mit ihr essen zu gehen. Die Gutscheine kamen mit einem weiteren Brief zurück. In dem stand: „Du weißt nicht, wie es sich für uns anfühlt. Wir haben zwei Söhne verloren.“

Decca Aitkenhead schreibt vor allem Porträts für den *Guardian*  
Übersetzung: Michael Ebmeyer

ANZEIGE

## Rechtsradikalismus – im blinden Fleck der Demokratie?

Aiman Mazyek, Christoph Möllers, Özlem Topçu und Antonia von der Behrens im Gespräch mit Carolin Emcke

## streitraum

So 25.1. > 12 Uhr  
schaubühne



berlin  
forschungsinstitut  
für  
öffentliche  
meinung

der Freitag  
Das Meinungsmedium

Kurfürstendamm 153 | 10709 Berlin  
www.schaubuehne.de | Tickets: 030.890023  
2,50 Euro | Ermäßigungsberechtigte frei



Die Woche vom 15. bis 21. Januar 2015



USA  
Bummelstreiks

Den knallharten Konflikt gibt es noch nicht, doch verhärteten sich die Fronten zwischen der New Yorker Polizei und Bürgermeister Bill de Blasio. Die Polizeigewerkschaft spricht von Aufwiegelei. Der Stadtbere zeige zu viel Verständnis für Vorwürfe der schwarzen Bevölkerung, rassistischem Verhalten und Übergriffen der Beamten ausgesetzt zu sein. Dadurch werde die Autorität der Polizei untergraben. Bummelstreiks und Dienst nach Vorschrift beim New York Police Department (NYPD) sind die Reaktion. Hoffnungen richten sich jetzt auf Polizeichef William Bratton, der das Verhältnis zwischen de Blasio und der Ordnungsmacht entspannen und eine Demoralisierung des NYPD aufhalten soll. *LH*



Polen  
Ohne Putin

Die polnische Regierung lehnt es ab, den russischen Präsidenten Putin offiziell zu den Feierlichkeiten anlässlich der 70. Wiederkehr der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz einzuladen. In Warschau wird auf die Zuständigkeit des direkten Veranstalters, des Auschwitz-Museums, verwiesen. Es war am 27. Januar 1945 die Rote Armee, deren Soldaten die Lagertore öffneten und die Überlebenden befreiten. Daran nicht gebührend zu erinnern wirkt wie ein gezielter Affront. Er dürfte Spannungen wegen der Ukraine-Krise ebenso geschuldet sein wie der 2015 anstehenden Sejm-Wahl. Wer käme in Paris auf die Idee, zum Jahrestag der Normandie-Landung von 1944 die USA so zu behandeln? *LH*



Kuba  
Pas de deux

53 politische Gefangene sind auf der Karibikinsel aus dem Arrest entlassen worden, seit die Präsidenten Raúl Castro und Barack Obama am 17. Dezember normalisierte Beziehungen angekündigt haben. In dieser Woche verhandelt in Havanna Staatssekretärin Roberta Jacobson über Migration und Reiseverkehr. Zu den folgenden diplomatischen Schritten dürfte ein Besuch von Handelsminister Penny Pritzker gehören. Vermutlich soll über ein gelockertes US-Embargo gesprochen werden. Dies kann bedeuten, dass die USA fortan darauf verzichten, Unternehmen in Drittländern zu bestrafen, die Waren nach Kuba liefern. Bisher stößt das in Washington auf den Widerstand der Republikaner. *LH*



CDU-Politiker  
Vegane Sexpeitsche

Ist er bloß verklemmt oder gegen die vegane Lebensweise? Der CDU-Agrarpolitiker Dieter Stier hat seine Rede im Deutschen Bundestag genutzt, um etwas Medienkritik zu betreiben. Das *Morgenmagazin* der ARD – „immerhin ein gebührenfinanzierter öffentlich-rechtlicher Sender“ – hatte nämlich aus Anlass der Landwirtschaftsmesse Grüne Woche gezeigt, wie sich Berlin zum Zentrum der veganen Szene entwickelt. Aber statt „anlassbezogen über einen bäuerlichen Betrieb“ zu berichten, habe er dort erfahren, „dass man mittlerweile eine vegane Lederpeitsche im Sexshop erwerben könne“, kritisiert Stier. „Mir zumindest fehlt dafür jedes Verständnis.“ Bei Youtube ist das Video zum Hit geworden. *FW*



Atomklagen  
Brisanter Briefwechsel

Hat der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier den Energiekonzernen zu ihren Millionenklagen gegen den Atomausstieg verholten? Die Unternehmen ließen ihre Reaktoren nach dem dreimonatigen Moratorium freiwillig ausgeschaltet und wollen nun Schadenersatz. Sie begründen das mit einem Brief Bouffiers. Er schrieb, die Atomaufsicht werde bei einem Wiederanfahren „dagegen vorgehen“. Doch zuvor hatte der damalige RWE-Chef Jürgen Großmann um so einen Brief gebeten, wie das ARD-Magazin *Monitor* berichtet. Möglicherweise wollte er jedoch nur eine Bestätigung einer zuvor gefällten Entscheidung. Die Nähe von Politik und Wirtschaft ist jedenfalls bedenklich. *FW*

1955 Die SPD als APO

**Zeitgeschichte** Gegen den Eintritt in einen westlichen Militärblock wird in der Frankfurter Paulskirche ein „Deutsches Manifest“ beschlossen. Besonders Sozialdemokraten haben Anteil daran

■ Rudolf Walther

Mitten in die miefige Atmosphäre der Adenauer-Zeit fällt eine Phase vitaler Protestkultur. Den Anlass bildete die Paraphierung der vier Pariser Verträge zwischen den Westmächten und der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Oktober 1954. In diesen Abkommen ging es um ein Ende des Besatzungsregimes und die Anerkennung der Bonner Regierung, den Vertrag über die Präsenz ausländischer Streitkräfte, einen Beitritt zur Westeuropäischen Union (WEU) und zur NATO sowie um ein Statut für das Saarland. Der Beitritt zur Allianz der sechs WEU-Staaten (Großbritannien, Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Luxemburg), die zugleich der NATO angehörten, aber im Unterschied zur gescheiterten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft keine gemeinsame Armee wollten, verhiess Wiederbewaffnung und Aufrüstung. Genau dagegen wandte sich ein im Herbst 1954 entstehender außerparlamentarischer Protest. Wer sich ihm anschloss, sah im Gegensatz zu Konrad Adenauer in einer Politik der Wiederbewaffnung keinen Anstoß für ein wiedervereinigtes Deutschland, sondern einen für die endgültige Spaltung. Ost- und Westdeutsche, so lautete die Befürchtung, würden sich in feindlichen Blöcken gegenüberstehen.

Für eine in der Logik des Antikommunismus und des Kalten Krieges befangene Politik war es nur folgerichtig, dass ein CDU-Kanzler knapp zehn Jahre nach Kriegsende deutsches Soldatentum rehabilitierte: „Ich möchte erklären, dass wir alle Waffenträger unseres Volkes, die im Rahmen der hohen soldatischen Überlieferung zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft gekämpft haben, anerkennen. (...) Es muss unsere Aufgabe sein, die sittlichen Werte des deutschen Soldatentums mit der Demokratie zu verschmelzen. Wir stehen vor der Wahl zwischen Sklaverei und Freiheit!“ Die alten Kameraden von der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Soldaten“ der Waffen-SS fühlten sich verstanden. Nur eine Woche nach Adenauers Blankoscheck tagten sie in Göttingen unter den alten Parolen: „Un-

sere Ehre heißt Treue“ und „Ewig lebt der Tote Tatenruhm“.

Große Teile der Bevölkerung, besonders junge Akademiker, die den Zweiten Weltkrieg als Kinder erlebt hatten, dazu die Kirchen und Gewerkschaften, die Friedensbewegung und die SPD, mochten einer Politik, die in einen Westblock führte, ebenso wenig folgen wie der reaktionären Rhetorik unbelehrbarer Veteranen aus Hitlers Wehrmacht. Adenauers ehemaliger Innenminister Gustav Heinemann, der sich 1952 gegen die Westintegration wandte und die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) gründete, hielt viel von aktiver Neutralität. Sich weder für ein Bündnis im Osten noch im Westen herzugeben, das sei allein sinnvoll, meinte er.

Der Widerstand gegen Aufrüstung und Remilitarisierung war – wie die verdienstvolle *Chronik* von Wolfgang Kraushaar aus dem Jahr 1996 belegt – politisch heterogen, doch auf Wirkung bedacht. Bei Auftritten von Theodor Blank – Adenauers „Beauftragtem für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen“ – gab es regelmäßig Tumulte und Saalschlachten, wurde für die Wiederbewaffnung geworben. Blank kam bei einem Auftritt am 24. November 1954 in Augsburg gegen 800 Protestierende überhaupt nicht zu Wort und verließ das Lokal nach 25 Minuten. Dabei wurde er von einem Kriegsversehrten mit einer Krücke verletzt. Zu ähnlichen Krawallen kam es in Frankfurt, Nürnberg, Hannover und anderen Städten.

Besonders engagierten sich evangelische Geistliche und ihre Kirchengemeinden, die Hunderte von Resolutionen verabschiedeten. Hauptamtliche Mitarbeiter von Gewerkschaften, Mitglieder der SPD, der KPD und der GVP traten bei Dutzenden von Großkundgebungen überall in der Republik auf. Der SPD-Parteivorstand startete am 7. November einen Aufruf zu einer bundesweiten Kampagne gegen die Remilitarisierung, in deren Rahmen rund 6.000 Veranstaltungen stattfanden. An einigen Universitäten organisierte der Sozialistische Deutsche Studentenbund Debatten über die „US-Politik der Stärke“. Der Verband der Kriegsbeschädigten und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes beteiligten sich an den Protesten ebenso wie diverse



Hochverräterische Inhalte? Parteivorsitzender Ollenhauer

FOTO: ULLSTEIN

man das „Deutsche Manifest“. Das Motto lautete: „Rettet Einheit, Frieden und Freiheit! Gegen Kommunismus und Nationalismus!“ Das Manifest hielt die Ratifizierung der Pariser Verträge für unvereinbar mit der deutschen Schicksalsfrage der Gegenwart – nämlich „Friede, Freiheit und Wiedervereinigung“ – und plädierte für Verhandlungen. „Die Verständigung über eine Viermächte-Vereinbarung zur Wiedervereinigung muss vor der militärischen Blockbildung den Vorrang haben“, hieß es. Die sowjetische Regierung hatte schon Mitte November Verhandlungen und freie gesamtdeutsche Wahlen angeboten, falls Bonn auf die Ratifizierung der Pariser Verträge verzichte, bekam aber darauf nur eine hinhaltende Antwort aus Bonn.

Die außerparlamentarische Opposition verlangte immer öfter und lauter eine Volksbefragung zur Wiederbewaffnung. Davon wollte die konservative Bundesregierung aber nichts wissen. Kanzler Adenauer bezichtigte den SPD-Oppositionsführer Erich Ollenhauer, „die Straße zu mobilisieren“. Sein Sprecher ließ in verquerem Deutsch ausrichten: „Das Bundeskabinett ist geschlossen der Ansicht, dass man den von der Kundgebung in der Paulskirche ausgehenden, die Legitimation des Bundestags berührenden Bestrebungen mit großer Energie entgegentreten muss“, weil der Bundestag „ausschließlich zuständig sei, um über die Pariser Verträge abzustimmen“. Das Adenauer-Kabinett erwog sogar, die öffentlichen Reden von prominenten Gegnern der Wiederbewaffnung durch Staatsanwälte auf „hochverräterische Inhalte“ überprüfen zu lassen. Das Grundgesetz von 1949 misstraute dem Volk und folgte stattdessen der Devise: Möglichst viel für, aber möglichst wenig durch das Volk. Zehn Jahre später war diese Haltung ein Anachronismus.

Vom 24. bis zum 27. Februar 1955 debattierte schließlich der Bonner Bundestag mehr als 40 Stunden lang über die Ratifizierung der Pariser Verträge, während draußen Tausende von Polizisten die Demonstranten mit Wasserwerfern und berittenen Einheiten in Schach hielten. Was als Mobilisierung der Demokratie und rationaler Friedenspolitik – „Frieden durch Abrüstung!“ – begonnen hatte, endete mit einem Durchmarsch der konservativen Eliten, die sich der Devise verschrieben: „Keine Experimente, Antikommunismus, Aufrüstung“. Bei der Bundestagswahl am 15. September 1957 holten Konrad Adenauer und die CDU/CSU mit 50,2 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit.

Adenauer bezichtigte den damaligen SPD-Chef Erich Ollenhauer, „die Straße zu mobilisieren“



Theater „Der geteilte Himmel“ an der Schaubühne Berlin **S.14**  
Naher Osten Gestern Sozialist, heute Islamist – eine Spurensuche **S.15**  
Film Hommage an das Computergenie Alan Turing **S.19**



Erstaunlich, wie sich der Diskurs über die Sicherheit im Lauf der Geschichte verändert hat **S.17**

# Stimmen aus dem Off

1945 Das Ende des Zweiten Weltkriegs ist erfahrungsgeschichtlich kaum zu fassen. Unser Autor Harald Welzer ergründet Leerstellen der Ordnung

Eine Zeitzeugin, nennen wir sie Frau Krug, erzählt: „Also, die Juden waren die Schlimmsten! Die haben uns richtig schikaniert! Wissen Sie, die setzten sich hin, die ließen sich bedienen von uns ... Juden und Russen, da hab ich immer gesehen, dass ich die nicht kriegte. Die waren ganz widerlich. Ich hab mich dann immer unten an die Straße gestellt, vor das Tor, und wenn sie sagten: ‚Quartier!‘, sagte ich: ‚Nee, schon alles voll!‘ Wenn es Juden waren, sagte ich: ‚Alles voll Russen, könnt ihr mit reingehen!‘ ‚Nein, nein!‘ Und wenn Russen kamen, da sagte ich, sind Juden da.“

Worum geht es bei dieser Geschichte? Der Hof der zum Zeitpunkt des Interviews schon hochbetagten Frau Krug liegt in der Nähe des Lagers Bergen-Belsen. Nach der Befreiung des Lagers am 15. April 1945 wurden die Lagerbaracken bald wegen Seuchengefahr evakuiert und in Brand gesetzt. Die Situation, die sich den britischen Soldaten unmittelbar geboten hatte, war grauhaft: Im Winter war Bergen-Belsen das Ziel von Todesmärschen aus den Konzentrations- und Vernichtungslagern im Osten gewesen. In dem ursprünglich für 2.000 Häftlinge ausgelegten Lager befanden sich nun mehr als 40.000 Personen.

Die Besatzungsbehörden nutzten nach der Evakuierung des Lagers umliegende Wehrmachtskasernen für die Unterbringung der ehemaligen Häftlinge, die nun *displaced persons* waren, zwangsverbrachte Menschen aus den unterschiedlichsten Herkunftsländern. Und auch Anwohner wurden veranlasst, den evakuierten Menschen „Quartier“ zu machen, was ihnen naturgemäß unangenehm war. Wer gestern noch KZ-Häftling, jüdischer oder bolschewistischer „Untermensch“ oder „Gemeinschaftsfremder“ war, hatte plötzlich Anspruch, mit im eigenen Haus oder immerhin doch, wie bei der empörten Frau Krug, in der Scheune zu wohnen?

## Chaos passt nicht in Akten

Der kleine Gesprächsausschnitt zeigt eine mikroskopische Aufnahme aus der chaotischen, unsortierten Situation des unmittelbaren Kriegsendes – in der Millionen Menschen, Täter, Opfer, alliierte Soldaten, nichtjüdische Deutsche, Land- und Stadtbewohner, flüchtige Nazis, Kinder mit Eltern und ohne Eltern, sich im Off einer geordneten, durch Erfahrung und Institutionen zusammengehaltenen Lage fanden. Diese offene, durch Gewalt, Zerstörung und rapiden Wechsel der Machtverhältnisse charakterisierte Situation des unmittelbaren „Danach“ ist von der historischen Forschung schlecht ausgeleuchtet.

Kein Wunder: Chaos wird aktenmäßig nicht erfasst. Und überhaupt stellt jede historische Betrachtung im Nachhinein mehr Ordnung dar, als real vorhanden war, denn sie muss sich ja an feststellbare Daten und Quellen halten. Die haben allerdings mehr Struktur als das geschehnde Leben selbst. Wie sieht eine Welt aus, in der 55 Millionen Menschen in Zeiten des Kriegs ihren Wohnort verlassen mussten? Acht bis neun Millionen von ihnen befanden sich nun in den alliierten Besatzungszonen, davon waren etwa sechs Millionen Zwangsarbeiter, rund zwei Millionen Kriegsgefangene und fast eine Dreiviertelmillion befreite KZ-Häftlinge. Zwölftehalb Millionen Vertriebene aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn kamen dazu. Ausgerechnet das Vorhaben, ein rassereines, „arisches“ Kernreich zu schaffen, hatte, wie Atina Grossman und Tamar Lewinsky geschrieben haben, das Nachkriegsdeutschland in ein „multiethnisches Territorium“ verwandelt.

Im sozialpsychologischen Universum eines unerwarteten und von den meisten ungewollten „Danach“ ist das nicht die einzige Enttäuschung, mit der sich die nicht-jüdischen Deutschen konfrontiert sahen: Die durch die alliierten Bombardierungen teils radikal zerstörten deutschen Städte schufen Wirklichkeiten in Trümmern, Not-

unterkünfte voll grauenhafter Bilder und Ungeziefer. Diese ließen, wie es der Schriftsteller W.G. Sebald formulierte, gerade „die Deutschen, die doch die vollständige Säuberung und Hygienisierung Europas sich vorgesetzt hatten“, befürchten, sie seien „in Wahrheit selber das Rattenvolk“.

Die omnipotenten Träume, die spätestens mit Stalingrad zu schwinden begannen, waren ja nicht nur die offiziellen einer rassentheoretisch begründeten europäischen oder gar globalen Ordnung. Sie hatten sich vielfach in individuelle Aussichten übersetzt, die an das nationalsozialistische Projekt gekoppelt waren. So hatten, wieder mit Sebald, „nicht wenige davon geträumt, wie sie nach dem Krieg in den Kirschgärten am stillen Don auf einem Landgut sich niederlassen wollten“. Und die Eliten in den Planungsstäben, Universitäten, Verwaltungen und Unternehmen waren sich lange, auch aufgrund der durch die Kriegserfolge möglichen Raubzüge in den besetzten Ländern, sicher, nach dem Endsieg hervorragende Perspektiven zu haben, Herrenperspektiven.

In der Wehrmacht, bei der Luftwaffe und bei der Marine sah das schon viel früher anders aus: In der Wehrmacht glaubte schon nach den schweren Niederlagen des Winters 1942/43 kaum noch jemand, dass der Krieg zu gewinnen wäre. Auch in der Marine teilte man diese Ansicht weitgehend. Nicht wenige dachten wie der kriegsgefangene Marinesoldat Josef Przyklenk, der schon im März 1942 einem Kameraden gegenüber äußerte: „Oktober vorigen Jahres, da hat der Adolf erklärt: ‚Die letzte

## Wer gestern noch KZ-Häftling war, konnte nun bei Nazis einquartiert werden

Schlacht gegen die Russen beginnt‘. Scheiße war das, Mensch!“

Allein in der Luftwaffe war die Stimmung optimistischer – nicht zuletzt, weil hier der Kampf individuelle Erfolge zuließ, die die Sache subjektiv günstiger erscheinen ließen. Aber Anfang 1945 war die Stimmung allgemein so abgesunken, dass selbst offizielle Dienstakten Vermerke enthielten, dass die Truppe „im allgemeinen die Schnauze voll“ habe. Was übrigens keineswegs hieß, dass sich damit der Glaube an den Führer erledigt hätte. Der überstand sogar den Untergang: In alliierten Abhörprotokollen vom 22. März 1945 findet sich der folgende Dialog zwischen Martin Vetter, dem Kommandeur eines Fallschirmjägerregiments, und Anton Wöffen, einem Jagdflieger, die gerade beide in britische Kriegsgefangenschaft gekommen waren:

Vetter: „Man kann über Nationalsozialismus denken, wie man will, Adolf Hitler ist der Führer und hat dem deutschen Volk

bisher schon viel, unheimlich viel gebracht. Endlich konnte man wieder mal stolz sein auf das eigene Volk. Das darf man nie vergessen.“

Wöffen: „Nichts, auch gar nichts kann man wegleugnen.“

Vetter: „Wenn ich auch überzeugt bin, dass er der Totengräber des deutschen Reiches sein wird.“

Wöffen: „Der Totengräber, ja.“  
Vetter: „Ist er. Ganz ohne Zweifel.“

Heilsbringer und Totengräber – sind die beiden Soldaten schizopren? Sicher nicht. Der kurze Dialog zeigt lediglich, dass „der Führer“ identifikatorisch so aufgeladen war, dass nicht einmal die Niederlage den Glauben an seine Bedeutung in Frage stellen konnte. Die Größenfantasien, die sich in seiner Person verkörpern, überstrahlen das Scheitern des nationalsozialistischen Projekts. Und sie haben eine ganz eigene Wirklichkeit und Wirksamkeit. Da hatte das Arzt- und Psychoanalytikerpaar Margarete und Alexander Mitscherlich mit seiner Diagnose über die *Unfähigkeit zu trauern* 1967 schon recht: Der Führerglaube hielt sich weit länger als das „Dritte Reich“ selbst.

Dessen Ende freilich trat für die Beteiligten sehr ungleichzeitig ein: Westlich des Rheins war die NS-Herrschaft Ende März 1945 beendet. In Dänemark, in Norwegen oder in der Tschechoslowakei erst zwei Monate später. Und was sich im Rückblick auf das Datum des 8. Mai 1945 oder gar auf eine „Stunde Null“ verdichtet, ist in Wahrheit ein zerdehnter Prozess des Auseinanderfallens sozialer Wirklichkeiten.



FOTOS: JEWGENI CHALDEI/DPA, MARC BECKMANN (UNTEN)

Zum Beispiel Berlin: das unerwartete und von den meisten ungewollte Danach

Amerikanische Soldaten, die das Lager Dachau befreiten, erschossen in spontaner Empörung die SS-Wachmannschaften – das kam auch andernorts vor. Während es überall dort, wo alliierte Soldaten auftauchten, weder Hakenkreuzfahnen an den Häusern noch Hitlerbilder in den Amtsstuben noch Menschen mit Parteiabzeichen mehr gab, wurden andernorts weiter „Wehrkraftzersetzer“ von der SS aufgehängt und schossen Hitlerjungen auf vermeintliche Gegner. Zahllose Frauen wurden Opfer von Massenvergewaltigungen durch Rotarmisten. Und viele Verfolgte sehnten den Tag der Befreiung herbei, der eben regional sehr unterschiedlich kam, was über Leben und Tod entscheiden konnte.

Marie Jalowicz, die untergetaucht in Berlin überlebt hatte, schreibt über den 22. April 1945: „Als der Krieg in sein wirklich allerletztes Stadium ging, herrschte praktisch pausenlos Alarm. Ich versteckte mich nicht mehr vor den Nachbarn ... Auf eine etwas törichte Weise ärgerte es mich, dass der Krieg auf so langweilige, banale Weise zu Ende ging und dass ich nicht mitten im Schlachtengetümmel stand. Und dann war es so weit. Irgendjemand sagte: ‚Aus. Die Russen sind da. Wir sollen rauskommen.‘ Alle kletterten mit erhobenen Armen aus dem Graben. Ich hob die Hände nur leicht an, denn ich dachte: Ich habe mich nicht zu ergeben. Ich stand zwar formal auf der Seite der Besiegten, aber gefühlsmäßig auf Seiten der Sieger.“

## Ungleichzeitige Phänomene

Nicht alle Verfolgten überlebten die letzten Kriegstage. Noch am 3. Mai 1945 kamen Tausende aus dem KZ Neuengamme evakuierte Häftlinge auf der „Cap Arcona“ um, die von der Royal Air Force in der Annahme versenkt wurde, es handle sich um einen Truppentransporter. Und in den befreiten Lagern starben immer noch Tausende Häftlinge an Unterernährung, Entkräftung, Infektionen. Wie Alexander Kluge geschrieben hat, gliederten sich „Glückszonen und Unglückszonen des gesamten Landes nach Untergang des Reiches in Ortschaften“.

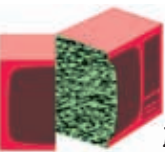
Das Gesamtgeschehen entzieht sich dem Überblick, weil es erfahrungsgeschichtlich eben gar kein Gesamtgeschehen gab. Vielleicht muss man das, auch wenn es schwerfällt, einfach anerkennen: Es gibt historische *tipping points*, Leerstellen der Ordnung, die sich nicht nach Kausalitäten und linearen Abläufen sortieren lassen. Erstaunlich bleibt bei alledem, wie Menschen solche Situationen absenter Ordnung bewältigen. Es gibt allem Anschein nach keinen Nullpunkt, an dem die subjektive Suche nach Auswegen aufhört. Es sei denn den, an dem absolute Gewalt herrscht.

Aber dadurch, und das ist vielleicht das Erstaunlichste, zeichnete sich das Kriegsende meist nicht aus. Im Gegenteil zeigt das Zerbrechen der Ordnung oft zugleich die Öffnung von Handlungsräumen. Und dann ist es keine Frage von Alter, Geschlecht, Bildung, Herkunft, wer sie wie ergreift. Das läuft nicht nach Kriterien ab, wie sie die Soziologie oder die Geschichtswissenschaft kennt, nach Logik und Kausalität. Vielmehr handelt es sich um ungleichzeitige soziale Phänomene. Die zu systematisieren und nachträglich in Ordnungen zu bringen ist nicht möglich. Ein bestimmtes Maß an Verdichtung von Ereignissen entzieht sich der wissenschaftlichen Beschreibung. In der lebensgeschichtlichen Erfahrung wirken sie desto nachhaltiger.



**Harald Welzer** ist Soziologe und Sozialpsychologe. Von 25. bis 27. Januar findet im dbb forum berlin die internationale Konferenz *Danach. Der Holocaust als Erfahrungsgeschichte 1945–1949* unter Leitung von Harald Welzer und dem Berliner Historiker Michael Wildt statt. Mehr Informationen: [bpb.de/veranstaltungen](http://bpb.de/veranstaltungen)





Medientagebuch

Dumm gelaufen:  
kein IQ-Preis für  
Edward Snowden

Hat sich Edward Snowden „mit einer intelligenten Idee um das Wohl der Allgemeinheit“ verdient gemacht und darf man ihn dafür auszeichnen? Darüber gibt es seit Wochen Streit im Hochbegabtenverein Mensa. Die Organisation vergibt jedes Jahr medienwirksam den Deutschen IQ-Preis, und diesmal hatten zwei Mitglieder den Whistleblower und ehemaligen Geheimdienstmitarbeiter Snowden vorgeschlagen. Doch der Vereinsvorstand hat die Nominierung verhindert, Snowden wurde von der Kandidatenliste gestrichen – trotz massiver Proteste mehrerer Mitglieder, die nicht namentlich genannt werden wollen. Intern jedoch werden Vorwürfe laut: „Wahlmanipulation“, „Zensur“, „Hongkong-Demokratie“.

Ob die Entscheidung des Vereinsvorstands so intelligent war, darf also bezweifelt werden. Geschuldet ist sie wohl einer Mischung aus politischen Gründen und Angst. Die Preisverleihung an Snowden hätte als politisches Statement verstanden werden können, und laut Vereinssatzung darf sich Mensa nicht zu politischen Themen äußern. Doch diese Argumentation ist nicht haltbar. Über die Preisträger stimmen die 10.000 Mitglieder demokratisch ab, in der Satzung heißt es ausdrücklich: „Die Veröffentlichung der Ergebnisse von Mitgliederumfragen gilt nicht als Stellungnahme des Vereins.“

Im Vorstand ist Vanitas Berrymore für den IQ-Preis zuständig. Er sagt, aus der Satzung gehe eben auch hervor, „dass man Umfragen veröffentlichen darf, aber nicht muss“. Aber rechtfertigt das, sich in die Arbeit der Wahlkommission einzumischen und zu drohen, das Ergebnis werde medial totgeschwiegen, sollte Snowden gewinnen? Berrymore sagt offen: „Wir hätten das so klein wie möglich gehalten.“ Beispielsweise wäre keine Pressemitteilung verschickt worden, wie es sonst üblich ist. Das habe er den Kommissionsmitgliedern auch gesagt. Und es hat offenbar gewirkt: War die Kommission anfangs noch überzeugt, dass Snowden die Nominierungskriterien erfüllt, änderte sie nach den Gesprächen ihre Meinung. Ein Kritiker spricht von einer „nicht satzungsgemäßen Mausechlei-Aktion“.

In einem Newsletter an alle Mitglieder begründet der Vorstand seine Entscheidung. Die Zulassung Snowdens wäre „als ein politisches Statement aufgefasset worden, ganz gleich, mit welcher Begründung er nominiert wurde“. Der Vorschlag selbst wurde tatsächlich mit der Intelligenz gerechtfertigt. „Dass Edward Snowden hochintelligent ist, zeigt nicht zuletzt seine abenteuerliche Flucht, bei der er eine Supermacht, die praktisch über unbegrenzte wirtschaftliche und militärische Ressourcen verfügt, an der Nase herumführte.“ Eine politische Komponente gibt es jedoch: Snowden habe seine Intelligenz „in den Dienst der Allgemeinheit“ gestellt – das sieht nicht jeder so.

Die interne Kritik an der Nichtzulassung wird vom Vorstand leichtfertig abgetan. Nur drei Tage, nachdem die Streichung Snowdens von der Kandidatenliste bekannt gegeben wurde, begann die Abstimmung. Mehrere Mitglieder hatten gefordert, noch eine Woche zu warten, um über den Fall diskutieren zu können. Als nichts mehr zu ändern war, rief ein Kritiker dazu auf, stellvertretend für Snowden einen anderen Kandidaten zu wählen: den Schauspieler Jonathan Lee Miller. Er bekam die meisten Stimmen und wird den Deutschen IQ-Preis 2014 erhalten. Ob der Verein das der Presse noch mitteilen wird, ist eine andere Frage. Das Jahr ist schließlich schon vorbei.

Felix Werdermann

KLEINANZEIGE

Kur an der poln. Ostseeküste in Bad Kolberg!  
14 Tage ab 429€! Hausabholung inkl.!  
Prospekte, DVD-Film gratis! Jetzt buchen!  
Tel.: 0048943555126 · www.kurhotelawangardia.de



FOTO: DOROTHEA TULCH

„Die Berührung der Wunde vermeiden“: Rita (Jule Böwe) beim Arzt (Kay Bartholomäus Schulze)

Chic in Strick

Homecoming Armin Petras inszeniert Christa Wolfs „Der geteilte Himmel“ an der Berliner Schaubühne: als Privatsoap zweier verliebter Königskinder

■ Ulrike Baureithel

Aus Trümmern auferstanden: So recht weiß man nicht, womit dieser neue Staat grundiert ist, der sich da auf einem schmalen Steg inmitten des zweigeteilten Zuschauerraum aufmacht, nach den Sternen zu greifen. Sind das die Scherben, die ein wahnwitziger Krieg hinterlassen hat? Ist es das Eis des Kalten Kriegs? Oder einfach nur der Schotter jener Bahngleise, auf denen das Mädchen Rita ihr Leben beenden will, bevor es dann doch wieder, gerettet, in einem Krankenhaus erwacht. Etliche Eimer muss der an Wolfgang Borchert gemahnende Kriegsheimkehrer herbeischleppen, um dieses Fundament zu schaffen. Und es ist in den folgenden anderthalb Stunden nicht gut gehen auf diesem Laufsteg der Erinnerungssplitter. Egal: Es tut sich niemand wirklich weh.

Nachdem sich vor genau zwei Jahren Tilmann Köhler am Staatsschauspiel Dresden

an Christa Wolfs Erzählung *Der geteilte Himmel* versuchte, schließt sich für die 50 Jahre alte Geschichte in der Schaubühne am Berliner Ku'damm nun ein Kreis: an ebendem Ort, wo Rita und ihr geliebter Manfred, beide hoffnungsvolle Sprosse der DDR, bei einer Westtante untergekrochen sind. Bis Rita feststellt, dass ihres Bleibens im Westen nicht ist. Die Weltpolitik nimmt dem Paar dann die Entscheidung ab. Mit dem Mauerbau im August 1961 wölbt sich über ihnen fortan ein geteilter Himmel.

Einfach aussteigen?

Armin Petras, vom Berliner Gorki-Theater 2013 als Intendant rübergemacht ins schwäbische Stuttgart, lässt in seiner ersten Berliner Produktion nach dem Wechsel die beiden Protagonisten anfänglich aus dem Zuschauerraum heraus aus dem Jahr 1989 zurückblicken auf die 50er und 60er Jahre. Manfred, mittlerweile Börsianer, erkündigt sich bei Rita, was sich ereignet hat in den langen Jahrzehnten ihrer Trennung.

„Wir versuchten unser Leben“, aber die Fehleranalyse ist wenig aufschlussreich: „Alles ist kaputtgegangen“, sagt Jule Böwe als Rita resigniert. Ein stillstehender Fluss im Hochsommer, zusammengebrochene Höhle. *Kein Ort. Nirgends* für die einst glücklich ausgemalte Utopie. „Aber ohne Vergessen ist kein Leben möglich“, weiß Manfred.

Der vergleichsweise brisante Auftakt, die rückblickende Rechtfertigung einer politischen Entscheidung, schmilzt auf der schmalen Eisfläche jedoch bald dahin und entwickelt sich zur Privatsoap liebesverblendeter Königskinder: Hier die zwischen Euphorie und Verzweiflung schwankende Borderlinerin Rita, dort der desillusionierte Manfred, Chemiker, der in der grauen DDR an einem neuen Kobaltblau forscht und dem Tilman Strauß nur gelegentlich einen emotionalen Ausschlag erlaubt.

Wie Wolfs Erzählung hantiert auch Petras auf mehreren Zeit- und Handlungsebenen, die teilweise lediglich in Form der unvermeidlichen Videoprojektionen – Manfred und Rita vor dem Bunsenbrenner in

der Küche oder kuschelnd im Schlafzimmer, wo sie sich aus der Erzählvorlage vorlesen – in den Bühnenraum geworfen werden. Die Kostüme von Annette Riedel, die auch das Bühnenbild verantwortet, zitieren die Zäsuren: „blauer Anton“ in der Brigade, Sommerkleid und Bademantel aus den 60ern, kobaltblauer (!) Strickchic im Wendejahr 1989. Das im Wesentlichen von den beiden Schauspielern getragene Kammerstück wird komplettiert von dem eher blasen Kay Bartholomäus Schulze, der als Arzt nur kommentierend in Erscheinung tritt.

Manfred und Rita schauen  
jetzt aus dem  
Jahr 1989 auf das  
Erlebte zurück

„Ich will keinen Winter. Die Berührung der Wunde vermeiden. Freundlich sein. Verstehen, dass man unendlich an der Liebe leiden kann, aber dass das für einen selber nicht in Frage kommt“, deklamiert Rita, barfuß auf dem Glas balancierend an der Mauerkante. Das „Wunder“, an das sie geglaubt hat, als sie mit Manfred in den sternenklaren Nachthimmel blickte, ist ihr abhandengekommen, der „Sputnik“ ihrer Liebe verlorengegangen in den Mühen der Ebene eines Landes, das in gemeiner Tristesse an die Wand geworfen wird, während „Bestarbeiter“ fröhlich und bühnenwirksam mit dem Presslufthammer am Aufbau der DDR werkeln. „So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben!“, erschallen die Slogans aus dem Staatsbürgerunterricht. „Pappworte“, sagt Manfred, die die Liebe zur „dritten Sache“ denunzieren. „An für sich“, kontert Rita, „ist lügen schön.“

Was bei Christa Wolf als Erprobungsfeld zwischen Ich-Zweifel und Skepsis gegenüber einer Idee aufgemacht und befragt wird und 1962 mit der Hoffnung auf eine innenpolitische Wende verbunden war, wirkt aus der Bühnenperspektive des Jahres 2015 wie Selbsttäuschung, das „Vorgefühl des Paradieses“ wie eine Parodie, auch wenn zumindest Jule Böwe den existenziellen Zwiespalt stimmlich und gestisch herauszuspielen versucht.

„Einmal im Leben sollte man an Unmögliches geglaubt haben“, schreibt Christa Wolf in *Kein Ort. Nirgends*. „Es gab sie, die andere Zukunft“, versucht Rita Manfred zu überzeugen. Eine Zukunft, die längst Makulatur ist und nur noch erinnernd vergegenwärtigt werden kann. Doch diesem Sputnik der Erinnerung, den Petras am Ku'damm am Himmel hat aufsteigen lassen, fehlt die Schubkraft. Wie war das noch mit dem stillstehenden Fluss? Jedenfalls versteht nach dieser Inszenierung kein Mensch, warum Rita „nicht einfach aussteigen“ konnte.

Der geteilte Himmel Regie: Armin Petras  
Schaubühne, Berlin

Fabriketagenmördergrubenfantasie

Kopfkino Karin Henkel bringt die Taten des Serienkillers „Roberto Zucco“ in kalkulierten Tableaus auf die Bühne

■ Max Glauner

Die Benchmark beim Berliner Theatertreffen, der selbsterklärten Leistungsschau der deutschsprachigen Bühnen, wird gegenwärtig immer noch von den Regisseuren Peter Zadek, Claus Peymann und Peter Stein mit 21, 19 und 18 Einladungen gesetzt. Das Feld blieb weit dahinter zurück. Eine bemerkenswerte Ausnahme macht die 1970 in Köln geborene und bei Claus Peymann am Wiener Burgtheater ausgebildete Karin Henkel. Ohnehin eine der wenigen Regisseurinnen in dieser männerdominierten Domäne, bringt sie es auf fünf Einladungen, und davon seit 2011 vier hintereinander.

Mit ihrem 100 Minuten langen *Roberto Zucco* am Schauspielhaus Zürich könnte sie diese Serie fortsetzen. Nicht, weil sie innovatives, berauschendes Theater vorlegt. Sondern weil sie Konzeption und Konven-

tion ansprechend in Einklang bringt, wie schon bei ihrem Zürcher *Amphitryon*, der 2014 zum Theatertreffen eingeladen war. Hatte sie bei Heinrich von Kleist den Einfall, die Protagonisten zu verdoppeln und zu verdreifachen, stand nun am Anfang die Idee, das Stück wie einen Film einmal im Schnelldurchlauf abzuspielen und dann im Rewind-Modus zu wiederholen. Mit der letzten Arbeit des 1989 an den Folgen von Aids verstorbenen Bernard-Marie Koltès findet Henkel eine geeignete Vorlage.

Denn die Verdichtung der Geschichte des italienischen Serienmörders Roberto Zucco, der sich nach mindestens sechs Morden 1988 im Gefängnis das Leben nahm, zeigt in 15 Stationen kaum dramatische Entwicklung. Von vorn nach hinten oder von hinten nach vorn gelesen, ist einerlei. Das ewig Gleiche wird bei Koltès schon in der Wiederkunft der blonden Bestie angelegt, die, ohne Motiv mordend, gottähnlichen Status beansprucht.

Bei Henkel soll der Zucco zuerst im Kopf der Zuschauer entstehen. Zu Beginn versucht das Ensemble im Chor vor der abgedunkelten Bühne den Ausbrecher zu erspähen. Im ersten Durchlauf wird er nur als Stichwortgeber, wie eine Stimme Gottes aus dem Off vernehmlich. Die Morde finden nur angedeutet statt.

Mehltau über dem Konzept

Der schwarze Bühnenkasten, samt vier angedeutete Sets – Tisch, Bett, Bad und Grab –, macht klar, dass die Figuren in einem Totenhaus agieren. Damit der Abgrund noch weiter gähnt, greift die Regie ordentlich in die sakrale Kiste. Sie zeigt die aggressiv-bigotte Gesellschaft mit Kruzifixen in der Hand und „Kyrie eleison“ lamentierend. Henkels Ensemble steuert leidlich zwischen Pathos und Burleske und rettet sich, von den Abkürzungen überfordert, in Posen. Einzig mit der großartigen Lena

Schwarz in den Rollen von Zuccos Mutter, der Patronne, der Nutte und der Dame und Lisa-Katrina Meyer als trotzig-selbstbewusstem Mädchen ahnt der Zuschauer das avisierte Format der Produktion.

Mit Jirka Zett als Zucco im zweiten Durchlauf hätte die Inszenierung an Sog gewinnen können. Die Bühne wird bunter, das Totenhaus wandelt sich zur Fabriketagenmördergrubenfantasie mit abgerissenen Tapeten und Plakaten neben blutverschmierten Kachelwänden. Das ist Zuccos Welt. Doch mit seiner Präsenz gewinnt die Moritat keine Dichte. Kalkulierte Tableaus und routiniertes Spiel liegen wie Mehltau über dem Konzept. Damit rettet Henkel das Theater der Altvorderen, Stein, Peymann, Zadek, mit einer Prise postdramatischem Pepp gerade so ins 21. Jahrhundert.

Roberto Zucco Regie: Karin Henkel  
Schauspielhaus Zürich



# Notfalls ohne Glauben

**Ideologie** Der Islamismus ist extrem flexibel und anpassungsfähig. So konnte er global immer mehr Bedeutung gewinnen

■ Kersten Knipp

Vor sich tragen sie ein breites Plakat, „Marche pour l'égalité et contre le racisme“ steht darauf, „Marsch für Gleichheit und gegen Rassismus“. Es ist nur eine Handvoll junger Menschen, Frauen und Männer, die im Oktober 1983 durch Marseille marschiert. Aber ihr Anliegen wird wahrgenommen und vor allem von vielen geteilt. Bald gehen in jenem Herbst auch in vielen anderen französischen Städten junge Migranten und Migrantinnen vor allem arabischer Herkunft auf die Straße. Von ihren französischen Landsleuten fordern sie nichts als Anerkennung und Teilhabe, zum Beispiel auf dem Arbeitsmarkt.

Im Vergleich zu den heutigen, gewaltgeschwängerten Protesten wirken die Bilder dieser Demonstrationen schockierend modern. Die Proteste jenes Jahres waren noch von der Chiffre 1968 geprägt. Entsprechend zeigten sich die Demonstranten: langes oder längeres Haar, Jeans, offenes Hemd. Aus heutiger Sicht fällt vor allem auf, was sie nicht trugen: Kopftücher, Schleier oder an die Frühzeit des Islam erinnernde Gewänder. Auch beschränkten sie ihre Forderungen auf Bürgerrechte. Von der Anerkennung ihrer religiösen Identität sprachen sie nicht. Denn die spielte für die meisten von ihnen bestenfalls eine Nebenrolle.

Die ersten religiös motivierten Demonstrationen fielen in die späten 1980er Jahre. Damals forderten arabischstämmige Migranten das Recht ein, in den Schulen eine ihrem Glauben entsprechende Kleidung zu tragen. Für das strikt laizistisch gesinnte Frankreich war das eine enorme Herausforderung. Das Zeitalter der Identitätspolitik hatte begonnen. Doch seinen Ursprung, schreibt der Politologe und Soziologe Jacques Donzelot in seinem Buch *Quand la ville se défait* (2006), hat es in der Weigerung vieler ethnischer Franzosen, die Araber, überwiegend Algerier, als vollständige Bürger anzuerkennen und ihnen entsprechende Chancen zu bieten. „Die jungen Migranten fühlten sich von der französischen Gesellschaft kaum aufgehoben. Integriert waren sie trotzdem – als Ausgeschlossene.“

Der Wandel der migrantischen Protestkultur in Frankreich spiegelt in nuce die Mechanismen, unter denen Islamismus generell gedeiht, in Europa ebenso wie in der arabischen Welt. Auf frappierende Weise erinnert er an die ersten islamistischen Regungen in Ägypten im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Das Land am Nil ist zu jener Zeit von den Briten besetzt. Zugleich macht es Bekanntschaft mit den frühen Regungen der Globalisierung und des Kapitalismus. 1869 wird der Suezkanal eröffnet. „Mein Land ist nicht länger ein Teil Afrikas. Ich habe es zu einem Teil Europas gemacht“, jubelt der ägyptische Regierungschef Ismail Pascha anlässlich der Feierlichkeiten.

## Elektrizität und Rausch

Was das bedeutet, zeigt sich zunächst in Port Said, der durch den Bau entstandenen Hafenstadt am nördlichen Ende des Kanals. Sie wird Ägyptens erste *global city*. „Man spricht schlechtes Italienisch mit den Arabern, noch schlechteres Griechisch mit den Franzosen und ein unmögliches Arabisch mit den Menschen aus Dalmatien“, notierte ein Zeitzeuge. Cafés und Orchestersäle werden eröffnet, doch unterhalb der Einrichtungen der Hochkultur entsteht ein zweites Port Said: das der Spelunken, des Glücksspiels, der Prostitution, der Rauschmittel. Port Said, schreibt ein englischer Beobachter, „ist der Ort, an dem Laster aus Ost und West gemeinsames Asyl finden“.

Auch in anderen ägyptischen und arabischen Städten hält die Moderne Einzug. Breite Straßen werden gebaut, dank der Elektrizität werden die Nächte heller. 1881 bringt der Publizist Abdallah Nadim eine neue Zeitschrift heraus, *al-Arghul*, *Die Flöte*. Dort schildert er das Elend der weniger Begüterten. „Nachdem er Alkohol getrunken, Haschisch geraucht und sein Bewusstsein verloren hat/nachdem er sich eine Nacht lang amüsiert und sein ganzes Geld verspielt hat/weiß der Trottel nun, was er getan hat“, heißt es über einen Tagelöhner.



Zwischen den Welten:  
am Suezkanal,  
1870 bei Port Said;  
in Algier 1925  
und 1910  
(Illustration);  
Proteste gegen  
Rassismus  
1983 in Paris



ABB.: POPPEFOTO/GETTY, ALBIN GUILLOT/ROGER VIOLETTE/GETTY, PHOTO12/UG/GETTY, DOMINIQUE FAGET/ARF/GETTY



Und noch etwas ist beunruhigend. In einer Geschichte skizziert Nadim das aufgeblasene Gehabe eines jungen Mannes, der mehrere Jahre in Paris verbracht hat. Als er zurückkehrt, will ihn sein Vater umarmen. Doch der junge Mann stößt ihn fort. Immer noch hätten die Muslime – „habt ihr Muslime“, sagt er – die abstoßende Angewohnheit, einander zu umarmen und zu küssen. Wie man sich denn sonst begrüßen sollte, fragt der verdutzte Vater. „Sagt einfach *bonne arrivée*, schüttelt euch die Hände, und das war's.“ Aber er sei ein ägyptischer Bauer und habe das nie verleugnet, erwidert der Vater. „Ob Bauer oder nicht, ihr Ägypter seid wie Vieh“, entgegnet der Sohn.

## Neben Antikolonialisten konvertierten Nationalisten und sogar Sozialisten

Die Ägypter entfremden sich dem eigenen Land. Zudem stehen sie unter der Herrschaft der Engländer. Was tun? Der 1883 im Iran geborene Theologe Dschamal ad-Din al-Afghani, einer der führenden Intellektuellen seiner Zeit, empfiehlt die Besinnung auf den Koran. Er sei das einzige Element, das die Völker des Mittelmeers zum Aufstand gegen die Besatzer zusammenhalte.

## Das stärkste Band

„Solange die Araber den Koran lesen, ist das religiöse Band stärker als das von Nationalität und Sprache“, schreibt al-Afghani in der Zeitschrift *Das stärkste Band*. Bemerkenswert: Es ist bis heute umstritten, ob der Weitgereiste ein wirklich gläubiger Muslim war. „Die Engländer halten mich für einen Russen, die Muslime sehen einen Zoroastrier in mir. Die Sunniten meinen, ich bin Schiit, und die Schiiten halten mich für einen Feind Allahs ... Die Deisten halten mich für einen Materialisten, die Frommen für einen Sünder bar jeder Frömmigkeit. Die Gebildeten sehen in mir einen ahnungslosen Ignoranten, und für die Gläubigen bin ich ein ungläubiger Sünder.“

Der Islamismus, zeigt sich bereits in einer seiner frühesten Regungen, kommt im Zweifel auch ohne den Glauben aus. Mehr vielleicht als alles andere ist er eine Protestbewegung, angepasst an eine bestimmte Kultur und später, in Zeiten der Migration, an ein bestimmtes Milieu. Er ist höchst flexibel und anpassungsfähig. Die 1960er Jahre, während derer er global an Fahrt aufnahm, verzeichnen die erstaunlichsten

Konversionen: Nationalisten, Antikolonialisten, selbst Sozialisten: Vertreter aller nur denkbaren Ideologien werden zu Islamisten. Rachid al-Ghannouchi zum Beispiel, der Führer der heutigen tunesischen Ennahda-Bewegung: Zunächst in säkularen panarabischen Bewegungen aktiv, entschied er sich anlässlich des Machtantritts von Präsident Habib Bourguiba für den Islam als Widerstandskraft. Mit seinem radikal säkularen Programm, fand er, untergrabe Bourguiba die Identität des Landes. Sich ideologisch neu zu orientieren war alles andere als einfach, berichtet al-Ghannouchi in der Rückschau. „Man geht von einer Welt in eine andere über, von einer Ideologie, einem Wertesystem zum anderen. Es ist eine brutale Metamorphose.“

## Tabu Rousseau

Und noch etwas bewog und bewegt arabische Aktivisten zur Konversion. Sie sehen im Islamismus die stärkste Kraft, um gegen die absolutistischen Regime ihrer Zeit anzugehen. Denn die Diktatoren tragen meist ein säkulares Gewand. In Ägypten legte ein laizistisch gesinnter Gamal Abdel Nasser die Grundlagen jenes Sicherheitsapparats, der bis heute dazu dient, Oppositionelle in den Kerkern des Regimes verschwinden zu lassen. In Syrien ging der junge, sich ebenfalls säkular gebende Hafiz al-Assad mit Brutalität gegen alle jene vor, die seine Herrschaft auch nur zu kritisieren wagten. Das waren vor allen die syrischen Muslimbrüder, die sich in den 1950er Jahren erstmals zusammenfanden. Und im Irak ließ Saddam Hussein ab 1979 alle dezimieren, denen er nicht trauen zu können glaubte. Vor allem auf die Schiiten hatte sich der weltlich gebende Diktator es abgesehen – also die Gruppe, die mit rund 60 Prozent den größten Teil der Bevölkerung ausmacht. Zu Hunderttausenden ließ er sie ermorden, es könnten bis zu anderthalb Millionen Menschen gewesen sein, vielleicht sogar mehr, die Schätzungen gehen auseinander.

Die Politik Saddams zeitigte ebenjenes Prinzip, das in den vergangenen Jahren auch dazu beigetragen hat, den religiösen Extremismus in Syrien voranzutreiben: Wer nur aufgrund seiner konfessionellen Zugehörigkeit bedroht ist, besinnt sich auf seine Religion, sucht Schutz bei seinen Glaubensbrüdern, anderswo gibt es keinen Schutz. Ob gläubig oder nicht, er ist gezwungen, sich religiös zu definieren. Werden Menschen allein aufgrund ihrer konfessionellen Zugehörigkeit gejagt und getötet, schnappt die religiöse Falle zu.

Zieht man die Gewalt ab, ist in gewisser Weise strukturell Vergleichbares auch in Frankreich passiert. Natürlich: Die jungen Araber waren nie bedroht. Aber zumindest in Teilen wurden sie ausgegrenzt. Diese Menschen formulierten ihre Reaktion in religiöser Sprache, einer Sprache, die sich dann zur Ideologie auswuchs. Dass unter ihnen nicht wenige sind, die überhaupt keine Chancen haben, passt ins Bild. Wenn der Islamismus sogar Sozialisten und Nationalisten hat bekehren können, dürfte er mit den in den Pariser Vorstädten Gestrandeten noch weniger Probleme haben. Drogen, Spielhallen, die Tristesse der Banlieues ebenso wie deutscher Vorstädte: Der Islamismus gedeiht auch in diesem Milieu. Soziologisch könnte man sagen, es geht um Verteilungskämpfe. Zu befürchten steht aber, dass es inzwischen um mehr geht, um kulturelle Identitäten. Werden die religiös begründet, lassen sie sich kaum mehr lösen. Der französische Philosoph Alain Finkielkraut berichtet in seinem Buch *L'identité malheureuse* (2013) von muslimischen Schülern, die sich weigern, die Werke von Jean-Jacques Rousseau oder auch Gustave Flauberts Roman *Madame Bovary* zu lesen. Das vertrage sich nicht mit ihrer Religion.

Wie geht man um mit solchen Verweigerern, wie begegnet man Menschen, die sich der Republik – der „gemeinsamen Sache“, wie der Begriff ja wortwörtlich zu übersetzen ist – verweigern? Hier zeigen sich die Spätfolgen ungelöster Anerkennungskämpfe: Sie haben sich auf die Religion verlegt. Glaubensfragen sind aber kaum verhandelbar. Mag also sein, dass der radikale Islam anfänglich nur eine Form war, in die bedrängte Muslime ihre Anliegen gossen. Was aber, wenn diese Form gehärtet ist?





Beiläufiger Insiderton: Bestsellerautor McEwan

# Kurz vor der Ohnmacht

**Justiz** Der neue Roman von Ian McEwan behandelt wieder die ganz großen Fragen. Nun steht eine Richterin vor einem Urteil über Leben und Tod

■ Tessa Hadley

Macht und Autorität üben eine unwiderstehliche Faszination auf viele Schriftsteller aus. Der britische Bestsellerautor Ian McEwan fühlt sich immer wieder fasziniert von den großen Institutionen: In *Saturday* war sein Protagonist ein angesehener Neurochirurg, in *Solar* ein Physiknobelpreisträger. In *Honig* war es eine MI5-Agentin, und in seinem neuen Roman *Kindeswohl* ist es eine Richterin am High Court von London. Früher oder später dürfte McEwan auch ein Buch über Politiker schreiben oder vielleicht über die Finanzwelt. Aus den Danksagungen in sei-

nen Romanen spricht aufrichtige Bewunderung für die jeweiligen Experten, die er befragt hat, und sein Umgang mit Details aus deren Welten ist klug. Er versteht es, einen beiläufigen Insiderton anzustimmen. Ob tatsächlich Eingeweihte das auch finden – was sagen Klimaforscher zu *Solar* oder Geheimagenten zu *Honig*? –, spielt keine Rolle, denn Experten sehen den Wald vor lauter Bäumen ohnehin oft nicht. McEwans Ehrgeiz besteht darin, diesen Wald zu zeigen. Das meint: die komplexen Wirkungsweisen institutionalisierter Macht. Sein Interesse an der Arbeit von Richterin Fiona Maye springt den Leser förmlich an: „Im Familienrecht wimmelte es von seltsamen Unterscheidungen, unerwarteten Widerlegungen, intimen Halbwahrheiten, exotischen Anschuldigungen ... es galt feinkörnige Eigentümlichkeiten von Lebensverhältnissen in Windeseile berücksichtigen zu können.“ Die Romanhandlung setzt damit ein, dass eine private Krise Fiona aus ihrem Karriere-trott reißt. Ihr Ehemann Jack, Professor für Alte Geschichte, der ihr stets ein treuer und liebevoller Begleiter gewesen ist, verkündet,

dass er eine Affäre haben möchte, und zwar mit einer 28-jährigen Statistikerin. Fiona und Jack sind Ende 50 und kinderlos. Er klagt, ihre Beziehung sei zu „nett und gemütlich“, sie verhielten sich eher wie Geschwister als wie ein Liebespaar und hätten seit „sieben Wochen und einem Tag“ keinen Sex mehr gehabt. Jack möchte Fiona nicht hintergehen, geschweige denn verlassen, er wünscht sich bloß, einmal im Leben eine „große leidenschaftliche Affäre“ zu haben. „Ekstase, bis kurz vor der Ohnmacht – kannst du dich daran erinnern?“ Fiona ist schwer gekränkt und empört. Als er auf seinem Wunsch beharrt, wirft sie ihn hinaus und lässt das Schloss der Wohnungstür austauschen. Auch Jack wird gedemütigt und steht nach wenigen Tagen zerknirscht wieder auf der Matte. Doch der Friede der Ehe ist nun so erschüttert wie Fionas Vertrauen in sich selbst und in ihre Arbeit.

### Geradezu heroisch

Die Geschichte wird in der dritten Person, aber konsequent aus Fionas Perspektive erzählt. Ihre Gedanken kreisen meist um ihre Tätigkeit als Richterin. Nun würde ein realistischer Romancier – und am Anfang kommt das Buch wie ein realistischer Roman daher – üblicherweise gerade so viele berufliche Fragmente einflechten, dass die Erzählung authentisch wirkt, während sein Hauptaugenmerk auf dem Gefühls- und Beziehungsleben der Heldin läge.

Es heißt ja, die Form des Romans eigne sich besser, um subjektive Wahrnehmung zu schildern, als dazu Ideen oder abstrakte Argumente zu vermitteln. Doch geradezu heroisch wirft McEwan diese Regel über Bord. Eine Abfolge besonderer Fälle aus dem Familienrecht, mit all ihren faszinierenden Einzelheiten, juristischen Grundlagen und mit den großen Fragen, die sie aufwerfen, durchzieht den Roman als fester Bestandteil von Fionas Denken. Es gibt auch noch andere Exkurse, etwa zu Salzwiesen als Schutz gegen Überschwemmungen an der Küste, zur apokalyptischen Zukunftsvision eines Geologen oder zu Justizirrtümern.

Diese Entschlossenheit, die Handlung mit komplexen Themen und Argumenten anzureichern, sei gelobt, denn es gibt viel zu wenig Gegenwartsliteratur, die Arbeit, auch Gedankenarbeit, ernst nimmt. Allerdings lassen die Exkurse den Erzählfluss in *Kindeswohl* immer wieder stocken, und zugleich wird Fionas Privatleben nie so interessant wie ihre juristischen Dilemmata.

Erwartungsgemäß platzt in ihre Ehekrise eine besondere berufliche Herausforderung hinein: Fiona muss eine Notfallanordnung aussprechen, weil ein 17-jähriger Zeuge Jehovas eine lebensrettende Bluttransfusion verweigert. Als sie den Jungen im Krankenhaus besucht, ist sie hingerissen von seiner Schönheit und seinem Talent. Der Junge schreibt Lyrik im Geist William Blakes und spielt ihr auf der Geige vor – sie singt dazu. Diese Szene am Krankenhausbett wirkt eher wie ein Tableau oder eine Allegorie als wie echtes Leben, auch der Junge ist mehr Symbol- als Romanfigur. „Vor allem strahlte er Unschuld aus, eine frische, reizbare Unschuld, eine kindliche Offenheit.“

Fiona Mayes Urteil wird uns über mehrere Seiten hin präsentiert: „Diese Entscheidung war nicht leicht zu treffen. Ich habe A.s Alter im gebotenen Maß in die Gewichtung einbezogen, ebenso die Rücksicht auf seinen Glauben und die Menschenwürde, die sich auch auf das Recht erstreckt, eine Behandlung zu verweigern.“

Und ihr Urteil hat Folgen, die sie in Verwirrung und Selbstzweifel stürzen. Die bisher strikte Trennung zwischen ihrem privaten Ich und ihrer öffentlichen Funktion als Instrument eines unparteiischen Rechtssystems wird brüchig.

Ein praller Romanstoff, sollte man meinen. Das Problem ist aber, dass McEwans Prosa Fionas Erlebnisse weniger nachzeichnet, sondern unbeeindruckt zusammenfasst. Als Ehemann Jack von seinem gescheiterten Abenteuer zurückkehrt, heißt es lapidar, sobald er die Wohnung der anderen Frau betreten habe, hätte er sich „blödsinnig verpflichtet gefühlt, fortzufahren mit dem, was er begonnen hatte.“ – „Und je mehr ich mich in die Enge getrieben sah, desto klarer wurde mir, was für ein Idiot ich war, all das aufs Spiel zu setzen, was wir haben, was wir uns geschaffen haben, diese Liebe, die –“

An dieser Stelle bricht Jack zum Glück ab, oder Fiona hört ihm nicht weiter zu. Seine Worte sind so armselig und unzureichend

wie unsere Formulierungen häufig in Wirklichkeit. Und wir erwarten, dass der Romancier den Rest besorgt, dass er uns all das erzählt, was die Protagonisten selbst nicht sagen können – über ihr Älterwerden, ihr schales Intimleben, ihre Kinderlosigkeit, ihre dennoch anhaltende Liebe zueinander –; und davon, wie sich verletzliche Privatperson und öffentliche Machtfunktion in die Quere kommen.

Was wir wollen, sind „seltsame Unterscheidungen, unerwartete Widerlegungen, intime Halbwahrheiten, exotische Anschuldigungen, ... feinkörnige Eigentümlichkeiten von Lebensverhältnissen“; doch die bekommen wir nicht. Stellenweise, wenn die Ehepartner „einander angespannt umschleichen“, gewinnen die Schilderungen an Schärfe, aber zumeist sind sie so nüchtern, als schriebe Fiona selbst das Buch: „Dann wurde ihr klar, wie sich Jacks Rückkehr für sie anfühlte. Ganz einfach. Sie war enttäuscht, dass er nicht fortgeblieben war. Nicht einmal ein bisschen länger. Das war alles. Enttäuschung.“

### Rasseln und Rumpeln

Wie gewohnt fährt McEwan dann schweres Geschütz auf, um den moralischen Höhepunkt seiner Geschichte zu inszenieren. Es rasselt und rumpelt in den Kulissen, und hinter dem Vorhang werden die Aufbauten in Position geschoben. Der Eindruck von Realismus weicht dabei mehr und mehr dem Gefühl, sich im Räderwerk einer Parabel zu befinden. Doch zumindest wird uns diesmal besser ertragen als in *Saturday*, wo der gottgleiche Arzt seinen brutalen Gegner mithilfe von Lyrik besiegte und ihm dann noch das Leben rettete. In *Kindeswohl* wird zwar ebenfalls wieder die Macht der Poesie und der Musik beschworen, aber subtiler: Anstatt das Vertrauen der Richterin in die eigene Autorität zu stärken, scheint sie es im Lauf der Handlung zu überschatten.

**Kindeswohl** Ian McEwan Diogenes 2015, 224 S., 21,90 €

Tessa Hadley ist Schriftstellerin und lebt in Cardiff. Zuletzt erschien der Roman *Clever Girl* Übersetzung: Michael Ebmeyer

ANZEIGE

**XX.**  
Internationale  
**Rosa Luxemburg**  
Konferenz

■ DIE TAGESZEITUNG  
**junge Welt**  
www.rosa-luxemburg-konferenz.de  
www.jungewelt.de

■ Lesen Sie am Mittwoch, 28. Januar in *junge Welt* 16 Seiten extra

# FRIEDEN STATT NATO

Mit Beiträgen u.a. von:

- **OSKAR LAFONTAINE** (Politiker und Publizist): »Linkspartei – Haltelinie Kriegseinsätze«
- **RADHIKA DESAI** (Ökonomin, Kanada): »Gibt es einen neuen Kalten Krieg?«
- **OTTO KÖHLER** (Publizist): »Ja, ich bin es, Thersites – Schmärer aller Kriege, ihrer Feldherren, ihrer Propagandisten und ihrer Professoren«
- **PETER MERTENS** (Vorsitzender Partei der Arbeit, Belgien): »Alte und neue Rechte in Europa«
- **LINN WASHINGTON** (Journalist und Professor, USA): »Medien & Demokratie – Wahrheit verteidigen oder Propaganda verbreiten?«
- **SHARON DOLEY** (Regionale Friedens- und Abrüstungsbewegung in Israel): »Naher und Mittlerer Osten frei von Massenvernichtungswaffen: Hindernisse und Hoffnungen«



■ Christof Forderer

Nicht erst mit der Terrorgefahr wächst das Sicherheitsbedürfnis unserer Gesellschaft. In den Debatten, für die auch Wortneuschöpfungen wie Lebensmittelsicherheit oder Energiesicherheit symptomatisch sind, zeichnet sich laut Frédéric Gros' *Politisierung der Sicherheit* die bislang letzte Metamorphose des Strebens der Menschheit nach einem geschützten Leben ab. Gros, Philosoph und Foucault-Spezialist – er gehört zu den Herausgebern seines Nachlasses –, untersucht das *Principe Sécurité* (so der Titel der französischen Originalausgabe) in einem langen, heterogenen Zeitraum zwischen der Antike und unserer eigenen Gegenwart. Geschichte fasst er dabei ähnlich wie Michel Foucault als diskontinuierliche Abfolge von Diskursen: Unterschiedliche „Sinnherde“ hätten das Verständnis von Sicherheit in den verschiedenen Epochen in jeweils anderer Bedeutung aufleuchten lassen. Neu sei heute, dass das Fließen der Daten-, Energie- und Warenströme gewährleistet werden müsse.

Gros ist ein interdisziplinär geschulter Denker, der seine Überlegungen in ein weites Panorama einbettet, das philosophische, historische und politikwissenschaftliche Aspekte umfasst. Man ahnt es: Frühere Jahrhunderte hatten komplett andere Vorstellungen, wenn sie an Sicherheit dachten. In der Antike soll Sicherheit sogar mit Risikobegrenzung überhaupt nichts zu gehabt haben. Der französische Philosoph leitet – vielleicht ein wenig voreilig – aus dem Bedeutungsgehalt des lateinischen Worts *securitas* ab, dass im antiken Rom Sicherheit in der Zitadelle des eigenen Bewusstseins gesucht wurde und den Zustand geistig-psychischer Ruhe (*ataraxia*) meinte, den die Stoiker und Epikureer mit ihren „Selbstpraktiken“ anvisierten.

### Aus dem Traumhaus

Ausgerechnet in den religiösen mittelalterlichen Gesellschaften sieht Gros ein radikal den Lebensverhältnissen zugewandtes Sicherheitsparadigma aufbrechen. Das „Traumhaus Sicherheit“ (Stefan Zweig) sollte nun das Welthaus selbst sein. Noch in der kommunistischen Vision einer klassenlosen Gesellschaft wirkt diese Auffassung nach. Die ersten Akteure dieser „Objektivierung“ der Sicherheit seien jene Strömungen gewesen, die unter Berufung auf biblische Prophezeiungen ein egalitäres 1000-jähriges Reich, das der Apokalypse vorausgehen solle, erwarteten.

Mitunter brandschatzend und massakrierend, versuchten sie einem „Sonntag der Geschichte“ – dem wiedergefundenen Paradies einer real existierenden Gefahrenlosigkeit – den Weg zu bahnen. Zum politischen Phänomen im eigentlichen Sinn, sagt Gros, wurde die Sicherheit in der Frühen Neuzeit. In den Gesellschaftsvertragstheorien von Thomas Hobbes, John



FOTOS: YASUVOSHI CHIBA/AFP/GETTY IMAGES, PRIVAT (UNTEN)

# Ruhe, bitte

**Soziologie** Frédéric Gros untersucht den Wandel des Sicherheitsdenkens

„Ordem e Progresso“: Präsentation neuer Polizeiuniformen 2014 in Rio de Janeiro

Locke und Jean-Jacques Rousseau werden Sicherheit und Staat zusammengedacht. Der neuzeitliche Staat definierte sich als Garant von Sicherheit und vollzieht diese Funktion seitdem in der Rolle des Richters (Garant der Grundrechte), des Polizisten (Beschützer von Leben und Eigentum) und des Soldaten (Beschützer des nationalen Territoriums).

Gros zeigt, wie der Staat sich im Spannungsfeld dieser drei Rollen nahezu zwangsläufig immer wieder in Widersprüchlichkeiten verfängt. Die juristische

Sicherheit beispielsweise wird nicht nur in Zeiten des „Ausnahmestaates“ schnell zum Opfer der polizeilichen Sicherheit. Gros übersieht nicht, dass der neuzeitliche Staat selbst ein beträchtliches Sicherheitsrisiko darstellen kann (Stasi, das Kürzel, zu dem in der DDR die Wortverbindung von Staat und Sicherheit zusammengeschumpft ist, ist ein deutlicher Ausdruck dafür). Im 20. Jahrhundert sind beispielsweise mehr Menschen Opfer ihres eigenes Staats als Opfer fremder Staaten bei kriegerischen Auseinandersetzungen geworden (35 Milli-

onen gegenüber 165 bis 170 Millionen), auf die asymmetrischen Kriege der Gegenwart geht er allerdings nicht ein, seine Diskussion des Staats endet mit dem Kalten Krieg.

Gleichwohl verbindet Gros mit der neuzeitlichen Synthese von Staat und Sicherheit etwas Positives: Die Gewährleistungen des neuzeitlichen Staats eröffnen für ihn viel mehr als das nivellierte „Herdenglück“ (Nietzsche) eines friedlichen Überlebens. Sie institutionalisieren die Möglichkeit, seine Freiheit als gestaltende Potenz in das Gemeinwesen einzubringen.

Vor dem Hintergrund dieser neuzeitlichen Zurüstung des Staats zum Sicherheitsgeber und der damit verbundenen Ermächtigung des Individuums zum politischen Subjekt muss Gros es als Entpolitisierung sehen, wenn Sicherheit auf die Störungsfreiheit und Kontrollierbarkeit von Prozessen zielt. Nicht mehr der Bürger, sondern die „Bevölkerung“ und die „Ströme“, die zu deren Gedeihen nötig erscheinen, stehen im Zentrum. Die Anfälligkeit dieser Konstellation kann der Terrorismus ausnutzen, leider entwickelt Gros diesen Gedanken nur beiläufig.

### Im antiken Rom wurde „securitas“ in der Zitadelle des Bewusstseins gesucht

Andererseits anerkennt er, dass das neue Sicherheitsparadigma – er fasst es unter dem etwas missverständlichen Namen Biosicherheit zusammen – eine humanitäre Care-Politik begründen kann. Gleichzeitig hat es für ihn mehr als zweifelhafte Auswirkungen auf ein gesichertes Leben. Zum einen, deutet Gros an, bringt die Sorge um Fluidität den Zwang zu einer umfassenden Vernetztheit und ständigen Erreichbarkeit mit sich. Die *securitas* eines zurückgezogenen Lebens, wie sie in der Sicherheitsauffassung der Antike ihr goldenes Zeitalter erlebt hatte, ist so kaum mehr realisierbar.

### Wie schlau sind die Märkte?

Eine zweite Konsequenz ist noch verhängnisvoller. Das aktuelle Sicherheitsparadigma hat eine seiner wirkungsmächtigsten Anwendungen in dem neoliberalen Zutrauen an die Weisheit der Märkte. Einem ökonomischen Denken, das an „sichere“ Resultate nur dann glaubt, wenn das „Strömen“ der Globalwirtschaft der freien Selbstregulierung überlassen bleibt, müssen Eingriffe, vermittels derer ein gesellschaftspolitischer Gestaltungswille auf die Gefährdung von Existenzen reagiert, als ein abzuwehrendes Sicherheitsrisiko erscheinen.

Angesichts der zerstörerischen Konsequenzen einer sich selbst überlassenen Marktwirtschaft droht so paradoxerweise die Sicherheit selbst (wenn sie, nach aktueller Maßgabe, als ungestört ablaufender Prozess verstanden wird) zum Vollzugsmodus einer Katastrophe zu werden.

**Die Politisierung der Sicherheit. Vom inneren Frieden zur äußeren Bedrohung** Frédéric Gros Matthes & Seitz 2014, 310 S., 24,90 €

# „Dekonstruktion ist ja nicht Destruktion“

## Im Gespräch Der Philosoph Rachid Boutayeb über Islam, Sexualität und Sprache – und seine Idee der solidarischen Kritik

**Der Freitag: Herr Boutayeb, „Orgasmus und Gewalt“ ist Ihr zweites Buch über den Islam. Warum interessieren Sie sich für solche Fragen?**

**Rachid Boutayeb:** Es gibt verschiedene Gründe. Sie haben mit meiner eigenen Biografie zu tun und sich aus meinen Lebenserfahrungen in einer pluralistischen Gesellschaft hier in Deutschland ergeben. Ich sah mich gezwungen, mich tiefgründig und zugleich kritisch mit dem Islam auseinanderzusetzen. Das Büchlein ist ein Stein in einem größeren Projekt mit dem Ziel der „Dekonstruktion des Islam“. Dekonstruktion ist ja nicht Destruktion. Und ich möchte mich auch nicht mit der Wiederaufbereitung der Klischees in den westlichen Medien begnügen. Meine Herangehensweise ist unvoreingenommen, gleichzeitig entlarvt sie die Momente der Gewalt im religiösen Text und im religiösen Erbe, ohne die Religiosität als solche in Frage zu stellen. Die Religiosität bleibt eine wichtige

Dimension des menschlichen Lebens. Sie zu leugnen ist eine der großen Schwächen der Moderne. Mit anderen Worten: Ich strebe eine solidarische Kritik an, eine Kritik, die den Horizont der Pluralität erweitert und nicht begrenzt. Die Toten rächen sich, nicht zuletzt deshalb brauchen wir die Dekonstruktion. **Sie kritisieren den Monotheismus und gleichzeitig verteidigen Sie die Religiosität. Besteht darin nicht ein Widerspruch?** Natürlich, wenn Sie meine Worte als moderner Geist oder als ein traditioneller Muslim oder Christ lesen, finden Sie darin nichts als Widersprüche. Meine Widersprüche sind aber Ausdruck einer geistigen Unruhe, die sich mit der herrschenden Wahrheit nicht versöhnen will. Gewiss ist die Religiosität nicht auf den Monotheismus zu reduzieren. Deshalb ist eine der Aufgaben der Dekonstruktion des Islam, nicht den Islam als solchen zu verteufeln, sondern eher einen bestimmten Islam oder

besser gesagt eine engstirnige Lesart, die die Frau, den Sohn und den Fremden und dadurch die Dimension der Zeit marginalisiert und unterdrückt, bloßzustellen. Der eigentliche Islam ist, was wir leben, und nicht, woran wir glauben. Der Glaube in sich ist lediglich ein winziger Teil des Lebens. **Sie beschreiben die Frau innerhalb der islamischen Gesellschaften als ein orgasmusloses Wesen. Starker Tobak. Gilt das auch für die Frau in der kapitalistischen Gesellschaft?** Ich beschreibe nur, was ich sehe und erlebe. Deshalb kann ich nicht behaupten, dass die Frau innerhalb des Kapitalismus dasselbe Schicksal erleidet wie in einer religiös geprägten Gesellschaft. Der Kapitalismus hat viele emanzipatorische Seiten, aber auch sie sind mit Vorsicht zu genießen. Er hat nicht die Frau als Person, sondern ihre Arbeitskraft befreit. In dieser Hinsicht ist der Kapitalismus auch eine orgasmuslose Gesellschaft. Damit man mich nicht falsch ver-



**Rachid Boutayeb** wurde 1973 in Meknès, Marokko, geboren. Er studierte Islamwissenschaften in Rabat sowie Philosophie und Soziologie an der Philipps-Universität Marburg. Boutayeb war Kulturkorrespondent bei der panarabischen Zeitung *Al-Hayat* in London. *Orgasmus und Gewalt: Minima islamica* ist Ende 2014 bei Alibri erschienen (96 Seiten, 9 €)

steht: Eine orgasmuslose Gesellschaft ist nicht eine Gesellschaft ohne Sex, sondern eine Gesellschaft ohne Lebensfreude, wo die Sexualität nicht mehr als eines von den vielen Konsumgütern darstellt und keinen Teil der menschlichen Identität. Der Sex hat in der kapitalistischen Gesellschaft seine emanzipatorische Natur verloren. Wir brauchen eine zweite sexuelle Revolution, die das Perverse gegen das Reine und Käufliche fordert. **Wie definieren Sie das islamische Subjekt?** Wenn man unbedingt das islamische Subjekt zu definieren sucht, dann ist es unabdingbar, seine Beziehung zu den religiösen Autoritäten zu analysieren. Es handelt sich, kurz und bündig, um ein Subjekt, das nicht spricht. Hierin liegt der Grund der Krankheit der islamischen Gesellschaften unserer Zeit. Die Sprachfähigkeit ist mit der Freiheit tief verbunden. Die Bedingung der Sprache ist Freiheit. Wer ein Sklavenleben führt, unterscheidet sich nicht

vom Tier. Auch Tiere rebellieren gegen Willkür. Das islamische Subjekt ist von der Angst besessen. Es handelt sich um eine tief verankerte Angst, die mit einem dogmatischen Verständnis der Religion, aber auch mit dem orientalischen Despotismus zusammenhängt. Diese Angst zu dekonstruieren, hat das islamische Denken bislang versäumt. Weil es nicht in der Lage war und ist, über sich hinauszuwachsen. **Was heißt das, „über sich hinauswachsen“?** Es geht wieder um Sprache. Das islamische Denken verschweigt die tatsächlichen Probleme der Gesellschaft. Wenige muslimische Denker haben sich bislang Gedanken über den muslimischen Menschen, seinen Alltag, seinen Körper, seine Sexualität, kurz gesagt: über sein Leben gemacht. Das sollte sich ändern.

Das Gespräch führte **Mohammed Khallouk**



# Partei ist immer echt

**Werkschau** Die Dokumentarfilmerin Helga Reidemeister wird 75 und nimmt Abschied von Afghanistan. Porträt einer Künstlerin, die nicht nur beobachtet

■ Fabian Tietke

Räume voller Scherben. Fragmente von Statuen, zerbrochene Ornamente, ausgebreitet auf weißen Papierbahnen mit der Aufschrift „USAID“. Forscher, die langsam zwischen diesen Scherben umherwandeln und versuchen, aus den Trümmern das kulturelle Erbe Afghanistans zusammenzuklauben. Mehr als 35 Jahre Krieg und der Kulturkampf der Taliban haben an vielen Stellen keinen Stein auf dem anderen gelassen.

Die Szenen zu Beginn von *Splitter Afghanistan* sind durchaus programmatisch. In ihrem neusten, dritten Dokumentarfilm über Afghanistan sammelt Helga Reidemeister Bruchstücke des afghanischen Lebens auf. Anders als in *Mein Herz sieht die Welt schwarz – Eine Liebe in Kabul* von 2009 fügen sich die Elemente nur noch vereinzelt zu einer Geschichte.

Der größte thematische Block des neuen Films widmet sich der Arbeit mit Kriegsversehrten, zeigt eine Physiotherapeutin, die über den Verlust der eigenen Beine zur gefeierten Vorreiterin der Behandlung von Minenopfern wurde, und dokumentiert das Werk Alberto Cairos, eines italienischen Mediziners und ehemaligen Anwalts, der in Kabul ein Zentrum zur Versorgung von Kriegsopfern aufgebaut hat.

*Splitter Afghanistan* vereint Material aus acht Aufenthalten der Regisseurin in Afghanistan von 2002 bis 2011 – die sich verschlechternden Bedingungen über den Entstehungszeitraum hinweg haben sich in das Werk eingeschrieben. Im Presseheft berichtet Helga Reidemeister, wie sie Protagonisten des Vorgängerfilms erneut getroffen hat und diese sie gebeten haben, „sie nie wieder zu besuchen, weil es für sie zu gefährlich geworden war, ausländische Gäste zu haben“. Die Erfahrung wiederholt sich. Als Reidemeister einem Jungen, der in Alberto Cairos Kabuler Zentrum behandelt wird, in den Süden Afghanistans folgt, wird dem Team schnell erklärt, dass es unerwünscht sei.

Wenn am Anfang des Films Helga Reidemeisters Stimme zum ersten Mal beginnt, den Kommentarton zu sprechen, irritiert der ungewohnt pädagogische Tonfall. Im weiteren Verlauf weicht dieser Eindruck einer großen Melancholie. Immer wieder wird deutlich, dass *Splitter Afghanistan* das Dokument eines Endes ist. Reidemeister nimmt Abschied von Afghanistan.

Mit *Mein Herz sieht die Welt schwarz* war der Regisseurin noch einer der wenigen klugen Filme zu Afghanistan und seinen Kriegen gelungen. In ihrem Porträt eines jungen Paares, das gegen alle Widerstände an seine Liebe glaubt, hatte Reidemeister durch dieses Bild hindurch eine Welt erschlossen, die mehr als zehn Jahren Berichterstattung über Afghanistan zum Trotz noch immer unverständlich scheint.

## Märkisches Viertel

Erschlossen, nicht erklärt. Das hat Helga Reidemeisters Film unterschieden von vielen anderen Versuchen einer Annäherung an die komplexe Geschichte des Landes. Ausgehend von der Geschichte des Paares gewährt *Mein Herz sieht die Welt schwarz* Einblicke in die Konflikte und das Denken der afghanischen Gesellschaft, in den Pateralismus, ins Leben und Brechen mit der Tradition. Der Film lässt absichtlich Fragen offen. Dieser Ansatz, ein soziales Gefüge zu entwerfen, ohne oberflächliche Erklärungen zu liefern, verbindet *Mein Herz sieht die Welt schwarz* mit frühen Arbeiten von Reidemeister – entstanden mit Bewohnerinnen und Bewohnern des damals neu gebauten Märkischen Viertels in Berlin.

In *Der gekaufte Traum* (1974–77) und *Von wegen „Schicksal“* (1978/79) geht es ebenso um das Ausloten familiärer Beziehungen und um den kollektiven Umgang mit Konflikten. Mit der Arbeit an *Der gekaufte Traum* begann Reidemeister, als sie Sozialarbeiterin in der neu entstehenden Berliner Großwohnsiedlung war. Sie verschaffte einer Familie mehrere Super-8-Kameras, um den Leuten die Möglichkeit zu geben, Alltag selbst zu dokumentieren. Als Reidemeister 1973 ihr Studium an der Deutschen



FOTO: SZ PHOTO

Forscht über den kollektiven Umgang mit Konflikten: Reidemeister, 1987 in Köln

Film- und Fernsehakademie (DFFB) aufnahm, brachte sie dieses Projekt mit ein und montierte aus dem gedrehten Material ihren ersten Dokumentarfilm.

*Von wegen „Schicksal“* ist dann Reidemeisters Abschlussarbeit an der DFFB geworden. Der Film dokumentiert die Selbstbefreiung seiner Protagonistin – Irene Rakowitz, die sich von ihrem Mann Richard scheiden lässt, der fortan im selben Hochhaus ein paar Stockwerke tiefer wohnt. In bewusster Abweichung von der vorherrschenden Dokumentarfilmtheorie der Zeit nahm Reidemeister nicht die Rolle der unbeteiligten Beobachterin ein, sondern ent-

wickelte den Film gemeinsam mit Irene Rakowitz und räumte ihr das Recht ein, den Film zu verbieten, wenn sie mit der Darstellung nicht einverstanden sein sollte.

Das verhinderte aber nicht, dass *Von wegen „Schicksal“* und die Haltung seiner Autorin anfangs als voyeuristisch gebrandmarkt wurden. Über den Film brach eine Debatte aus, die sich bald vom konkreten Gegenstand entfernte und um die Frage ging, wie sich Dokumentarfilmemacher zu den von ihnen gedrehten Protagonisten verhalten sollen. Beobachten oder Partei ergreifen, einfühlen oder kritisch befragen? Nach Abschluss des DFFB-Studiums drehte Helga

Reidemeister eine Dokumentation über ihre Schwester, Filme über Karola Bloch und Rudi Dutschke, mit dem sie ab 1970 in einer Wohngemeinschaft lebte – in der Berliner Wohnung, in der sie heute noch zu Hause ist. 1987, zwei Jahre vor dem Fall der Mauer, untersuchte sie in *DrehOrt Berlin* das Leben in Berlin auf beiden Seiten der Mauer. Es folgten drei Werke über die Wende: die Kollektivproduktion *Im Glanze dieses Glückes* (1990), *Rodina heißt Heimat* (1992) und *Lichter aus dem Hintergrund* (1998). In Letztgenanntem wird der Fotograf Robert Paris porträtiert.

## Wie Glück möglich ist

2001 widmete sich Reidemeister in einem Film den Insassinnen des Frauengefängnisses Götteszell. Ihre Arbeiten blieben, allen Debatten zum Trotz, parteiisch, ohne deswegen vorhersehbar zu sein. Sie erkundeten Standpunkte eher aus der Sympathie zu ihren Figuren heraus, fragen, ob die Menschen so frei und glücklich sind, wie es die Umstände erlauben. Die Kritik dieser Umstände, die in vielen Filmen Reidemeisters vorkommt, entwickelt sich folglich auch eher aus der Beschreibung der jeweiligen Unfreiheiten und Zwänge.

13 Filme in 40 Jahren, viel ist das nicht. Die Produktionsbedingungen für Dokumentationen, wie Helga Reidemeister sie dreht, sind nicht gut und waren es eigentlich nie. Hervorgebracht wurde dennoch etwas, unter den 13 Werken sind einige, die Helga Reidemeister zu einer der wichtigsten deutschen Dokumentarfilmemacherinnen gemacht haben. Anlässlich ihres 75. Geburtstags am 4. Februar haben die Deutsche Kinemathek und der Berliner Basis-Film Verleih deshalb eine überfällige Werkschau organisiert.

**Splitter Afghanistan** kommt am 22. Januar ins Kino. Im Berliner Arsenal wird am 26. Januar die restaurierte Fassung von **Von wegen „Schicksal“** vorgestellt. Die Werkschau (1. Februar bis 29. März) findet im Bundesplatz-Kino in Berlin-Wilmersdorf statt

ANZEIGE

## der Freitag jeden Donnerstag frei Haus – mit 12 % Ersparnis!

**Krimi „Walküre-Alarm“**  
Berlin, 1966. Ein neuer Fall für Kommissar Tom Sydow. In der Gedenkstätte Plötzensee wird der Leichnam eines erhängten Mannes entdeckt. Kurz darauf ereignet sich der nächste Mord. Ein Wettlauf gegen die Zeit beginnt...  
Von Uwe Klausner, 264 Seiten



**Kalamata Olivenöl, 500ml**  
Mild und fruchtig im Geschmack, mit einem grasigen Nussaroma – das hausgemachte Kalamata Olivenöl von unserem Partner Pikilia in Berlin. Kalt gepresst und im Fass gelagert, ohne chemische Zusatzstoffe und Pestizide. 500ml



**DVD „Das Venedig-Prinzip“**  
Ein Hohelied auf die letzten Venezianer, ihren Witz und ihr Herz. Mit ihren Augen blicken wir in dieser Dokumentation auf eine immer noch grandiose Stadt, welche unter Massentourismus und Spekulation beinahe zusammengebrochen ist. 80 Spielminuten



Coupon bitte hier ausschneiden, ausfüllen und per Post senden an den Freitag Kundenservice, Postfach 11 04 67, 20404 Hamburg

☒ **Ja, ich möchte den Freitag ein halbes Jahr lang selbst lesen oder verschenken!**

Ich lese bzw. verschenke den Freitag zum Vorzugspreis von zzt. nur 3,35 € statt 3,80 € – das entspricht 87,10 € für 26 Ausgaben. Ich spare dabei fast 12 € gegenüber dem Einzelkauf am Kiosk und erhalte ein Geschenk meiner Wahl gratis dazu. Der Freitag erscheint jeweils donnerstags. Ich gehe kein Risiko ein, denn nach einem halben Jahr kann ich den Freitag jederzeit abbestellen. Eine kurze schriftliche Information per E-Mail an [service@abo.freitag.de](mailto:service@abo.freitag.de) oder per Post an den Freitag Kundenservice, PF 11 04 67, 20404 Hamburg genügt.

**Das Abonnement ist:**

☐ **Ein Geschenk** (DFEW0119)

☐ **Für mich** (DFEW0118)

**Meine Adresse:**

Vor-/Nachname		Geburtsdatum	
Straße/Hausnummer			
PLZ	Ort		
E-Mail			
Telefon			

**Ich zahle bequem per SEPA-Lastschriftmandat (Gläubiger-Identifikationsnummer: DE83ZZZ00000815700):**

Kontonummer oder IBAN	Bankleitzahl (bei IBAN nicht erforderlich)
-----------------------	--

**Adresse der/des Beschenkten:**

(Bitte nur ausfüllen, wenn Sie das Abonnement verschenken möchten.)

Vor-/Nachname		Geburtsdatum	
Straße/Hausnummer			
PLZ	Ort		

**Zum Dank für meine Bestellung erhalte ich:**

☐ Krimi „Walküre-Alarm“ ☐ Kalamata Olivenöl ☐ DVD „Das Venedig-Prinzip“

☐ Ja, ich möchte weitere Informationen und Angebote per E-Mail oder Telefon vom Freitag erhalten. Diese Einwilligung kann ich jederzeit widerrufen.

Datum	Unterschrift
-------	--------------

Ich ermächtige den Verlag, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verlag auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belastenden Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.



# Kabel verbinden

**Codes** „The Imitation Game“ feiert Computerpionier Alan Turing, dessen Entschlüsselung deutscher Funksignale den Zweiten Weltkrieg verkürzte

■ Mark Kermode

Passst du auf?“, flüstert Benedict Cumberbatchs Alan Turing in der Eröffnungssequenz. Dem Zuschauer bleibt kaum etwas anderes übrig; Morten Tyldum, der sich mit dem (in der Tonlage ganz unterschiedlich gelagerten) Film *Headhunters* für diese Regie empfahl, bietet jede Menge Nervenkitzel um Krieg und Geheimcodes auf. Der fesselnde, eindringlich-melancholische Thriller des Norwegers erzählt eine Geschichte über den wackeren Einfallsreichtum der Briten – getrübt von der bitteren Erkenntnis, dass Turing, wie Ex-Premier Gordon Brown es einmal formulierte, „etwas so viel Besseres verdient“ gehabt hätte.

Der Mathematiker und Pionier auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz, der nach dem Krieg wegen „grober Unzucht“ verurteilt worden war und postum erst im Dezember 2013 rehabilitiert wurde, hat den Verlauf des Kriegs entscheidend verändert. Das bewahrte ihn allerdings nicht davor, verhaftet, gedemütigt und einer „chemischen Kastration“ unterzogen zu werden. Er starb 1954, vermutlich hatte er von einem vergifteten Apfel abgebissen.

Trotzdem handelt es sich bei *The Imitation Game*. Ein streng geheimes Leben nicht um eine Tragödie. Vielmehr feiert das Werk Turlings außergewöhnliche Leistungen und gibt sich alle popkulturelle Mühe, seine schwierige Hauptfigur als heroischen Außenseiter in Szene zu setzen, gemäß dem Motto aus Graham Moores Drehbuch: „Die Menschen, von denen man es sich am wenigsten vorstellen kann, leisten manchmal etwas, das bis dahin unvorstellbar war.“

Nur widerstrebend von Commander Alastair Denniston (ein vernichtend herablassender Charles Dance) in die Gruppe der schlausten Köpfe an die unter falschem Namen arbeitende Government Code and Cypher School in Bletchley Park in Londons Norden rekrutiert, erwurstelt sich Cumberbatchs unergründlich schräger Vogel den Weg bis zu Winston Churchills Vertrauen und sichert sich so die Mittel für den Bau eines Protocomputers. Mit dem gelingt es Turing am Ende, den täglich wechselnden Geheimcode der Nazis zu knacken.



FOTO: SQUAREONE ENTERTAINMENT

Joan (Keira Knightley), Alan (Benedict Cumberbatch): Auch die Kommunikation von Mensch zu Mensch ist rätselhaft

Unterdessen sichert sich die Mathematikerin und Cambridge-Absolventin Joan Clarke (Keira Knightley) mit einer Bestzeit im Kreuzworträtsellösen einen Platz in Turlings Team und merkwürdigerweise auch in seinem Herzen. Während die Zahnräder der neuen Maschine vor sich hinrattern, müht Turing sich vergebens, die von Joan ausgesandten zwischenmenschlichen Signale, das Geheimnis seiner Sexualität und das Gespenst eines verlorenen Freunds aus Kindheitstagen zu entschlüsseln.

Graham Moores Drehbuch folgt der Struktur von Hugh Whitemores Theaterstück *Breaking the Code* von 1986 und springt geschickt zwischen drei verschiedenen Zeitebenen hin und her: Turlings Schulzeit, in der er einmal zu seinem Freund

Christopher sagt, Menschen seien wie kryptografische Rätsel; sein Aufenthalt in Bletchley Park mit den nervenaufreibenden Abenteuern in der gefeierten Spezialabteilung; und schließlich die Zeit nach dem Einbruch in Turlings Wohnung in Manchester 1952, durch den die Polizei auf seine Homosexualität aufmerksam wird.

## Für Eingeweide

Die künstlerischen Freiheiten im Umgang mit der historischen Wahrheit reichen dabei von unvermeidlich bis äußerst umstritten. Andrew Hodges, auf dessen Biografie das Drehbuch basiert, beschwerte sich, der Film bausche die Beziehung Alans zu Joan zu sehr auf, erwecke den Anschein, Turing

habe auch gegenüber seinen Freunden und anderen Menschen, denen er vertrauen konnte, einen Hehl aus seiner Homosexualität gemacht, was wie so vieles andere nicht stimmt.

Meist werden die Tatsachen jedoch dem in der Unterhaltungsindustrie vorrangigen Ziel geopfert, einen spannenden Film auf die Leinwand zu bringen. Mag sein, dass Turlings Protocomputer in einem ordentlichen Bakelitkasten aufbewahrt wurde, aber das Publikum muss eben die Kabel sehen, die wie Eingeweide aus der Maschine heraushängen.

Entscheidend ist, dass Regisseur Morten Tyldum der innigen Beziehung Raum lässt, die der Erfinder zu seiner Maschine entwickelt. Der Titel des Films bezieht sich auf

ein auf Turing zurückgehendes Spiel (eine Version des Turing-Tests), bei dem es darum geht, herauszufinden, ob man mit einem Mann, einer Frau oder einer Maschine spricht – ein Vorläufer des Voight-Kampff-Tests aus *Blade Runner* (1982), dem *The Imitation Game* mehr verdankt als etwa dem vermeintlich nächstliegenden Film *Enigma* von 2001.

## Gut, dass der Protagonist so komplex wie kompliziert angelegt wird

So wie Harrison Fords Rick Deckard sich in die Androidin Rachael verguckt, wird Alan Turing nicht von Menschen, sondern von einer künstlichen Intelligenz hingerissen. Sowohl er als auch seine Maschine versuchen, verschlüsselte Kommunikation zu verstehen. Sie sind Fremde in einem fremden Land, auf der Suche nach einer gemeinsamen Sprache.

Es ist Benedict Cumberbatch hoch anzurechnen, dass er seinen Protagonisten komplex und nicht nur kompliziert erscheinen lässt. Er hält mit Turlings wahren Motiven und Gefühlen so geschickt hinterm Berg, dass man sich irgendwann fragen kann, ob er nicht doch ein sowjetischer Spion ist. Bestnoten verdient auch Nachwuchsstar Alex Lawther für seine Darstellung des jungen Alan, mit der er der gequälten Engstirnigkeit von Cumberbatchs Performance vortrefflich den Weg bereitet.

**The Imitation Game** Morten Tyldum  
GB/USA 2014, 114 Minuten

**Mark Kermode** ist Filmkritiker und Moderator der Sendung *Kermode and Mayo's Film Review* auf BBC 5  
Übersetzung: Holger Hutt

# Immer an dem Brand lang

**Pogrome** Burhan Qurbani hat die Bilder von Lichtenhagen in einen Spielfilm übertragen. Seine Faszination und sein Verständnis sind erstaunlich

■ Stefanie Diekmann

Das Jahr 1992 war kein gutes. Für die Migranten und Asylbewerber in verschiedenen Städten zwischen NRW und Mecklenburg-Vorpommern. Hoyerswerda hatte schon stattgefunden, Solingen stand noch bevor; am 23. November brannten zwei Wohnhäuser türkischer Familien in Mölln und vorher, am 24. August in Rostock-Lichtenhagen, mehrere Stockwerke eines Wohnheims für ehemalige Vertragsarbeiter aus Vietnam.

Man kann sich das schon länger auf Youtube anschauen: in den Bildern der *Tageschau*, den Kompilationen von Spiegel TV, in Dokumentationen mit Titeln wie *Als Rostock-Lichtenhagen brannte*. Und man kann es jetzt bei Burhan Qurbani sehen, in dem Film *Wir sind jung. Wir sind stark*. Allerdings in Szenen, die den Bildern auf Youtube erstaunlich ähnlich sind, vom Sonnenblumenmosaik an der Hausseite bis zu den ausgebrannten Autos am Morgen danach.

Ikongrafie des deutschen Brandanschlags: die Fassade, die zerschlagenen Fensterscheiben, das aufgebrochene Pflaster, das die Steine dazu liefert. Apis Imbissbude, die Klappstühle und Bierkästen auf dem Rasen, der gut gelaunte Mob und die Fernsteams dazwischen. Später der

Rauch (Feuer, Tränengas), die Brandsätze, die Wasserwerfer, Polizeieinheiten in Schutzkleidung und immer noch gut gelaunte Menschen, im Unterhemd, in Lederjacke, manchmal mit Hitlergruß.

Irgendetwas an dieser Ikongrafie, die viel mit Dunkelheit, Scheinwerfern, flackerndem Feuerschein, Handkameras und ungeordneter Bewegung zu tun hat, muss es Qurbani angetan haben. Jedenfalls versucht er in den letzten 40 Minuten seines Films, sie nachzustellen, Rauchschwaden und Bomberjacken inklusive, Zeitlupe, wo es passt, und endlich doch noch in Farbe, nachdem die 80 Minuten zuvor programatisch in Schwarzweiß gehalten waren.

## Richtig böse Springerstiefel

Brandnacht, ganz große Szene. Dass alles darauf zusteuert, wird deutlich, wenn *Wir sind jung. Wir sind stark* beginnt, sich durch die Einblendung von Uhrzeiten auf das abendliche Ereignis zuzuzählen. Um andere Bilder geht es dabei nur insofern, als der frühe Abend des 24. August, der 1992 so hell war, wie ein Augustabend an der Ostsee eben ist, hier ziemlich früh in eine Amerikanische Nacht verwandelt wird, weil das Feuer dann noch mal besser rauskommt.

Davor, wie gesagt, Schwarzweiß. Gedrückte Stimmung, klar, nichts los auf den Straßen, die verwahrlost sind und ziemlich unbevölkert. Der Jugendklub ist zu, im bürgerlichen Haushalt (Klavier, Kunstplakate) fehlt die Mutter, im proletarischen (Friseursalon, Bierdosen) der Vater, und wer vor drei Jahren noch Arbeit hatte, weiß im langen Sommer nicht mehr, wohin mit sich. Ist natürlich schlimm für die Jungs, die sich

unter anderen Umständen vielleicht anders entwickelt hätten. Der eine will nur wieder in die Werft, ein anderer ist sensibel, ein weiterer musikalisch begabt, der vierte hat wenigstens Asthma, und richtig böse kommt letztlich nur der in den Springerstiefeln rüber, der seiner Freundin im Treppenhaus eins auf die Nase gibt.

Wenn sich der Film mit einer Frauenfigur befasst, ist sie Vietnamesin, arbeitet fleißig in einer Wäscherei und träumt von unbefristeter Aufenthaltsgenehmigung. Sie ist hilfsbereit, hat aber auch ein paar schlimme Sätze am Anfang, die darauf hinauslaufen, dass sie mit den Sinti und Roma in der Aufnahmestelle nichts zu tun haben will. Später sagt ihr Bruder: „Wir sind doch auch Menschen“; der anständige SPD-Mann (es gibt daneben einen zynischen, und den feigen spielt Devid Striesow) erklärt: „Wir haben eine Verantwortung als Politiker“; der netteste von den Nazis schreibt: „Ich will diese Wut in mir nicht mehr fühlen“, und wer so was mit einem Drehbuch verwechselt, ist tatsächlich selber schuld.

Burhan Qurbani hat bereits in seinem Berlinale-Beitrag *Shahada* (2010) Figuren zum Auftragen von Meinungstexten durch einen Film geschoben. In *Wir sind jung. Wir sind stark* wird dieses Prinzip in eine Geschichte konvertiert, die davon erzählt, dass man hinter den Nazis auch mal die jungen Menschen sehen muss. Die Schauspieler sind entsprechend eifrig dabei. Und im Geschichtsunterricht wird man den Film sehr gern verwenden.

**Wir sind jung, wir sind stark** Burhan Qurbani  
Deutschland 2015, 128 Minuten

ANZEIGE

## Die Lederhand packt ein!



**JOCHEN MALMSHEIMER, URBAN PRIOL & GEORG SCHRAMM**  
»Die letzte Gardine«

2 CDs, Live-Mitschnitt, ISBN 978-3-8371-2973-1

Sie gehören zur Crème de la Crème des politischen Kabarets in Deutschland. Dieses Jahr gingen sie erstmalig zusammen auf Tour. Und dann geht es gleich auf „Abschiedstour“. Aus gutem Grund, denn Georg Schramm und sein Alter Ego Lothar Dombrowski packen den Lederhandschuh ein. Schramm macht Schluss mit Kabarett. Seine Freunde und Kollegen Jochen Malmsheimer und Urban Priol bereiteten ihm einen würdigen Abschied.

WIR HABEN HUMOR!

WortArt  
www.wortart.de



Freude, schöner Titel

Moritz Scheper  
**Weiser Schimmel**  
Das Stuttgarter Kunstmuseum präsentiert das fröhlich-sperrige Werk von Dieter Roth. Auch 15 Jahre nach seinem Tod wächst es weiter der Freitag 2 vom 8. Januar 2015

Sehr schön, das zu lesen, Herr Scheper. Ein Roth-Jahr kommt. Man kann nun wieder zum Rothisten oder gar Rotharmisten werden. Heute selbstverständlich gender-neutral. Danke, für diese Hinweise zum Karnickelköttelkarnickel-Jahr. Die Vergänglichkeit ist ewig und eben doch ein Prozess, der uns laufen und rennen lässt, weil nichts bleibt, wie es ist. Zum auch geistig wie ein Filz- und Fettspeicher (Isolation und Energie) angelegten Beuys, eher ein Eiche-, Stein- und Bronze-Typ, gehört unbedingt der Konkretist Roth, bei dem alles produktiv zerfällt, aber immer was entsteht. An ihm hätte Ilya Prigogine, der russisch-belgische Chemie-Nobelpreisträger, seine helle Freude gehabt, der das Konzept des „dissipativen Chaos“ aus einleuchtenden, wissenschaftlichen Erkenntnissen um die Thermodynamik von Zerfalls- und Entstehungsprozessen ableitete. Zufall und Notwendigkeit berühren sich vor allem in der Biologie besonders auffallend, wie ein anderer Nobelpreisträger, Jacques Monod, einst titeln ließ.

Und Jacques Derrida hätte seine Freude an der „Weisheit“ des Titels gehabt, der in Zeitungen ja meist schwarz ausfällt. Nur weiter so. *Columbus, Freitag-Community*

Richtige Wahl

Christian Buggisch  
**Begriffsklärung zum Unwort des Jahres „Lügenpresse“**  
Wer sich aus dem Sprachfundus des Dritten Reichs bedient, braucht sich über den Widerspruch der Anständigen und Geschichtsbewussten nicht zu wundern der Freitag 2 vom 8. Januar 2015

Die Wahl ist richtig, und sie ist nötig. Denn hinter dem Begriff steckt mehr als nur die Verunglimpfung von Presseorganen. Er ist ein deutliches Zeichen für eine grundsätzliche Ablehnung demokratischer Willensbildung, zu der auch Medien ihren Beitrag leisten. Sein Gebrauch zeigt auf, dass man nicht gewillt ist, andere Meinungen als die eigene gelten zu lassen. Und das ist schlicht und einfach: Faschismus. *Michaschlag, Freitag-Community*

Die besten Zitate aus den Kommentaren auf [freitag.de/community](#)

„Die Krise belebt die Kritiker, wenigstens etwas“

Dersu Usala

„Wie wäre es denn mit Vorratsverhaftungen? Das bringt vielleicht noch mehr Sicherheit.“

Dominic Hoffmann

» [freitag.de/community](#)

So viele kluge Gedanken

Michael Angele  
**Der bekehrte Mann**  
Der neue Roman von Michel Houellebecq ist wie der Westen selbst: Spielerisch, ironisch, flatterhaft der Freitag 3 vom 15. Januar 2015

Danke für die fantastische Rezension. Ich bin noch nicht ganz durch (mein Französisch ist leider nicht mehr so flüssig, wie es mal war), aber auf Grundlage dessen, was ich bisher gelesen habe, kann ich Ihre Darlegungen gut nachvollziehen. *Lethe, Freitag-Community*

Ich habe den Roman noch nicht gelesen und melde mich dennoch zu Wort, weil ich, alle Rezensionen zusammengenommen, den Eindruck nicht loswerde, dass in diesem Artikel die bösen Pointen des Romans möglicherweise dann doch nicht verstanden wurden. Der Parteichef im Roman, Ben Abbès, steht wohl kaum für einen „neuen Humanismus“ – in Wirklichkeit gerät ja die neue Regierung in ein totalitäres Fahrwasser, so dass bald eine entschiedene Form des Islams herrscht. (Hier ein ganzzetner Querverweis zu Erdoğan, der auch einmal als eher gemäßigt galt und nun ganz peu à peu totalitäre Strukturen in seinem Land einführt.) Es würde mich auch sehr

wundern, wenn es Houellebecq um den Islam als „(neue) Form des Humanismus“ ginge! Was eher zu ihm passt, ist, dass er die Faszination für das Totalitäre vorführt. Dass es Sozialisten und Konservative sind, die am Ende den Totalitären (im Roman) in den Sattel helfen – das scheint mir die zweite Pointe zu sein. Oder man sehe sich den Schulterchluss der Amerikaner mit den Fundamentalisten an – in Afghanistan mit dem späteren Oberfeind oder mit den Saudis, den Finanziers des Terrors und den eigentlichen Erfindern des Islamismus. Von alldem findet sich nichts in dem Artikel – aber vielleicht liege ich ja auch falsch. Immerhin habe ich das Buch noch gar nicht gelesen. *Hunter, Freitag-Community*

Beste Rezension bisher! Zu Joris-Karl Huysmans fällt mir noch ein, dass es da eine Linie zu Strindbergs Held in *Inferno* gibt. Anders als bei Houellebecq hat *Inferno* stark autobiografische Züge. Strindberg machte Station beim Pietismus, beim atheistischen Sozialismus, er wurde Nietzscheaner, um bei der „Theosophie“ einer geschäftstüchtigen Helena Blavatsky resp. bei Esoterik und Spiritismus vor Anker zu gehen, um das Hohelied auf ein „einfaches Leben“ anzustimmen. *Anne Mohnen, Freitag-Community*

Wissenswertes über Nagetiere

Jens Korte  
**Anstand der Ratten**  
An der Wall Street gibt es zwei Sorten mutiger Menschen. Die einen vertreiben Müllanleihen, die anderen verscherzen es sich mit ihrem Arbeitgeber der Freitag 52 vom 23. Dezember 2014

Hat man das „moralische“ Bild der Ratten gewählt. Man hat sicher bedacht, dass Ratten sehr intelligente und soziale Tiere sind, denen nachgesagt wird, sogar die Atom-bombe zu überleben, und somit wesentlich zum gedeihlichen Überleben auch von Bulle und Bär beitragen. Die bildliche Darstellung

Nach dem ersten Anschlag in Deutschland können die Politiker sogar Sicherheitsmaßnahmen mit negativem Grenznutzen verkaufen

Wenn jetzt die Terrorverdächtigen ihre Kinderausweise wiederbekommen, wird das das Sicherheitsgefühl der Deutschen enorm verstärken. Ich frage mich, ob ich in den letzten Tagen keinerlei Wort und Analyse zu den Ursachen des Terrors gehört habe!? Immer nur Aufrüstung in allen Bereichen. *Gustlik, Freitag-Community*

**Nächster Artikel bitte!**  
Lutz Herden  
**Haircut, zum Zweiten**  
Die Partei „Syriza“ tritt für einen Schuldenschnitt ein. Das ist ein Gebot der Vernunft der Freitag 2 vom 8. Januar 2015

Ihre gesamte Argumentationskette, Lutz Herden, leuchtet mir ein, soweit ich sie als Laie verfolgen kann. Den Schuldenschnitt hätte man längst umsetzen sollen. Was ich in Ihrem Text vermissemomöglich weil Sie längst anderswo darüber referiert haben –, ist ein Katalog flankierender Maßnahmen zum verlangten Schuldenschnitt. Was ich ganz allgemein vermissem: Warum wurde noch nie die Frage gestellt, wer persönlich für die Bilanzfälschungen verantwortlich ist, mit denen dieses Land die EU vor dem Beitritt vorsätzlich belogen und betrogen und auch die Mehrheit seiner eigenen Bürger ins Unglück getrieben hat? Im Sinne einer

vernünftigen Generalprävention halte ich eine Bearbeitung dieser beiden Fragen für unumgänglich. Abschließend noch eine Frage: Wann glauben Sie, dass Sie uns einen ähnlichen Artikel zum Thema Ukraine servieren werden? *Sanpodon, Freitag-Community*

Toleranter Atheismus

Michael Jäger  
**Keine Pflicht zur Zurückhaltung**  
Atheisten müssen sich sicher fühlen – selbst wenn sie ihre Gegner reizen der Freitag 3 vom 15. Januar 2015

Sehr geehrter Herr Jäger, die Redakteure von *Charlie Hedbo* waren vielleicht Erben von 68, ich bin es nicht. Aber Freidenker, Atheist bin ich dennoch. Ebenso bin ich ein Anhänger der Toleranz. Ich halte es, gerade für einen Atheisten, für unziemlich, Religionen und religiöse Menschen zu verspotten. Wenngleich ich nichts mit Herrschern am Hut habe, halte ich es mit dem großen Friedrich, nach dem jeder nach seiner Fassung selig werden solle. Ich verurteile die Anschläge von Paris und ich habe eine Meinung zum Propheten, dennoch halte ich es für angebracht, Rücksicht auf die Gefühle religiöser Menschen zu nehmen. Auch gegenüber Politikern wird oft die Schwelle zur Unanständigkeit überschritten (grobe Satiren über Merkel). Weiß man eigentlich, dass damit Politikverdrossenheit erzeugt, gefördert wird, die es in unserem Lande, in Europa zuhauf gibt? Ergo: Auch Atheisten dürfen nicht alles. *Dieter Dietzel, per Mail*

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

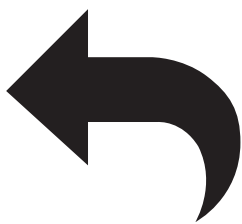
Impressum

**Chefredaktion** Jakob Augstein (V.i.S.d.P.), Michael Angele, Philip Grassmann  
**Verantwortliche Redakteure** Jan Pfaff (Titelthema), Jan J. Kosok (Community)  
**Redaktion** Ulrike Baureithel (FM\*), Matthias Dell (FM), Julian Heißler, Lutz Herden, Michael Jäger (FM), Christine Kappeler, Katja Kullmann (FM), Maxi Leinkauf, Juliane Löffler, Sebastian Puschner, Felix Werdermann  
**CvD** Marco Rüscher  
**Gestaltung** Jana Schnell (Art Direction), Maximilian Sauerbier, Felix Velasco (Titel), Niklas Rock (Bild)  
**Redaktionelle Übersetzer** Zilla Hofman, Holger Hutt  
**Redaktionsassistent** Jutta Zeise  
**Hospitant** Josephine Schulz, Jonas Weyrosta  
**Verlag und Redaktion der Freitag** Mediengesellschaft mbH & Co KG, Hegelplatz 1, 10117 Berlin, Tel.: (030) 250 087-0 [www.freitag.de](#)  
**Geschäftsführung** Jakob Augstein, Dr. Christiane Düts  
**Beratung** Prof. Christoph Meier-Siem  
**Verlagsleitung** Nina Mayrhofer  
**Anzeigen** Johann Plank (Leitung) ([johann.plank@freitag.de](#)), Elke Allenstein ([elke.allenstein@freitag.de](#))  
**Marketing & Vertrieb** Oda Hassepaß ([oda.hassepass@freitag.de](#)) Barbara Herzog ([barbara.herzog@freitag.de](#)), Franziska Liebchen ([franziska.liebchen@freitag.de](#)) Madeleine Richter ([madeleine.richter@freitag.de](#))  
**Presse- und Öffentlichkeitsarbeit** Nina Mayrhofer [presse@freitag.de](#) \* = Freie/r Mitarbeiter/in  
**Jahresbezugspreis** € 170,85 Ermäßigter Bezugspreis für Schüler, Studenten, Auszubildende und Rentner: € 122,40 jeweils inkl. Zustellung Inland. Im Ausland zzgl. Versandkosten: € 30,60 Land- bzw. € 40,29 Luftpost  
**Aboverwaltung** QS Quality Service GmbH Telefon Kundenservice (040) 3007-3510 Fax Kundenservice (040) 3007 85 7044 E-Mail: [service@abo.freitag.de](#)  
Service-Zeiten Mo–Fr 8 bis 19 Uhr, Sa 10 bis 16 Uhr Der Freitag, Postfach 11 04 67, 20404 Hamburg  
Konto für Abozahlungen: Der Freitag Mediengesellschaft mbH & Co KG Kto.: 13505050, BLZ 10050000, Berliner Sparkasse  
**Nationalvertrieb** Axel Springer Vertriebservice GmbH Süderstraße 77 20097 Hamburg [www.as-vertriebservice.de](#)  
**IT- und Redaktionstechnik** Heldisch network GmbH  
**Druck** BVZ Berliner Zeitungsdruck, Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin, [www.berliner-zeitungsdruck.de](#)  
**Papier** 100 % Recycling, trägt den Blauen Engel, produziert in Schwedt an der Oder, gedruckt in Berlin  
**Gesetzt** in TheAntiquaF von Lucas de Groot, [www.lucasfonts.com](#)  
**ISSN** 0945-2095  
**Kolumnenillustrationen** [www.ottoillustration.com](#)



KARIKATUR: AMELIE GLENKE FÜR DER FREITAG





Die Ratgeberin widmet sich jetzt einmal im Monat all jenen Tipps, die das Leben besser machen sollen. Diesmal: effiziente E-Mails S. 22

# Held wider Willen

Nicholas Winton hat als junger Mann mehr als 600 jüdische Kinder vor den Nazis gerettet. Heute wird er dafür mit Ehrungen überhäuft. Doch das ist dem 105-jährigen unangenehm **S. 23**



FOTO: DAVID LEVENE/THE GUARDIAN

## Alltagskommentar Katja Kullmann

### Das Ende des Gekrakels: Finnland tippt auf die Zukunft

**E**in junger Mann, der beruflich oft an langen Konferenzen teilnehmen muss, erzählte mir neulich, dass er jetzt einen Stenografiekurs besucht. Ich staunte. Das Kurzchriftsystem hielt ich für ein historisches Phänomen, ich verortete es in den Bürowelten des vergangenen Jahrhunderts. „Steno ist praktisch, um sich unkompliziert Stichworte zu machen. Meine Sauklaue ist sonst unlesbar“, erklärte er. Ja, die gute alte Sauklaue: Auch ich habe eine. Was ich handschriftlich festhalte – und sei es nur eine Adresse, die ich unterwegs auf ein Busticket kritzele, weil das oft doch schneller geht, als sie in ein Gerät einzuspeisen –, ist für mich später meist nur bruchstückhaft zu dechiffrieren. „Krmsh Schloss chakbe“: Mir fehlt die Übung im Schönschreiben. Zum 18. Geburtstag, das war 1988, bekam ich eine elektronische Schreibmaschine. Seither werde ich im Tippen immer besser; im Krakeln leider auch. Als das finnische Bildungsministerium nun erklärte, dass finnische Grundschüler ab 2016 keine Schreibschrift mehr lernen müssen, regten sich allerlei Experten auf, vor allem in Deutschland. Das Schreiben per Hand stelle eine wichtige Kulturtechnik dar! Das Verbinden der Buchstaben sei sogar entscheidend für die „Entwicklung kognitiver und koordinativer Fähigkeiten“, hieß es etwa vom Schreibmotorik Institut in Heroldsberg, Bayern. Tatsächlich fallen Handschriften ja höchst individuell aus und wirken damit persönlicher. Liebesbriefe aus dem Laserdrucker? Für die Generation 35 plus ist das stilllos. Goethe sammelte Handschriften, und die Graphologie erfreute sich als „Charakterlehre“ in den jüngsten drei Jahrhunderten großer Popularität. Allerdings sind ihre Erkenntnisse ebenso ungesichert wie die der Ohrläppchenanalyse („Je dicker das Läppchen, desto größer die Libido“). Die Finnen, die vieles richtig machen müssen, erzielen sie doch beim PISA-Bildungsvergleich stets Topergebnisse, wollen sich nun auf Druckbuchstaben – „vereinfachte Ausgangsschrift“ – konzentrieren. Und die Computerkompetenz der Kinder fördern, statt sie mit Noten fürs „Schriftbild“ zu quälen. Ich musste an die 17-jährige Naina K. denken, die kürzlich aufmuckte: „Ich hab keine Ahnung von Steuern, aber ich kann Gedichtanalysen schreiben!“ Und daran, dass Naina K., wenn sie sich für einen Job bewirbt, ihren Lebenslauf tabellarisch, als E-Mail-Anhang wird einreichen müssen. Und ich dachte: Wir Alten sollten nicht immer aufheulen, wenn die Welt sich mal wieder ein Millimeterchen verändert. Oder hätte jemand das hier jetzt lieber in Frakturschrift gelesen?

#### » Netz Schau

##### Ein wahrer Höhlentrip

Das Urlaubmachen und das Reisen sind zwei ähnliche, aber doch unterschiedliche Prinzipien. Wer urlaubt, will sich erholen. Wer reist, will etwas erfahren. So wie Freitag-Blogger Lars: Er schlief im Süden Italiens in einem Höhlenhotel, in den Steinsiedlungen (den Sassi) von Matera, die schon Pier Paolo Pasolini faszinierten. Einst stellten die Arbeiter der ärmlichen Region ihre Kinder mit Opiumschnullern ruhig, solange sie schufteten mussten. Ein informativer und eloquenter Reisebericht unter [freitag.de/sassi](http://freitag.de/sassi)

» [freitag.de/community](http://freitag.de/community)



## Die Ratgeberin

### Re: Re: Re: Wie Sie Ihren E-Mail-Verkehr geregelt kriegen

Heute werden meine E-Mail-Partner aber gucken. Heute kriege ich die Dinge nach der *Getting-Things-Done*-Methode von David Allen geregelt. Und das geht so: Alles, was maximal zwei Minuten dauert, also die Beantwortung der allermeisten E-Mails, wird sofort und ohne dass ich mich dabei gedanklich zu sehr darauf einlasse, erledigt. Gut. Ich zähle 21 derartige E-Mails in meinem Postfach. Das wären dann, ich überschlage kurz ... 42 Minuten? Na ja, ich hatte mir die Zeitersparnis größer vorgestellt. Allein schon durch diese Rechnung habe ich eine weitere Viertel-E-Mail-Zeit verschwendet. Um von der verlorenen Zeit wieder zu reinzuholen, beginne ich selbst eine E-Mail-Anfrage zu schreiben. Genial. So spare ich die Zeit zum Öffnen und Lesen einer Fremd-E-Mail.

Mein Betreff: „Veranstaltung im Mai“. Mein Text: „Kannst du mir bitte sagen wie hoch das Budget ist?“ Zack, weg damit. Nur eine Sechstel-E-Mail lang habe ich dafür gebraucht. Gut, ein paar Tippis sind drin, aber sonst: großartig. David Allen funktioniert! Jetzt darf ich mich aber nicht in Triumphgefühlen suhlen, sondern muss mich gleich auf die nächste E-Mail werfen. Ah, da ist sie ja schon. Beziehungsweise eine gerade eintreffende neue schiebt sich davor: „Re: Veranstaltung im Mai“. So flutscht die Arbeitswelt. Ich öffne und lese: „Ja dake. bitte erinere mich daran dass ich dr das noch ssge! cu. mp.“ Hm. „mp“, von dem ich den Tipp mit der Allen-Methode ja habe, testet wahrscheinlich gerade die Zwei-Sekunden-Regel für Fortgeschrittene. Ich, der Neuling im Dinge-geregelt-Kriegen, frage mich dagegen: Wächst sich dieser E-Mail-Verkehr gerade zu einer Doch-mehrals-Zwei-Minuten-Sache aus? Das hieße ja dann: Ab damit auf den Später-erledigen-Haufen!

Anderthalb E-Mails lang analysiere ich die Situation. Die Sache ist doch die: Wenn ich „Ja dake. bitte erinere mich daran dass ich dr das noch ssge! cu. mp.“ jetzt schließe, verbrauche ich nachher, wenn ich die Mail erneut öffne, zusätzliche Zeit. Zeit, die ich mir durch sofortige Beantwortung sparen kann. Das ist ja der durchtriebene Gedanke von Allen. Also, ganz klar, diese E-Mail ist sofort zu bearbeiten. Ich schreibe: „Hiermit erinnere ich daran, dass du mir heute um 9.10 mir die höhe des Budgets verräts.“ Ein raffinierter Schachzug von mir! mp ächzt nun unter einem Allen'schen Doppelreiz: Termin und Zwei-Minuten-Regel. So. Jetzt aber ran an die nächste E-Mail. Allerdings zögere ich, weil ja doch gleich „Re: Re: Re: Veranstaltung im Mai“ reinkommt, und da bin ich gedanklich schon drin. Wäre Zeitverschwendung, wenn ich mich vorher noch in was anderes reinbohren würde.

Deshalb trinke ich einen Schluck Tee und warte. Empörende drei oder vier E-Mails lang warte ich auf eine Antwort des angeblichen Allen-Apostels. Ah, jetzt geht's weiter: „Re: Re: Re: Veranstaltung im Mai“ hüpfst rein, mit der Mitteilung: „sorry, war gerade beschäftigt“. Mehr steht nicht drin. Langsam steigt Verärgerung in mir auf, davon hat Allen nichts geschrieben. Ist also: „Nenn mir doch einfach eine Zahl!“, und er: „Zahl?“ Ja, verdammich! Von wegen *getting things done*! Das funktioniert ja überhaupt nicht! Ich könnte mp jetzt anrufen. Aber dann stieße er nur ab und an was aus, „Warte, sorry, muss hier noch kurz...“, während er weiter seine Zwei-Minuten-E-Mails abarbeitete. Das kenn ich schon. „Fantastisch!“, schreibe ich daher. „Vielen Dank. Dann sind 40.000 Euro für die Veranstaltung im Mai also gebongt. Schöne Grüße.“ E-Mail abschicken! Telefon läutet. Jetzt nur nicht rangehen. *Susanne Berkenheger*

Von **Susanne Berkenheger** erschien zuletzt das Taschenbuch *Ist bestimmt was Psychologisches*. Berkenheger, die im schwäbischen Maulbronn geboren wurde, wird künftig im Wechsel mit der *Konsumentin*, dem *Koch* und der neuen Kolumne des *Sportsfreundes* ihre guten Ratschläge an die Leser erteilen

### Storyboard

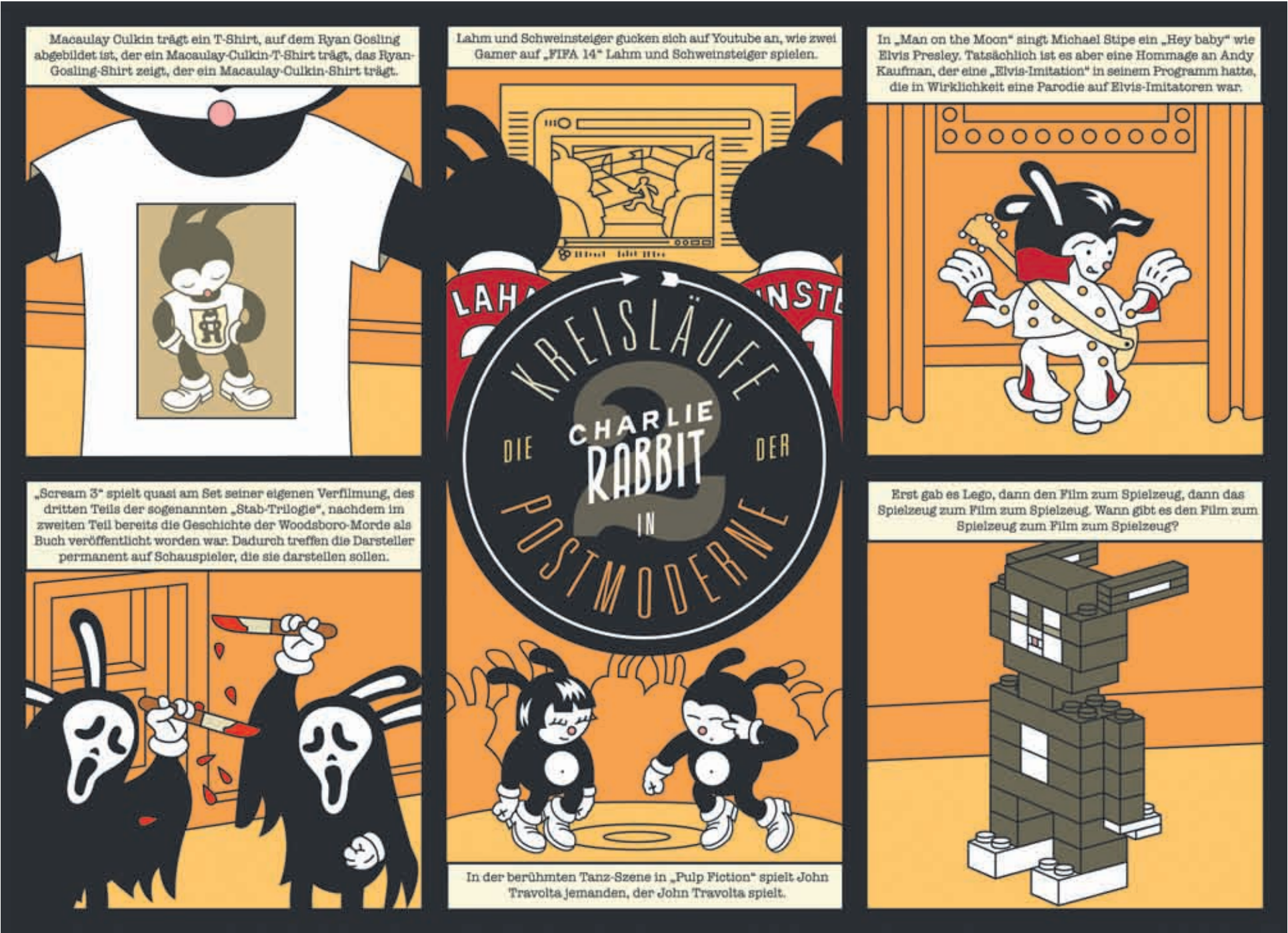


ILLUSTRATION: APFEL ZET FÜR DER FREITAG

**Eventkritik** TV-Komiker Bastian Pastewka tourt als Paul Temple mit einem Hörspielkrimi durchs Land. Manche jubeln, manche schlafen ein

## Mal was Originelles

Wo sind 39 Euro am besten anzulegen, wenn man in Solingen wohnt und sich Queen-Fan erster Stunde nennen darf? Dann geht man wohl ins Theater und Konzerthaus Solingen, zu *A Tribute to Freddie Mercury*, einer „Hommage an den großen Entertainer der Rockmusik“. Hat man ein Faible für Exotisches, besorgt man sich vielleicht ein Ticket für den *Spirit of Ireland* oder gleich für *The Great Dance of Argentina*. Und Automobilfans, die sich ein Ticket nach Detroit nicht leisten können, haben immerhin die Chance, sich bei der „45. Solinger Autoschau“ von der örtlichen Innung des Kraftfahrzeughandwerks auf den neusten Stand bringen zu lassen.

Von den Bergischen Symphonikern bis zu verschiedenen „Musical Nights“ ist im Solinger Theater alles Mögliche an Kultur zu sehen. Womit wir auch schon bei Bastian Pastewka sind, der dort in der vergangenen Woche im ausverkauften Pina-Bausch-Saal einen umjubelten Auftritt hatte – umjubelt von jenen, die währenddessen nicht eingeschlafen sind.

Die Schönheit dieses für Kleinstadtverhältnisse wohl typischen Kulturabends ist am besten mit einem Piccolo in der Hand zu würdigen. Zunächst eine kurze Einführung in das Sujet und zum Protagonisten des zu beobachtenden Phänomens: Der Fernsehkomiker Bastian Pastewka, 42 Jahre alt, ist bekannt für seine Rollen in der SAT1-*Wochenshow* und der nach ihm benannten Comedyserie *Pastewka*. Aktuell tingelt er mit einem Team durch die Festhallen und -säle der Republik, unter großer Anteilnahme der örtlichen Lokalpresse.

### Ein echter Durbridge

*Paul Temple und der Fall Gregory* heißt das abendfüllende Programm. Es basiert auf einem neulich wieder aufgetauchten Fundstück des britischen BBC-Autors Francis Durbridge (1912–1998). Zwischen 1938 und 1968 hatte Durbridge ein Dutzend Hörspiele über den fiktiven Krimischriftsteller und Hobbydetektiv Paul Temple verfasst. Diese wurden ab 1949 vom deut-

schen NWDR, dem Vorläufer von NDR und WDR, nachproduziert, die Tonbänder auch sorgfältig aufbewahrt – nur nicht das Stück, das Pastewka nun aufführt. Sowohl die BBC als auch der NWDR haben den *Fall Gregory*, aus welchen Gründen auch immer, gelöscht.

Nun tauchten aber das (unvollständige) Radioscript des Nordwestdeutschen Rundfunks sowie eine norwegische Hörspielfassung wieder auf. Daraus ist eine neue, postmoderne Version entstanden, unter der Regie von Leonhard Koppelman und mit Pastewka als Hauptdarsteller beziehungsweise -sprecher. Auf der Bühne zu sehen sind: Schauspieler auf Holzstühlen, umgeben von lärmerzeugenden Gerätschaften, Gläsern, Blechen, Kisten mit Geröll, einer mit Wasser gefüllten Wanne, einem Mixer, einer Tür, die auf- und zugeschlagen werden kann, einem alten Kühlschrank, von allerhand Knarrendem und Quietschendem also. Im Hintergrund zeigt eine Leinwand Schwarzweißszenen und Manuskriptausschnitte.

Die Schauspieler agieren mit verteilten Figuren- und Geräuscherollen. Entweder sie reden, oder sie stellen einen Sound her, plantschen mit den Händen im Wasser, imitieren ein Käuzchen oder knallen mit einer Spielzeugpistole herum. Wer die Augen im Saal schließt, soll, ganz realistisch, einer Hörspielinszenierung folgen können. Darin besteht, in etwa, der Reiz des Abends. Auch der Bestsellerautor Mario Giordano, der das Drehbuch für etliche *Tatorte* und den Kinoerfolg *Das Experiment* (1999/2001) verfasst hat, ist von Köln nach Solingen gereist, um für ein eigenes Projekt zu studieren, worin die Begeisterung für Veranstaltungen dieser Art gründet.

Tatsächlich erfreuen sich live aufgeführte Hörspiele – zumal, wenn sie ironisch gebrochen sind – einer ungeheuren Beliebtheit, sei es mit dem Vollplaybacktheater aus Wuppertal oder den Bühnenshows der *Drei-???-Sprecher*. Es gibt Hörspiele im Dunkeln, Hörkino mit Bild, Hörspiele auf Platte, im Radio wie eh und je, Hörspiele für Kinder, für Horrorfreunde, für Kasset-

tennostalgiker. Viele im Pastewka-Publikum lauschen mit geschlossenen Augen, vor allem sind es wohl Mittelschichtsmänner, die irgendwie müde gearbeitet und nur deshalb anwesend zu sein scheinen, weil sie im Übereifer der Vorweihnachtszeit Tickets erstanden haben, um sie der Gattin zu schenken. „Mal was Originelles.“

Auf den Merchandisingtischen liegt bei solchen Veranstaltungen neben Nippes und Remittiertem meist auch eine neue CD. Diese hier, mit Pastewka, wurde vom renommierten Münchner Hörverlag produziert. Der Abend kann also als Konserve mit nach Hause genommen werden.

### Brezelpause mit Joe Cocker

Zweimal 70 Minuten mit Brezelpause. Und eben: Piccolosekt. Dazwischen mehrere Tote, ein schummriger Nachtclub, rumpelige Verfolgungsjagden auf Dorfstraßen und schließlich die für klassische Krimis obligatorische „Runde der Verdächtigen“, bei der Paul Temple den Mörder ein für alle Mal entlarven darf. Pastewka übernimmt in den eingeklinkten ironischen Diskussionen mit seinen Mitdarstellern die Metarolle des nerdigen, überbegeisterten Durbridge-Fans, der seine Liebe zum Genre in gespielter Aufregung immer wieder gegen Angriffe verteidigen muss.

Im Publikum tuscheln zwei Damen in ihren besten Jahren derweil über etwas ganz anderes: über den kürzlich verstorbenen Joe Cocker nämlich und darüber, dass sie ihn jederzeit hören könnten, so gut sei er gewesen. „Seine süffisanten Blicke oder seine geradezu dreckigen unkontrollierten Lachanfälle waren eine Show für sich“, heißt es tags drauf im *Solinger Tagblatt*, nicht über Joe Cocker, sondern über Bastian Pastewka.

Für die Solinger Wintersaison ist solch ein Unter-der-Woche-Event womöglich genau das Richtige. Es mag helfen, die Zeit bis zum Hexenfest auf Schloss Burg (im Mai) oder zur Bierbörse im benachbarten Leverkusen-Opladen (August) zu überbrücken. 34 Euro kostet der Spaß pro Person. Das ist immer noch günstiger als der falsche Freddie Mercury. *Jan Drees*



FOTO: CARSTEN SANDER

„Seine süffisanten Blicke sind eine Show für sich“, berichtet das „Solinger Tagblatt“



# „Ich selbst war doch niemals in Gefahr“

**Nicholas Winton** wird als britischer Oskar Schindler gefeiert. Sich über die Vergangenheit auszubreiten, hält der alte Mann aber für Unsinn



■ Stephen Moss

Komm schon, Nicky, du musst zu uns rüberkommen!“ – „Gar nichts muss ich“, sagt Sir Nicholas Winton, halb im Spaß, halb aus Trotz. Dieser Satz bringt das Wesen des Mannes, der gern als britischer Oskar Schindler bezeichnet wird, schon ziemlich gut auf den Punkt. Als das Deutsche Reich 1939 das Sudetenland annektierte, hat er 669 überwiegend jüdische Kinder aus der Tschechoslowakei nach Großbritannien gebracht und ihnen damit das Leben gerettet. Heute ist er 105 Jahre alt. Auf die körperlichen Einschränkungen, die das Alter mit sich bringt, reagiert er so uneinsichtig und aufmüpfig wie damals auf das Schicksal der Kinder – und auf Babs Armstrong.

Babs ist die Frau, die gerade versucht, Winton in die Küche zu locken. Sie hilft ihm dabei, so unabhängig und selbstbestimmt weiterzuleben wie möglich, in dem chaletartigen Haus, das er in den 50er Jahren für seine Familie in der Nähe von Maidenhead westlich von London gebaut hat. In der Küche soll Winton sich fotografieren lassen, doch er sträubt sich. „Wie viele Bilder wollen Sie denn noch machen?“, fragt er den Fotografen nach einer Viertelstunde. „Reicht das nicht schon längst?“

## Börsenmakler, Sozialist

Inzwischen ist er ein bisschen schwerhörig, er wird schnell müde, auch sein Gedächtnis funktionierte schon mal besser. Es gestaltet sich also nicht ganz einfach, ein Interview mit ihm zu führen. Aufregend ist es aber allemal, ein Gefühl, als ob man den Mantel-saum der Geschichte berührt. Schließlich umfasst das Leben dieses Mannes fast das gesamte 20. Jahrhundert.

Nicholas Winton wurde 1909 in London in eine hochkultivierte Familie mit deutsch-jüdischen Wurzeln geboren. In den 20ern ließ er sich zum Börsenmakler ausbilden und entwickelte sich parallel dazu zu einem glühenden Sozialisten, der in engem Kontakt zu etlichen Größen der britischen Linken stand, etwa zu Aneurin Bevan, der den National Health Service auf der Insel gründete, und zur feministischen Labour-Politikerin Jennie Lee.

Ursprünglich trug die Familie den Namen Wertheim. Aber 1938, als die Naziherrschaft sich voll entfaltet hatte, beschlossen

sie, sich in Winton umzubenennen. Im selben Jahr reiste Nicholas mit seinem engen Freund Martin Blake nach Prag. Statt, wie zuvor geplant, einen Skiurlaub in der Schweiz zu verbringen, wollten die Männer den Flüchtlingen helfen, die zu Hundert-tausenden in die Stadt an der Moldau gekommen waren, nachdem Deutschland das Sudetenland annektiert hatte. Winton und sein Freund drängten das britische Innen-ministerium, tschechische Flüchtlingskin-der aufzunehmen. Und sie hatten Erfolg.

Über einen Zeitraum von neun Monaten gelang es den beiden, 669 Kinder, in Grup-pen aufgeteilt, außer Landes und bis nach Großbritannien zu bringen. Winton sorgte dafür, dass die Kinder in acht Zügen unter- kamen. Ein neunter Zug sollte am 1. Sep-tember abfahren, dem Tag, an dem Deutsch-land Polen überfiel und die tschechoslowa-kische Grenze schloss. Die 250 Kinder, die in jenem neunten Zug sitzen sollten, wur- den von den Nazis schließlich ermordet.

50 Jahre lang wusste kaum jemand von dieser Geschichte. Erst als Wintons mittler- weile verstorbene Ehefrau Grete in den 80er Jahren ein altes Fotoalbum mit den Namen der Entkommenen an die Holocaust-For- scherin Elisabeth Maxwell übergab, gelang- te die Aktion an die Öffentlichkeit.

Die Wochenzeitung *Sunday People* brach- te einen Artikel, und Winton wurde in die Fernsehsendung *That's Life!* eingeladen. Im Studio saßen, links und rechts von ihm, zwei Frauen, die ihm ihr Leben verdanken. In den Zügen, die sie aus Prag in Sicherheit brachten, trugen sie Karten um ihre Hälse, darauf standen ihre Namen. Als sie in Großbritannien ankamen, warteten schon Pflegeeltern auf die Mädchen. Winton hat- te auch das organisiert.

## Ein Asteroid wurde nach ihm benannt. Das gefällt ihm viel besser als alle Orden

Er erinnert sich nicht gern an den *That's Life!*-Auftritt. Es sei ihm nicht recht, wie da ein tränenreiches Fernsehdrama inszeniert worden sei, sagt er. Seit der Show prasseln die Ehrungen jedenfalls nur so auf ihn ein. 2003 wurde er zum Knight Bachelor, zum Ritter, geschlagen und darf sich seither Sir nennen. Am Prager Hauptbahnhof ist er als Statue verewigt, und gerade erst, im ver- gangenen Oktober, verlieh ihm die Tsche- chische Republik ihre höchste Auszeich- nung, den Orden des Weißen Löwen. Zuvor hatten zwei tschechische Astronauten ei- nen neu entdeckten Asteroiden nach dem Briten benannt; eine astronomische Karte, auf der der Himmelskörper „(19384) Win- ton“ verzeichnet ist, hängt hinter seinem Lieblingssessel an der Wand.

All die Ehrungen würden helfen, sich die Zeit zu vertreiben, sagt Winton. Aber: „Es wird auch ein bisschen langweilig, wenn man 100 Jahre lang über ein und dieselbe Sache reden soll.“ Trocken stellt der 105-jäh- rige fest: „Ich habe mich nicht heldenhaft verhalten, schließlich war ich selbst nie in Gefahr.“ Auch dass Medien ihn den briti- schen Schindler nennen, findet er nicht angemessen. Er könne da keine Parallelen zu sich erkennen. Viele Hymnen seien wohl mit seinem hohen Alter, mit seiner Langle- bigkeit zu erklären. „Von den anderen ist einfach keiner mehr da.“

Wendet man ein, dass er da viel zu be- scheiden ist, weil er damals ja auch einfach hätte wegschauen können, wie es die meis- ten Menschen in Europa taten, räumt er ein: „Im Nachhinein erscheint es vielleicht bemerkenswert. Doch damals kam es mir überhaupt nicht als etwas Besonderes vor. Manchen Menschen ist eine gewisse Größe in die Wiege gelegt, manche erlangen sie im Laufe ihres Lebens. Und wieder anderen wird sie geradezu aufgedrängt.“ Er ist voll und ganz davon überzeugt, zur dritten Ka- tegorie zu gehören, er meint es ernst: „Ich erhalte diese ganzen Auszeichnungen nur, weil ich immer noch am Leben bin.“

Aber wie kam er auf die Idee mit der Kin- derrettung? Warum hat er sich nicht so un- auffällig, so passiv verhalten wie die meis- ten anderen? Zum einen habe es an seinen familiären Beziehungen gelegen, sagt Win- ton. „Bei uns lebten damals längst Leute, die in Deutschland verfolgt worden waren, viele Flüchtlinge, ganze Familien. Wir wus- ten sehr genau, was in Deutschland vor sich ging, was die Nazis taten. Wir wussten vielleicht mehr als manche Politiker.“ Zum Zweiten hätten auch seine sozialistischen Überzeugungen eine Rolle gespielt. Winton war Mitglied in einem linken Zirkel, der Churchills Appeasement-Politik gegenüber Hitler ablehnte. 1938 sei ihm völlig klar ge- wesen, welche Gefahr den tschechoslowa- kischen Juden drohte, insbesondere den Kindern, die auf der Flucht von ihren Eltern getrennt worden waren.

Absichtlich hat er die Rettungsaktion nie verschwiegen. Als Winton 1954 für den Stadtrat von Maidenhead kandidierte, wies er in seinem Wahlprospekt darauf hin. Aber er wollte eben nie den Eindruck erwecken, die Evakuierung sei der Schlüs- sel zu seinem Leben gewesen, das Mo- ment, das ihn als Mensch ausmacht. Der alte Mann findet eher, dass seine Arbeit für das Flüchtlingshilfswerk der Internati- onal Refugee Organization und die Inter- nationale Bank für Wiederaufbau und Ent- wicklung (die IBRD, International Bank for Reconstruction and Development) – mit beidem fing er unmittelbar nach dem Krieg an – einen tiefgreifenden Einfluss auf ihn hatte.

## Störrisch, bescheiden

Ist er nicht wenigstens ein bisschen froh, dass seine Rettungstaten dank seiner Frau bekannt wurden? Immerhin kann die Ge- schichte anderen doch Mut machen? „Ich bin nur dann froh darüber, wenn es jeman- dem etwas bringt“, sagt er. „Sich einfach nur über die Vergangenheit auszubreiten ist Unsinn. Ein berühmter Franzose hat einmal gesagt, wir hätten aus der Geschie- te nur eines gelernt: nämlich dass wir aus der Geschichte nichts gelernt haben.“ (An- merkung des Autors: Das Zitat stammt zwar von Georg Wilhelm Friedrich Hegel und lautet auch ein bisschen anders, aber der Satz hat natürlich was für sich.) „Alles wiederholt sich, nur noch schlimmer“, sagt Nicholas Winton.

Seine Frau, die als Grete Gjelstrup in Dä- nemark geboren wurde, traf und heiratete er, während er 1948 für die IBRD in Paris arbeitete. Vor der Hochzeit hatte er das Le- ben eines Kosmopoliten geführt, war nicht nur quer durch Europa gereist, sondern hatte sowohl England wie Frankreich im Fechten bei internationalen Wettbewerben vertreten. Nach der Heirat ließ er sich im Eigenheim in der britischen Provinz nie- der, arbeitete für die Finanzabteilungen

verschiedener Unternehmen und zog mit Grete drei Kinder groß. Er entschied sich für ein schlichtes Leben, er wollte einfach nur genug Geld verdienen, um über die Runden zu kommen. Ja, er besteht darauf, nie reich gewesen zu sein.

Hätte er nicht genauso gut ein Labour- Abgeordneter werden können, an der Seite des von ihm verehrten Aneurin Bevan? Sei- ne Tochter Barbara meint, dazu hätten ihm der nötige Ehrgeiz und das Selbstvertrauen gefehlt. Was ihn auszeichne, sei seine Wut über Unrecht. Und seine Zielstrebigkeit. Wenn er sich einmal über eine Sache klar- geworden wäre, sei er stets drangeblieben.

## „Religion ist organisierte Heuchelei. Wir brauchen Güte, Liebe, Aufrichtigkeit“

Ein tiefer persönlicher Einschnitt für Winton war der frühe Tod seines Sohns Ro- bin, der 1956 zur Welt gekommen war, mit dem Downsyndrom. In jenen Jahren brach- te man solche Kinder für gewöhnlich in Heimen unter. Doch die Wintons bestan- den darauf, ihren Sohn selbst aufzuziehen. Völlig überraschend starb der Junge dann am Tag vor seinem sechsten Geburtstag an Meningitis, einer Hirnhautentzündung. Weil Robin eine Lernschwäche hatte, enga- gierte Winton sich schon damals für Kinder mit ähnlichen Problemen, und er setzte diese ehrenamtliche Arbeit dann noch ein halbes Jahrhundert lang fort.

Ihr Vater sei nie jemand gewesen, der in sich gekehrt herumgrübelt, sagt seine

Tochter Barbara. Er nehme das Leben, wie es komme, und versuche, das Beste daraus zu machen. Vielleicht verbirgt sich genau darin das Geheimnis seines hohen Alters und seiner Vitalität. Ich frage ihn, ob er da- rüber nachdenke, was als Nächstes kome. „Ich glaube nicht, dass auf den Tod et- was folgt. Ich glaube nicht an ein Danach.“ Beunruhigt ihn das? „Es bringt nichts, sich über etwas Sorgen zu machen, das man nicht ändern kann.“ Religion betrachtet er als „organisierte Heuchelei“. „Ich kenne eine Menge Leute, die in die Kirche oder in die Synagoge gehen, ohne wirklich an et- was zu glauben. Religion ist oft nur eine Fassade. Wir brauchen etwas anderes, und das ist Moral. Güte, Freundlichkeit, Liebe und Aufrichtigkeit. Wenn die Menschen moralisch handeln würden, gäbe es weit weniger Probleme.“

Was erwartet er, der ein ganzes, aufrei- bendes Jahrhundert hinter sich hat, für die Zukunft? Bei dieser Frage wird der alte Mann pessimistisch. Die Menschheit habe ein großes, konstant wachsendes Destruk- tionspotenzial, sagt er. Das bereite ihm Sorgen. Er glaubt auch nicht daran, dass die Medien mit ihrer Berichterstattung, mit ihren Versuchen, die Menschen aufzu- klären, viel verändern können. Schlimmer noch: Winton hält eine „erneute Verblen- dung der Massen“ für möglich, eine schäd- liche „Passivität der Demokratien“, fast wie in den 30er Jahren des vergangenen Jahr- hunderts.

„Es braucht einen kompletten Neuent- wurf. Für mich selbst ist es dafür zu spät“, sagt Nicholas Winton. Und er zitiert Alex- ander Pope, den britischen Dichter aus der Ära der frühen Aufklärung: „Erkenne dich selbst, und maße dir nicht an, Gott zu er- forschen / Denn der Mensch ist es, den die Menschheit erforschen muss.“ Ich bin mir nicht sicher, ob das jemals funktioniert. Bis jetzt hat's jedenfalls nicht geklappt.“

Stephen Moss schreibt für den *Guardian* Übersetzung: Holger Hutt

ANZEIGE

# Testen Sie den Freitag digital!



- 5 Wochen lesen, nur 4 bezahlen
- bereits Mittwochabend verfügbar
- optimiert für alle Endgeräte

» Jetzt bestellen auf: [freitag.de/testpaket](http://freitag.de/testpaket)

der Freitagdigital

Die Nazis in der Tschechoslowakei		
<b>Das Münchner Abkommen</b> vom 30. September 1938 war für die Juden in Deutschland und in den von Deutschland besetzten Gebieten eine Katastrophe. Es war einer der entscheidenden Schritte, die den Holocaust ermög- lichten, sind sich Historiker heute weitgehend einig.	Sudetenland, das Gebiet an der Grenze zur Tschecho- slowakei, zu Österreich und Deutschland, in dem eine große deutschsprachige Bevölkerung lebte. Das Abkommen erlaubte Deutschland die Zerschlagung der Tschechoslowakei – ein Zugeständnis, durch das der britische Premierminister Neville Chamberlain und der französische Minsterpräsident Édouard Daladier einen Krieg gegen Deutschland noch vermeiden wollten. Für Italien	unterzeichnete Benito Mussolini, für das sogenannte Deutsche Reich war es Hermann Göring.  Kaum hatten die Nazis sich das Sudetenland dann einverleibt, wurden die dort lebenden Juden verhaftet, ihres Besitzes beraubt und schließlich ausgewiesen. Man stempelte ihnen ein rotes „J“ in die Pässe. Viele Länder, auch die Tschechoslowakei, wiesen die Verfolgten ab. Die Folgen sind bekannt. KK



# A-Z Berühmte Skelette



FOTO: EDWARD TRACEY/BIPS/GETTY IMAGES

**Knochen** Manche sprechen ihnen Wunderkräfte zu, die meisten finden sie zum Gruseln, wieder andere machen Witze über sie: Skelette erinnern an unsere Sterblichkeit, selbst wenn sie von Dinosauriern, Königen oder Pferden stammen oder von Touristen fotografiert werden. Unser Lexikon der Woche

**A**  
**Abgehalftert** Die Rubrik „Buntes aus aller Welt“ ist nicht zu unterschätzen. Wer aufgeschlossen gegenüber Absurditäten ist, kann dort viel Material für mittelgute bis grottenschlechte Witze finden, vielleicht auch für den großen, den ganz großen Roman. **In der englischen Kleinstadt Newmarket stießen Bauarbeiter jetzt auf das Skelett eines Rennpferdes, das 1838 starb. Aha, dachte ich beim Lesen.** Das Tier soll eines der schnellsten Pferde der Welt und „schlau wie ein Habicht“ gewesen sein. So, so. Das Interessante ist indes sein Name: Doctor Syntax. Ist das toll! Oder was? Das klingt doch wie ein ausnahmsweise mal begabter Deutsch-Rapper, wie eine Figur aus einem Fritz-Lang-Film, das klingt nach dem härtesten Logopäden Mitteleuropas! Daraus müsste man jetzt was machen. *Katja Kullmann*

**B**  
**Bones** Als TV-Serienjunkie mit einem Hang zum Morbiden kommt man an *Bones – Die Knochenjägerin* einfach nicht vorbei. **Bones (wie die englischen Knochen) ist der Spitzname einer forensischen Anthropologin, die im fiktiven Jeffersonian Institute in Washington menschliche Überreste auf die jeweilige Todesursache und die Identität hin untersucht.** Ein FBI-Agent und ein Stab von Wissenschaftlern stehen ihr zur Seite. Eine Folge stellt das Team vor eine fast unmögliche Aufgabe: Für eine nicht näher genannte Regierungsorganisation soll nur die Todesursache, nicht aber die Identität

einer mumifizierten Leiche festgestellt werden. Stammt das Skelett womöglich von John F. Kennedy? Gab es damals doch einen zweiten Schützen? Die Wissenschaft und der Glaube ans System stehen sich hier gegenüber – in der einzigen Folge, in der *Bones* nicht zu 100 Prozent klar sieht. Es ist eben Unterhaltung. *Jutta Zeise*

**F**  
**Fantasy** Knochenmänner sind im Fantasy-Genre keine Seltenheit. Oft treten sie massenhaft, als Armee, auf, durch die sich die jeweiligen Helden hauen und stechen müssen. Hauptfiguren sind sie selten, Sympathieträger so gut wie nie. Terry Pratchetts Roman *Gevatter Tod* (1987) macht da eine Ausnahme. **In jüngster Zeit ist es der Skelettdetektiv „Skulduggery Pleasant“, der die Fahne der Knochenmenschen hochhält. In acht Bänden, die alle Bestseller sind, lässt der irische Autor Derek Landy den knochigen Ermittler auftreten.** An dessen Seite entfaltet sich die anfangs zwölfjährige Stephanie allmählich zur magischen Kriegerin. Anfangs ist ihr noch mulmig, doch schon bald erliegt sie dem schwarzhumorigen Charme des Gerippes mit Herz. Die Verfilmung kommt sicher bald. *Tobias Prüwer*

**I**  
**Industrieruinen** Es ist ein Irrtum, zu glauben, dass nur Lebewesen ein Skelett haben. Im Gegenteil: **Die reizvollsten Skelette sind Industrierelikte, denn in sie kann man sogar hineinklettern.**

Schiffsrümpfe, von denen nur noch das Gerippe übrig ist; Fabrikreste, aus denen Stahlträger ragen; Berge entkernter Autowracks: Ohne jene Skelette wären Städte, Häfen und Industriegebiete nur halb so stimmungsvoll, die Überreste verleihen ihnen Profil, machen sie auf eine rae Art anziehend. Das mag kitschig klingen. Doch diese Zeichen des Verfalls sind auf eine ganz eigene Weise faszinierend. Schon wegen ihrer schieren Größe sorgen sie für Ehrfurcht. Man nähert sich ihnen mit Vorsicht und Spannung und fühlt sich dabei auf eine ganz spezielle Weise an die Vergänglichkeit erinnert. Oft werden solche Ruinen für Blogs und Bildbände fotografiert, das nennt man in den USA Ruinenporno. *Benjamin Knödler*

**K**  
**Killing Fields** Mehr als 300 Orte zählen zu den Killing Fields („Tötungsfeldern“) in Kambodscha. Es sind die Stätten, an denen die maoistischen Roten Khmer Massenmorde begangen haben. Zwischen 1975 und 1979 metzelten sie mehr als 200.000 Menschen nieder. Die Opfer wurden aus ihren Städten vertrieben, weil die Khmer einen Agrarkommunismus als Gesellschaftsform anstrebten. Gebildete Schichten wurden als nichtintegrierbar „fäsiert“, also exekutiert. **Choeng Ek ist heute das bekannteste Killing Field. Die dort aufbewahrten Totenschädel dokumentieren die Mordlust der selbst ernannten Gesellschaftsveränderer auf drastische Art.** In dem einstigen Obstgarten nahe der Hauptstadt Phnom Penh wurden 17.000 Menschen hingerichtet. Heute können Touristen dort rund 5.000 Schädel betrachten, ob mit grauenvollem oder wohligem Schauer, sei dahingestellt. *TP*

**L**  
**Leichenfledderei** Rembrandts *Anatomie des Dr. Tulp* gehört zu den berühmtesten künstlerischen Ausflüssen menschlicher Leichenfledderei. Inspiriert von dem Anatomen Vesal, der im 16. Jahrhundert in Bologna öffentlich seziierte und als Begründer des Anatomischen Theaters gilt, wuchs die Begehrlichkeit von Ärzten nach menschlichem Seziermaterial. In der Saga der Schweizer *Familie Platter* erzählt der Historiker Emmanuel Le Roy Ladurie von illegalen Raubzügen auf Friedhöfen. **In der Frühen Neuzeit galt die Sektion noch als Leichenschändung.** Auch der angehende Arzt Felix Platter aus Laduries Buch widersetzte sich dem päpstlichen Diktum. Als Medizinstudent zog er nachts auf die Friedhöfe von Montpellier und versorgte sich mit frischen Leichen von Verbrechern. Zur Verteidigung führt der Historiker an, „dass er nie Protestanten seziiert hat, wenngleich er keinerlei Skrupel hegte, sobald es sich um papistische Leichen handelte“. *Ulrike Baureithel*

**Lucy** In puncto Berühmtheit kann es die zierliche Dame beinahe mit ihrer musikalischen Namensgeberin aufnehmen: **„Lucy in the Sky with Diamonds“ von den Beatles lief in den Radios noch immer rauf und runter, als Donald Johanson 1974 Lucys Skelett bei einer Ausgrabung in Äthiopien fand.** Mit vollem Namen heißt das rund 3,2 Millionen Jahre alte Fossil Australopithecus afarensis. Nur knapp einen Meter groß soll Lucy gewesen sein und rund 25 Jahre alt, als sie starb. Sie ging vermutlich schon aufrecht und konnte auf Bäume klettern. Ob Lucy allerdings tatsächlich eine junge Lady war oder doch eher Ludwig genannt werden müsste, ist unter Forschern bis heute umstritten. Fest steht: Wenn Lucy heute auf Reisen geht, gleicht das einem Staatsakt. Zuletzt tourte das Fossil fünf Jahre lang durch die Museen der Welt, bevor es 2013 die Heimreise nach Äthiopien antrat. Vielen gilt das Skelett als Ikone, ist es doch immerhin ein weiteres Indiz für die These, dass der Ursprung der Menschheit in Afrika liegt. *Josephine Schulz*

**M**  
**Mutter** „Der beste Freund eines Mannes ist seine Mutter“, sagt Norman Bates beim Abendessen in *Psycho* zu seinem Moteltagast Marion Crane (Janet Leigh). Da ahnt auch der Zuschauer noch nicht, wie ernst Bates das meint. **Die Duschszene aus Hitchcocks Thriller hat seit 1960 ganze Generationen um den Schlaf gebracht. Mindestens genauso gruselig ist der Moment, in dem Marions Schwester Lila das Gerippe von Bates’ Mutter im Keller entdeckt – grau, ausgemergelt, mit tiefen Augenhöhlen.** Für den Dreh griff Hitchcock auf eine unorthodoxe Art des Method Acting zurück: So soll er mehrere Mutterpuppen anfertigen lassen haben, die er nach und nach in Janet Leighs Garderobe versteckte, um die Reaktionen seiner Hauptdarstellerin zu testen. Die Puppe, bei der Leigh am lautesten schrie, soll es, der Legende nach, dann in den Film geschafft haben. *Simon Schaffhöfer*

**R**  
**Reliquien** Die sterblichen Überreste berühmter Personen besitzen eine große Anziehungskraft. Selten sind ganze Skelette zu besichtigen, wie das des heiligen Hyazinth von Caesarea im Kloster Fürstentfeld. Häufiger sind nur noch Knochenreste zu sehen – etwa in Rom acht Fragmente, die einmal zum Apostel Petrus

gehört haben sollen. **Während Mausoleen und andere weltliche Grabstätten als Ehrenmale gedacht sind, wird den Überresten von Heiligen auch eine Wunderkraft nachgesagt.** Ob eine Reliquie wirklich echt ist, bleibt oft eine Frage des Glaubens. Kein Wunder, oder? *Ulrike Bewer*

**Richard III.** König Richard III. galt über 500 Jahre lang als der größte Finsterling unter den englischen Herrschern. **Seit seine Gebeine 2012 unter einem Parkplatz in Leicester gefunden wurden, bemühen sich Historiker, seinen Ruf etwas aufzupolieren.** Im März soll er nun erneut beigesetzt werden, diesmal mit ein bisschen Würde. *Julian Heißler*

**S**  
**Skellie** Dieses Wesen ist ganz schön hip drauf – zumindest suggeriert das sein Instagram-Account, mit Fotos von einem Wohnzimmerkonzert, aus einem Sushi-Lokal oder vom Workout. Das allein ist noch nichts Besonderes in Zeiten wie diesen, da alle sich bemühen, die perfekte virtuelle Figur abzugeben. Allein: **Skellie ist ein Skelett, und zwar ein weibliches. Unter dem User-Namen „omgliterally-dead“ postet sie unablässig Bilder von sich, im Café sitzend, mit nachdenklich wirkenden Augenhöhlen aus der U-Bahn schauend.** Dabei gibt Skellie stets die perfekte Persiflage des sich selbst präsentierenden Instagrammers. Das ist weniger gruselig als vielmehr komisch. Skellie ist die Erfindung der Social-Media-Managerin Dana Herlihey. Sie nimmt damit die Konformität der Instagram-Gemeinde aufs Korn. Über 150.000 Follower sind höchst amüsiert. *BK*

**T**  
**T-Rex** Der Tyrannosaurus Rex war schon lange bevor Steven Spielberg ihn fürs Kino entdeckte, ein Amerikaner. Die 30 bisher gefundenen Exemplare jagten vor 65 Millionen Jahren im Nordwesten der USA alles, was kleiner war – und das war bei einer Körperlänge von 13 Metern so einiges. Das vollständigste T-Rex-Skelett steht im Naturkundemuseum in Chicago und wird nach seiner Entdeckerin „Sue“ genannt. **Sues Knochen erzählen viel darüber, dass das Leben eines Raubsauriers in der Kreidezeit auch kein Zucker-schlecken war.** So hatte sie sich mehrere Rippen und auch mal die Schulter gebrochen, gestorben ist sie an einer Infektion im Rachen. Und zwar schon mit 28 Jahren. Der Paläontologe Gregory Erickson meint deshalb, der T-Rex sei der „James Dean unter den Dinosauriern“ gewesen. „Er lebte schnell und starb jung.“ *Jan Pfaff*

**Z**  
**Zeichen** In der christlich-abendländischen Tradition dienten Abbildungen menschlicher Gebeine einst als Memento mori. Oder als Abschreckung. So sollten mit Skeletten und Totenschädeln garnierte Piratenflaggen dem Angriffsoffer die Angst in alle Glieder fahren lassen. Manche Heereseinheit trug den Schädel, um ihre unbedingte Todesbereitschaft zu dokumentieren, auch Himmlers SS verwendete ihn an ihren Mützen. Als Piktogramm warnt uns der beinerne Rundling vor Gift. **Auch diversen Subkulturen hat es der Schädel angetan, allen voran dem Punk.** So verwendete beispielsweise die Band The Exploited auf ihrem Album *Punks Not Dead* einen Totenkopf mit Irokesenschnitt, der schnell ikonografisch für die ganze Szene wurde. *TP*